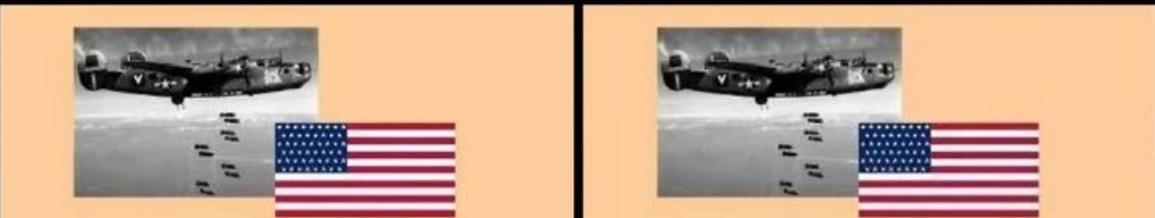


26. Ergebnis:

**Keine Befreiung 1945 = keine Entnazifizierung & Entmilitarisierung des von der BRD weiter geführten Nazi-Deutschlands im Rechts- und Gebietsstand vom 31.12.1937
= Kein Welt-Frieden = „Zweiter Weltkrieg“ aktiv
= Vernichtung der Schöpfung...**



“Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte feindliche Nation zur Durchsetzung alliierter Interessen.”

Amerikanische Regierungsanweisung
ICG 1067, April 1945
(vgl. "Welt" vom 4. Juli 1994)

"Germany will not be occupied for the purpose of liberation but as a defeated enemy nation (...) for the purpose of realizing certain important Allied objectives."

Directive to Commander-in-Chief
of United States Forces
of Occupation Regarding the Military
Government of Germany; April 1945 (JCS 1067)

Artikel 120 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

(1) Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung von Bundesgesetzen. Soweit diese Kriegsfolgelasten bis zum 1. Oktober 1969 durch Bundesgesetze geregelt worden sind, tragen Bund und Länder im Verhältnis zueinander die Aufwendungen nach Maßgabe dieser Bundesgesetze. Soweit Aufwendungen für Kriegsfolgelasten, die in Bundesgesetzen weder geregelt worden sind, noch geregelt werden, bis zum 1. Oktober 1965 von den Ländern, Gemeinden (Gemeindeverbänden) oder sonstigen Aufgabenträgern, die Aufgaben von Ländern oder Gemeinden erfüllen, erbracht worden sind, ist der Bund zur Übernahme von Aufwendungen dieser Art auch nach diesem Zeitpunkt nicht verpflichtet. Der Bund trägt die Zuschüsse zu den Lasten der Sozialversicherung mit Einschluss der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe. Die durch diesen Absatz geregelte Verteilung der Kriegsfolgelasten auf Bund und Länder lässt die gesetzliche Regelung von Entschädigungsansprüchen für Kriegsfolgen unberührt.

(2) Die Einnahmen gehen auf den Bund zu demselben Zeitpunkt über, an dem der Bund die Ausgaben übernimmt.



[Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis](#)

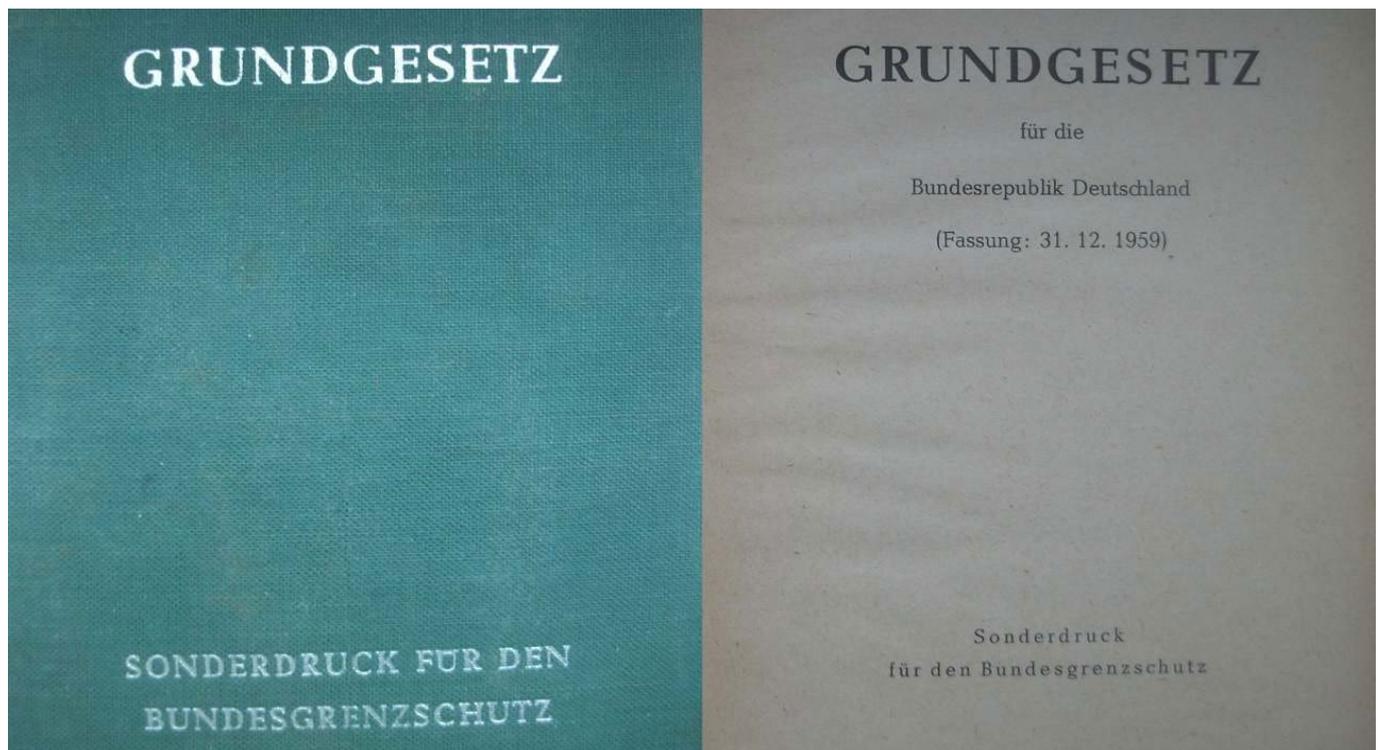
Art 139

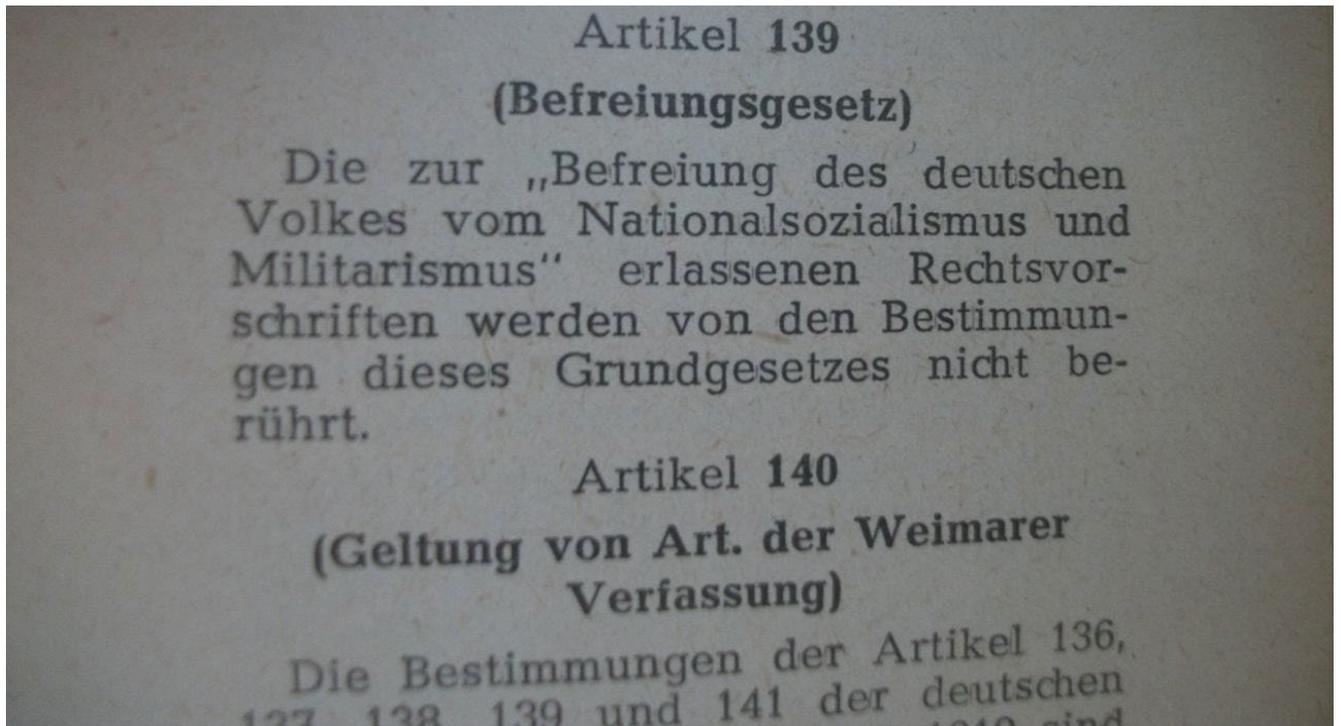
Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

[zum Seitenanfang](#)

[Datenschutz](#)

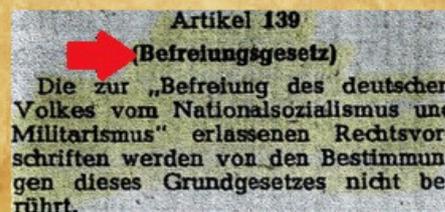
[Seite ausdrucken](#)





Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin – Potsdamer Abkommen, 2. August 1945 III. Deutschland

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.



Gesetz Nr. 1

AUFHEBUNG NATIONALSOZIALISTISCHER GESETZE

Um die Grundsätze und Lehren der NSDAP aus dem deutschen Recht und der Verwaltung innerhalb des besetzten Gebietes auszurotten, um für das deutsche Volk Recht und Gerechtigkeit wiederherzustellen und den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz wieder einzuführen, wird folgendes verordnet:

21

ARTIKEL III

Allgemeine Auslegungsvorschriften

4. Die Auslegung oder Anwendung des deutschen Rechtes nach nationalsozialistischen Grundsätzen, gleichgültig wann und wo dieselben kundgemacht wurden, ist verboten.

5. Entscheidungen der deutschen Gerichte, deutscher Amtsstellen und Beamten, oder juristische Aufsätze, die nationalsozialistische Ziele oder Lehren erklären oder anwenden, dürfen in Zukunft nicht mehr als Quelle für die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechtes zitiert oder befolgt werden.

6. Deutsches Recht, das nach dem 30. Januar 1933 in Kraft trat und in Kraft bleibt, ist so auszulegen und anzuwenden, wie es seinem einfachen Wortlaut entspricht. Der Gesetzeszweck und Auslegungen, die in Vorsprüchen oder anderen Erklärungen enthalten sind, bleiben bei der Auslegung außer Betracht.

Gesetz Nr. 1

AUFHEBUNG NATIONALSOZIALISTISCHER GESETZE

Um die Grundsätze und Lehren der NSDAP aus dem deutschen Recht und der Verwaltung innerhalb des besetzten Gebietes auszurotten, um für das deutsche Volk Recht und Gerechtigkeit wiederherzustellen und den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz wieder einzuführen, wird folgendes verordnet:

21

ARTIKEL I

1. Die folgenden nationalsozialistischen Grundgesetze, die seit dem 30. Januar 1933 eingeführt wurden, sowie sämtliche Ergänzungs- und Ausführungsgesetze, Vorschriften und Bestimmungen, verlieren hiermit ihre Wirksamkeit innerhalb des besetzten Gebietes:

- (a) Gesetz zum Schutze der nationalen Symbole vom 19. Mai 1933, RGBl 1/285.
- (b) Gesetz gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933, RGBl 1/479.
- (c) Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933, RGBl 1/1016.
- (d) Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutze der Parteiuniformen vom 20. Dezember 1934, RGBl 1/1269.
- (e) Reichsflaggengesetz vom 15. September 1935, RGBl 1/1145.
- (f) Hitlerjugendgesetz vom 1. Dezember 1936, RGBl 1/993.
- (g) Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935, RGBl 1/1146.
- (h) Erlaß des Führers betreffend die Rechtsstellung der NSDAP vom 12. Dezember 1942, RGBl 1/733.
- (j) Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935, RGBl 1/1146.

2. Weitere nationalsozialistische Gesetze werden durch die Militärregierung zu dem in der Einleitung genannten Zweck außer Kraft gesetzt werden.

Potsdamer Abkommen

Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin
[("Potsdamer Abkommen")

vom 2. August 1945]

III. Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen worden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der **Periode der alliierten Kontrolle**. Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland.

Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigene Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

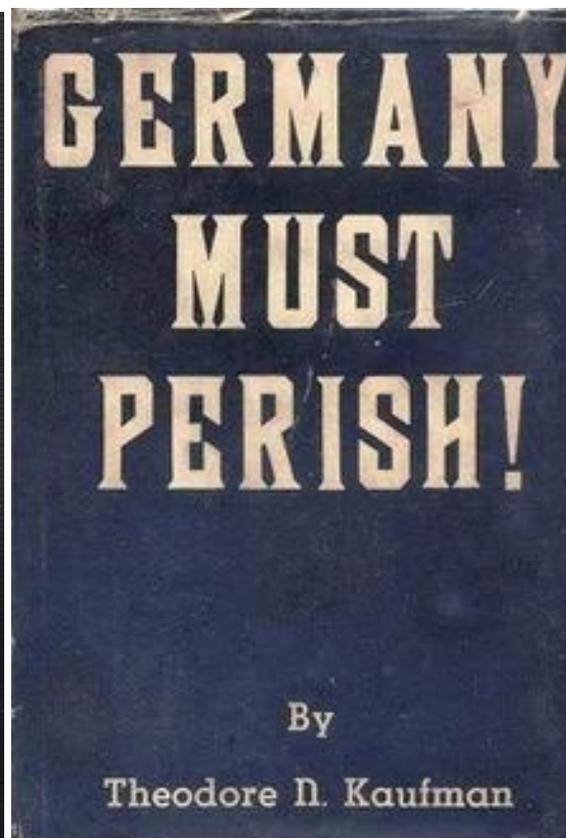
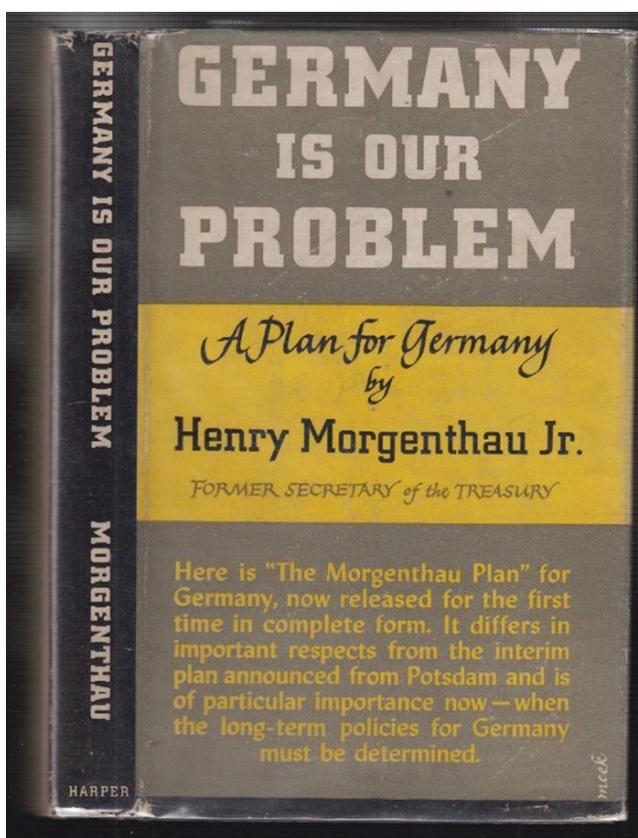
<http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html>



Im März 1946 wurde das "Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" erlassen. Belastete Personen mussten sich, wie auf dieser Aufnahme gezeigt, vor Spruchkammern verantworten. (Main-Post/Walter Röder)

von [Paul Hoser](#)

Für den demokratischen Neubeginn Nachkriegsdeutschlands war die Entnazifizierung von großer Bedeutung. Die mit der Direktive JCS 1067 auf der Potsdamer Konferenz 1945 bekannt gegebene Absicht der Alliierten war die völlige Ausrottung der nationalsozialistischen Ideologie und, deren Urheber, Repräsentanten und Anhänger zur Verantwortung zu ziehen – auf staatlicher, gesellschaftlicher und privatwirtschaftlicher Ebene. Die wichtigsten Instrumente des Entnazifizierungsprozesses waren die Spruchkammern, der Kassationshof und das Staatsministerium für Sonderaufgaben. Der Erfolg der Entnazifizierung ist bis heute zumindest in Bereichen umstritten, v. a. in Bezug auf





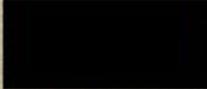
Telford Taylor

Der amerikanische Hauptankläger, Telford Taylor, im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess gegen IG Farben sah die Entwicklung voraus, als er sagte: „Diese Verbrecher von IG Farben sind die wahren Kriegsverbrecher. Wenn die Schuld dieser Verbrecher nicht ans Licht gebracht wird und wenn sie nicht bestraft werden, werden sie eine **viel größere Bedrohung für den zukünftigen Frieden in der Welt darstellen** als der Hauptkriegsverbrecher Hitler.“



Bundesverwaltungsamt

Bundesverwaltungsamt, 50728 Köln



HAUPTANSCHRIFT Eupener Straße 125, 50933 Köln

POSTANSCHRIFT 50728 Köln

TEL +49(0)22899358-4168 oder +49(0)221 758-4168

FAX +49(0)22899358-2846 oder +49(0)221 758-2846

ANSPRECHPARTNER Herr Levien

E-MAIL Frank.Levien@bva.bund.de

INTERNET www.bundesverwaltungsamt.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

16.01.2020

Mein Zeichen, meine Nachricht vom

Datum

21.01.2020

Sehr geehrter Herr

ich bedaure, Ihnen mitzuteilen, dass das Bundesverwaltungsamt weder zuständig ist für etwaige „Entnazifizierungen“ noch für die Rückübertragung historischer oder nicht existenter Staatsangehörigkeiten.

Ihr Schreiben sende ich daher zurück.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Levien

Dienststelle
Eupener Straße 125, Köln (Bauhof)
Erreichbar mit öffentlichen Verkehrsmitteln
Buslinien 140, 191, Haltestelle: J. Lammertz-Platz
Buslinie 142 Haltestelle: Technologie Park
Verkehrsmittelbus 1, Haltestelle: Eupener Straße

Servicezeit
Anrufe bitte möglichst
Mo. bis Do. 09:00 – 18:30 Uhr
Fr. 08:00 – 18:00 Uhr
De-Mail
Poststelle@bva.bund.de

Überwachungsnummer
Bundesrat
Deutscher Bundestag
Bundestag
BUN, DE 84 000 000 2028 8210 20
BIC: MARKDF3333

Offenkundige Tatsachen 2023

Es geht ausschließlich nur darum, einen ewigen Welt-Krieg und ein satanisches Machtsystem aufrecht zu erhalten:

Solange das Besatzungsregime mit der irreführenden Bezeichnung "Bundesrepublik Deutschland" mit der Bezeichnung "Deutschland" verwechselt wird, können die Nazis ihren Vorteil immer weiter ausbauen. Zu diesem Machterhalt wird die Bezeichnung "Bundesrepublik Deutschland" vermieden und fälschlicherweise stets als "Deutschland" angesprochen! (Kriegslisten sind erlaubt - HLKO Art.24)

Metaphern:

**"Ach wie gut, dass niemand weiß, dass ich Rumpelstilzchen heiß."
Die Birne hält alle zum Narren, sodass jeder glaubt, die Birne sei ein Apfel.
Frau Schmidt, die den handlungsunfähigen Herrn Müller betreut, gibt sich selbst als Herr Müller aus.**

Vergleichs-Metapher: Gesetzlicher Betreuer

"Die rechtliche Betreuung ist ein (...) Rechtsinstitut, durch das Volljährige, die wegen (...) Behinderungen ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht selbst regeln können, Unterstützung, Hilfe und Schutz erhalten, wobei ein für sie bestellter (gesetzlicher) Betreuer (...) die Vertretungsmacht nach außen erhält, im Innenverhältnis aber zur Beachtung des Willens des Betreuten verpflichtet ist."

"Deutschland" = das "Deutsche Reich", wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat; Rechtsfähig, aber handlungsunfähig



Herr Müller



Frau Schmidt



Die "Bundesrepublik Deutschland" verwaltet die Hoheitsgewalt des Feindstaates "Deutschland" treuhänderisch im Auftrag der west-alliierten Siegermächte. Kurz: Die "Bundesrepublik Deutschland" handelt stellvertretend für "Deutschland" als Besatzungs- und Treuhandverwaltung!

Frau Schmidt ist nicht Herr Müller (Die BRD ist nicht Rechtsnachfolger von Deutschland).
Frau Schmidt kann nicht Herr Müller werden,
sondern ihn lediglich verwalten (Träger von Rechten und Pflichten sein)!

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_\(Recht\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_(Recht))

Besatzungsregime: Die von einer Besatzungsmacht ausgeübte Herrschaft wird als Besatzungsregime bezeichnet. Einzelne Vertreter einer Besatzungsmacht oder die Angehörigen in ihrer Gesamtheit werden auch Okkupanten (Besitzer) genannt. Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Besatzungsmacht>

Abschließende Feststellung:

Die Handlungsfähigkeit des völkerrechtlichen Staates „Deutschland“ ist zur Entnazifizierung, Entmilitarisierung und dem Abschluss von Friedensverträgen mit allen kriegsbeteiligten Nationen zur Beendigung des weltweiten Kriegszustandes zwingend notwendig.

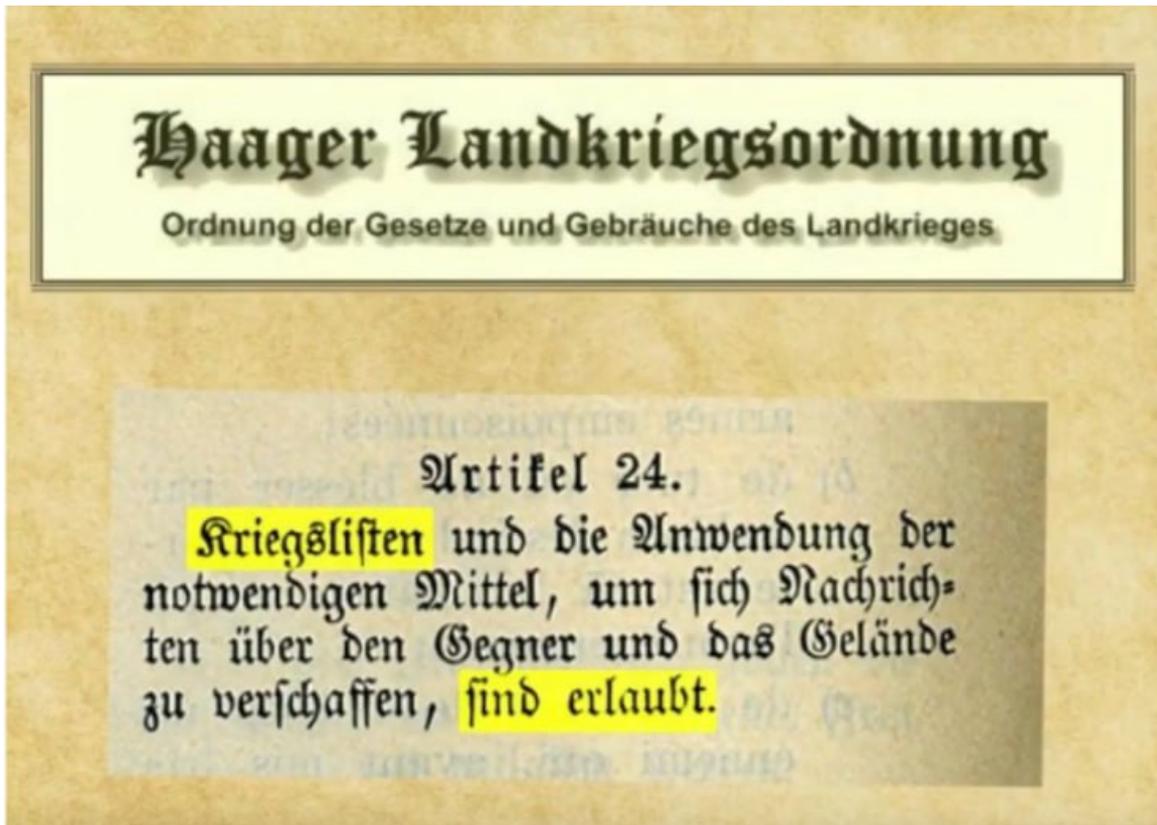
Die Erfüllung des Potsdamer Abkommens würde nach Einhaltung aller völkerrechtlichen Beschlüsse vom 02.08.1945 in logischer Folge auch die provisorische kriegerische Besetzung "Deutschlands" = des „Deutschen Reiches“ bedeuten.

Damit wäre die Beendigung der provisorischen Besatzungsverwaltung "Bundesrepublik Deutschland" auf Deutschland eingeleitet.

Die Erfüllung des Potsdamer Abkommens beendet das provisorische „Grundgesetz“ für die Besatzungsverwaltung "Bundesrepublik Deutschland" in Bezug auf Deutschland, da die Geltungsdauer (s. Artikel 146 GG) des Grundgesetzes in diesem Moment ihr Ende findet, wenn Deutschland = das Deutsche Reich im Rahmen der Erfüllung des Potsdamer Abkommens wieder handlungsfähig wird.

Die Erfüllung des Potsdamer Abkommens bedeutet auch das Ende der hoheitlichen Rechte der "Bundesrepublik Deutschland" auf Deutschland. Dies würde in logischer Folge auch das Ende der Wirksamkeit der Organe der "Bundesrepublik Deutschland", ihrer angeschlossenen Regierungs- und Verwaltungsorganisationen einschließlich der Geheimdienste bedeuten, die alle nur provisorisch auf Deutschland wirksam sein dürfen, bis das Potsdamer Abkommen erfüllt wird.

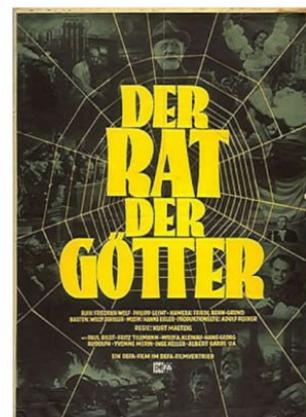




- Sefton Delmer (1904-1979) – bedeutender englischer Journalist: "Jeder Griff ist erlaubt. Je übler, umso besser. Lügen, Betrug - alles"

Quelle: Die Deutschen und ich, Hamburg 1963, S. 590

Der amerikanische Hauptankläger, Telford Taylor, im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess gegen IG Farben sah die Entwicklung voraus, als er sagte: „Diese Verbrecher von IG Farben sind die wahren Kriegsverbrecher. Wenn die Schuld dieser Verbrecher nicht ans Licht gebracht wird und wenn sie nicht bestraft werden, werden sie eine viel größere Bedrohung für den zukünftigen Frieden in der Welt darstellen als der Hauptkriegsverbrecher Hitler.“



Dönitz verlas am 7. Juli 1945 in amerikanischer Kriegsgefangenschaft folgende Erklärung:

„Durch die, mit meiner Vollmacht am 9. Mai 1945 abgeschlossene bedingungslose Kapitulation der drei deutschen Wehrmachtsteile, hat weder das Deutsche Reich aufgehört zu bestehen, noch ist dadurch mein Amt als Staatsoberhaupt beendet worden.

Auch die von mir berufene geschäftsführende Regierung ist im Amt geblieben; mit ihr hat die alliierte Überwachungskommission in Flensburg bis zum 23. Mai im Geschäftsverkehr gestanden.“

Gesetz Nr. 52

Artikel VII

e) „Deutschland“ bedeutet das Deutsche Reich wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.

Gesetz Nr. 53

Artikel VII

g) Der Ausdruck „Deutschland“ bedeutet das Gebiet, aus welchem am 31. Dezember 1937 das „Deutsche Reich“ bestand.

Gesetz Nr. 161

2. Der Ausdruck „Grenzen des deutschen Reiches“ der in diesem Gesetz gebraucht wird, bedeutet die Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden haben.



Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Besatzungsmacht>

"Besatzungsmacht bezeichnet einen Staat, der einen anderen Staat oder einen Teil davon besetzt hält.

Die Besatzungsmacht, als in der Regel militärische Verwaltung (Militärregierung), übernimmt in den meisten Fällen laut Besatzungsrecht auch große Bereiche der Exekutive im besetzten Gebiet (...)

Die von einer Besatzungsmacht ausgeübte Herrschaft wird als Besatzungsregime bezeichnet."

Sowohl die "Bundesrepublik Deutschland" als auch die "Deutsche Demokratische Republik" sind im Rahmen des sog. "Besatzungsstatuts" errichtete Verwaltungs-Organisationen und damit **Besatzungsregime!**



Besatzungsmacht bezeichnet einen Staat, der einen anderen Staat oder einen Teil davon besetzt hält. Die Besatzungsmacht, als in der Regel militärische Verwaltung (Militärregierung), übernimmt in den meisten Fällen laut Besatzungsrecht auch große Bereiche der Exekutive im besetzten Gebiet und schränkt damit die Souveränität des betroffenen Landes erheblich ein. Nach den Genfer Konventionen haben Besatzungsmächte besondere Pflichten gegenüber der Bevölkerung im besetzten Gebiet.

Die von einer Besatzungsmacht ausgeübte Herrschaft wird als Besatzungsregime bezeichnet. Einzelne Vertreter einer Besatzungsmacht oder die Angehörigen in ihrer Gesamtheit werden auch Okkupanten (Besatzer) genannt. Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Besatzungsmacht>

Urteil Bundesverfassungsgericht 31.07.1973 (2 BvF 1/73)

Orientierungssatz:

1. Es wird daran festgehalten (vgl. zB BVerfG, 1958-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 <'28>), daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches.

=== =====

Deutscher Bundestag

18. Wahlperiode

7. Gedenkt die Bundesregierung für Klarheit zu sorgen und die These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches öffentlich als unhaltbar zurückzuweisen, damit diese Behauptung nicht von Neonazis und der so genannten Reichsbürgerbewegung für ihren Gebietsrevisionismus gegenüber den EU-Nachbarländern instrumentalisiert werden kann?

Drucksache 18/5178

15.06.2015

Die Bundesregierung verweist hierzu auf ihre Antwort zu Frage 27 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/4076 vom 20. Februar 2015.

Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist (BVerfGE 36, S. 1, 16; vgl. auch BVerfGE 77, S. 137, 155). Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 2 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 16/3744 vom 6. Dezember 2006 verwiesen.



Auswärtiges/Antwort - 30.06.2015 (hib 340/2015)

Berlin: (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist.



¹ Es wird festgestellt, dass die Äußerung des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Bezug auf den Kläger

² "[Er] versteigt sich zu der Aussage, dass das ‚Deutsche Reich‘ 1945 nicht untergegangen sei."

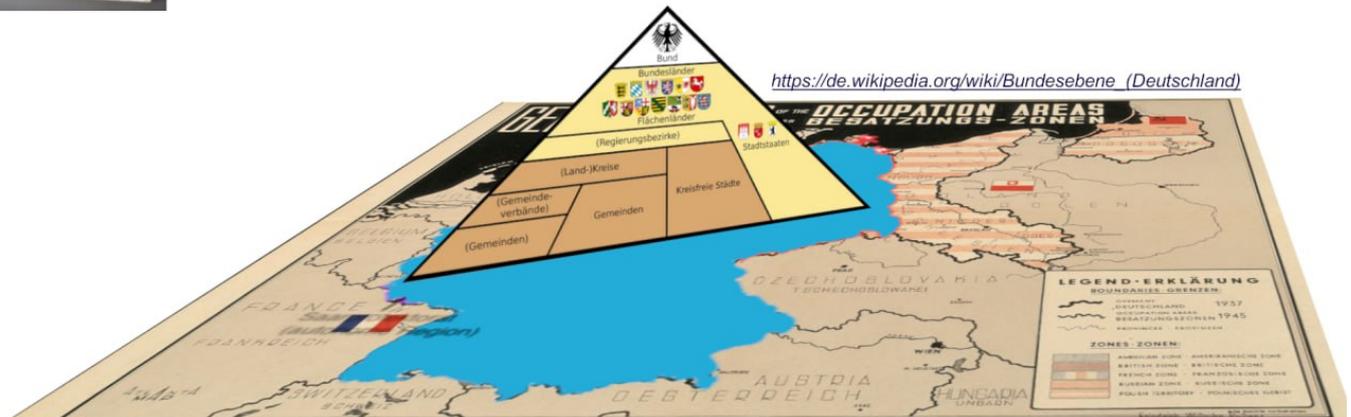
³ rechtswidrig war.

VG Köln, Urteil vom
22.12.2022 - 13 K 2736/19



16 Staatsrechtlich ist die Bundesrepublik Deutschland somit eine juristische Person des öffentlichen Rechts – eine Gebietskörperschaft –, die Träger von Rechten und Pflichten ist und durch ihre Organe handelt.

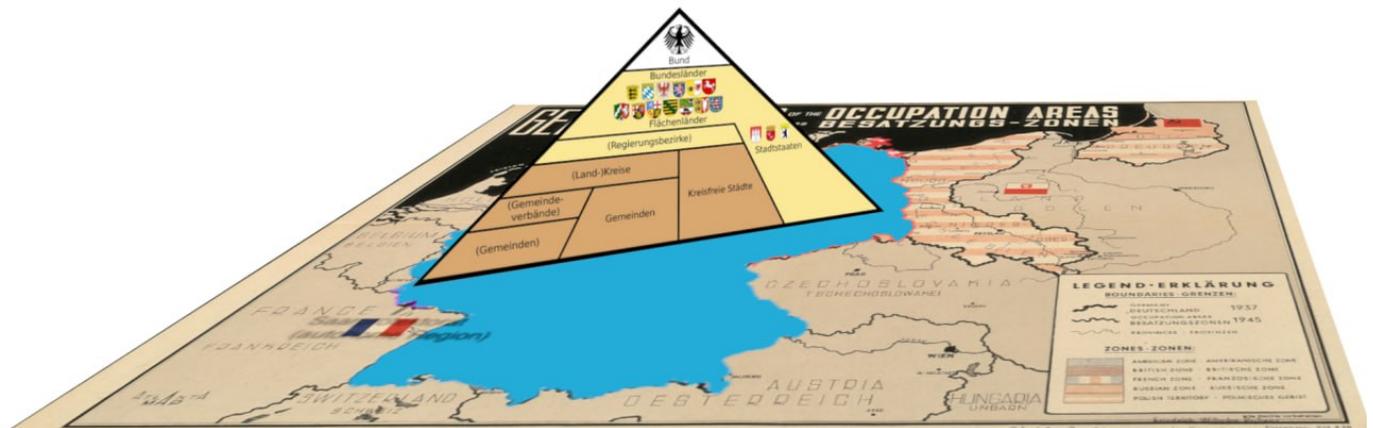
Quelle: <https://www.amazon.de/Staatsrecht-I-Staatsorganisationsrecht-Academia-Iuris/dp/3800665506>



[https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesebene_\(Deutschland\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesebene_(Deutschland))

Auch Gebietskörperschaften wie der Bund sind nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs als Unternehmen i. S. d. § 15 Aktiengesetz (AktG) anzusehen. Für Unternehmensbeteiligungen des Bundes gelten daher grundsätzlich die aktienrechtlichen Vorschriften über verbundene Unternehmen.

Quelle: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Bundesvermoegen/Privatisierungs_und_Beteiligungspolitik/Beteiligungspolitik/Beteiligungsberichte/liste-mit-bund-verbundene-unternehmen.html



Die Deutschland-Attrappe



Staat
"Deutsches Reich"
= Deutschland

angloamerikanische
Treuhand-Verwaltung
BRD

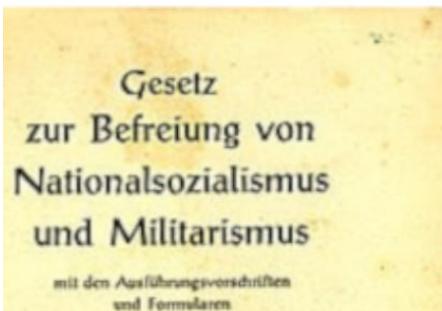


Bundesrepublik Deutschland

Flagge Wappen

Amtssprache	Deutsch ¹
Hauptstadt	Berlin
Staats- und Regierungsform	parlamentarischer Bundesstaat (Bundesrepublik)
Verfassung	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
Staatsoberhaupt	Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
Regierungschef	Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD)
Parlament(e)	Deutscher Bundestag und Bundesrat
Fläche	357.588 ^[1] (52.) km²
Einwohnerzahl	84.079.811 (30. Juni 2022) ^[2]



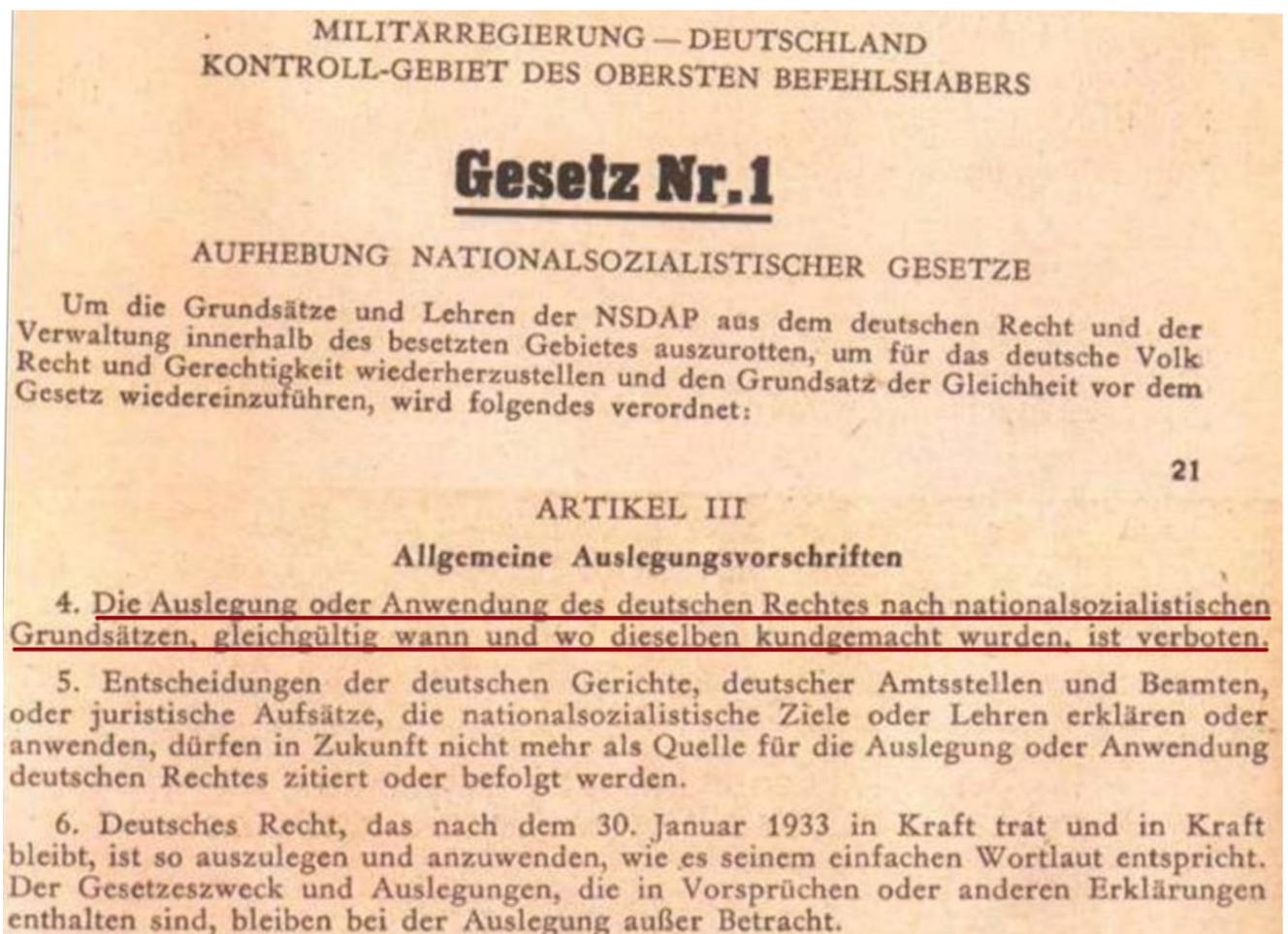


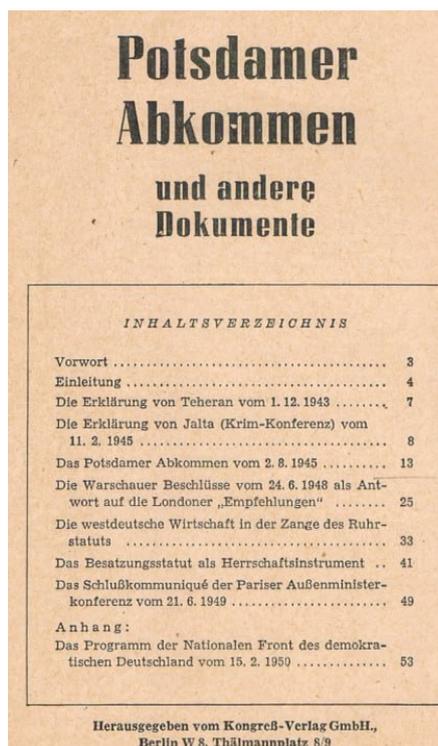
Artikel 139

Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung



Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.





Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 25

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.

Artikel 139 Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung

Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 146

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Gesetz Nr. 104

zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus

vom 5. März 1946

1. Nationalsozialismus und Militarismus haben in Deutschland zwölf Jahre die Gewaltherrschaft ausgeübt, schwerste Verbrechen gegen das deutsche Volk und die Welt begangen, Deutschland in Not und Elend gestürzt und das Deutsche Reich zerstört. Die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus ist eine unerläßliche Vorbedingung für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau.
2. Während der vergangenen Monate, die der Kapitulation folgten, hat die Amerikanische Militärregierung die Entfernung und den Ausschluß von Nationalsozialisten und Militaristen aus der Verwaltung und anderen Stellen durchgeführt.
3. Der Kontrollrat hat am 12. Januar 1946 für ganz Deutschland Richtlinien für diese Entfernung und den Ausschluß in der Anweisung Nr. 24 aufgestellt, die für die deutschen Regierungen und für das deutsche Volk verbindlich sind.
4. Das Gesetz Nr. 8 der Militärregierung einschließlich seiner ersten Ausführungs-Verordnung hat die Befreiung auf das Gebiet der gewerblichen Wirtschaft ausgedehnt und das Vorstellungsverfahren durch deutsche Prüfungsausschüsse eingeführt.
5. Die Amerikanische Militärregierung hat nunmehr entschieden, daß das deutsche Volk die Verantwortung für die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus auf allen Gebieten mitübernehmen kann. Der Erfüllung der damit dem deutschen Volk übertragenen Aufgabe dient dieses Gesetz, das sich im Rahmen der Anweisung Nr. 24 des Kontrollrates hält.

Auszug:

Gesetz (Nr. 104) zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus
Quelle: <https://www.verfassungen.de/bw/wuerttemberg-baden/>



Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin - Potsdamer Abkommen, 2. August 1945

III. Deutschland

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigene Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.



Artikel 139
(Befreiungsgesetz)
Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.



Hallstein-Doktrin

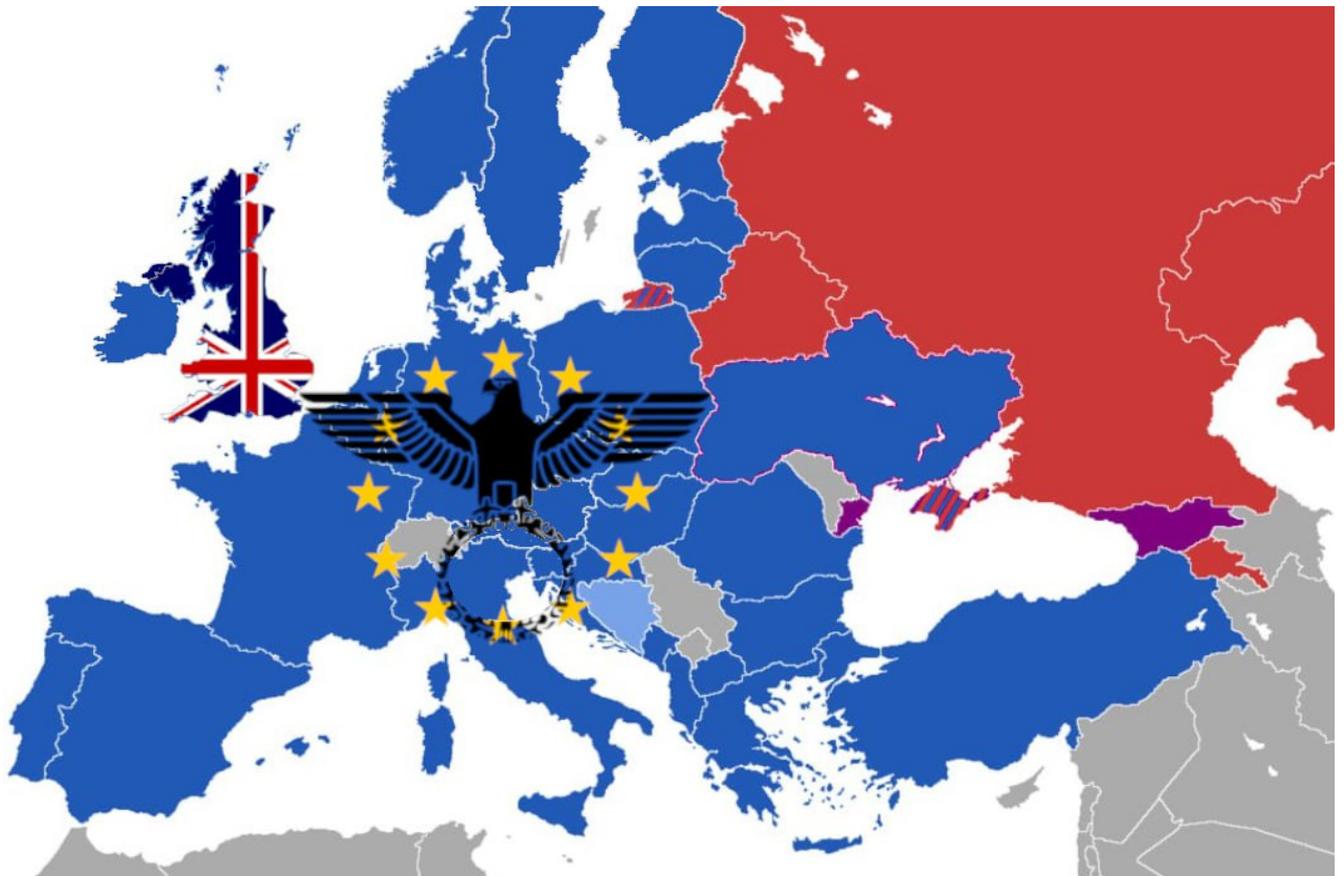
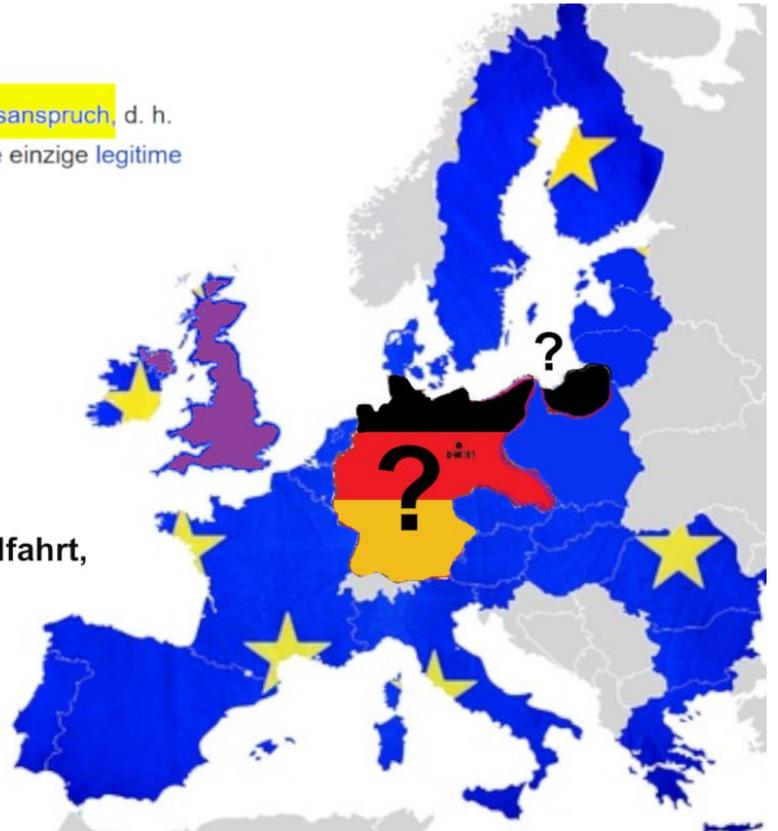
Grundlage der Doktrin war der **Alleinvertretungsanspruch**, d. h. die Auffassung, wonach **die Bundesrepublik die einzige legitime Vertretung des deutschen Volkes sei.**

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Hallstein-Doktrin>



Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, des NS-Luftschutzbundes und des NS-Dozentenbundes.

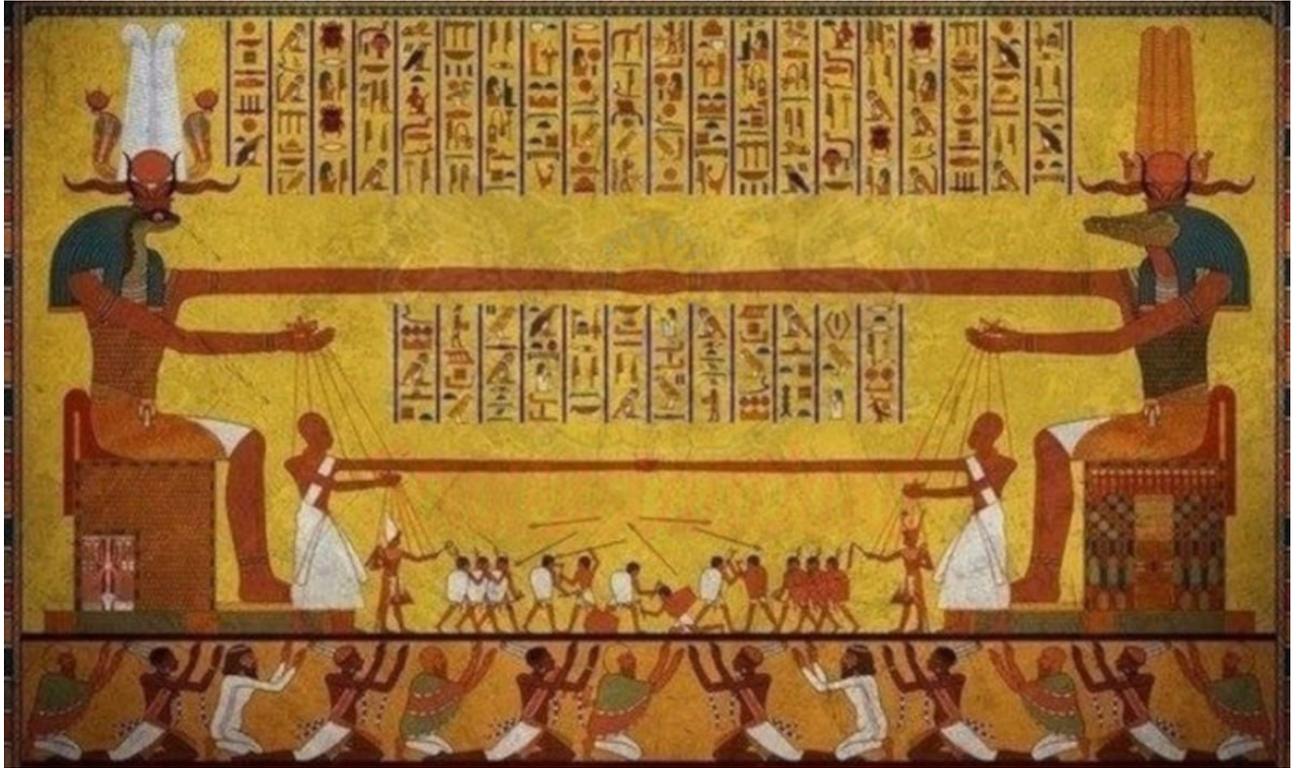
https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/history-eu/eu-pioneers/walter-hallstein_de (Zitat-Quelle)

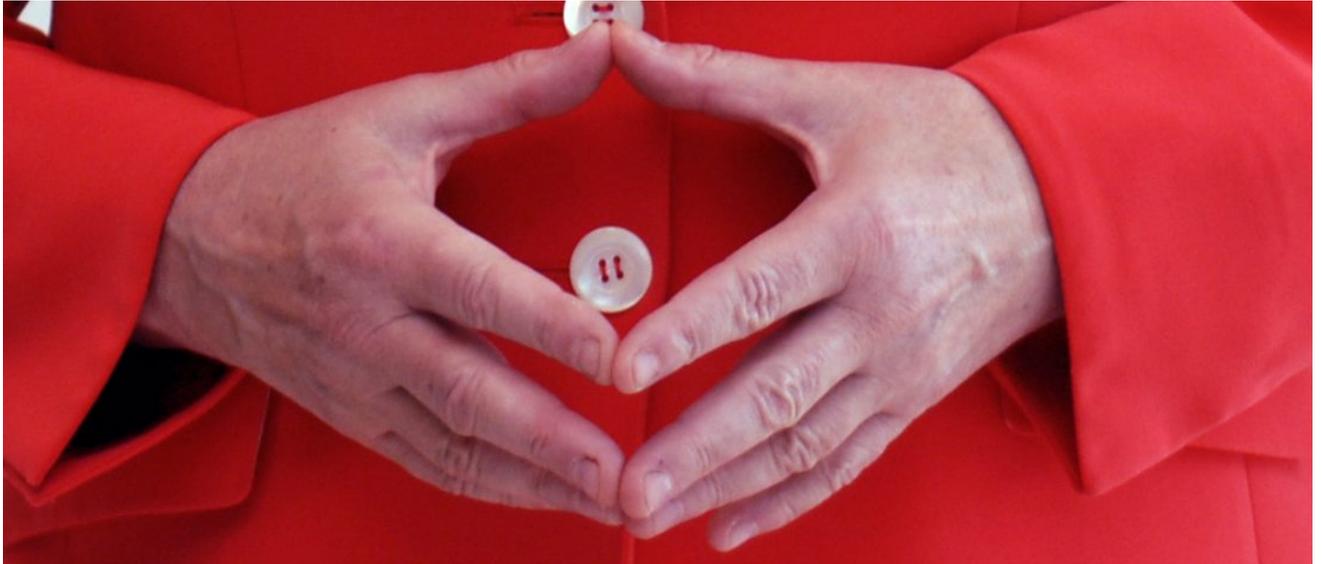




Die gesamte weltweite, komplexe Steuerung dient offensichtlich einzig und allein dazu, die Umsetzung des gültigen Potsdamer Abkommens - Teil III Entnazifizierung und Entmilitarisierung von Deutschland zu blockieren, damit der weltweite Kriegszustand und das angloamerikanische Besatzungsregime "Bundesrepublik Deutschland" AUF Deutschland weiter fortbestehen werden kann, um die Weltherrschaft - das 5. Reich zu vollenden!







Ergebnis des gesamten Wahnsinns:

Die gesamte angloamerikanisch-westliche Gesellschaft ist nur ein hohles, verlogenes, völlig sinnentleertes Menschengebilde - angereichert mit Wahnhaftigkeiten!

Multinationale Mafia-Strukturen lenken, leiten und mißbrauchen heutzutage die BRD für ihre eigenen niederen, gewinnorientierten Machtinteressen.

Quelle: https://en.wikipedia.org/wiki/AshkeNazi_Jews

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Aschkenasim>

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Kohen>

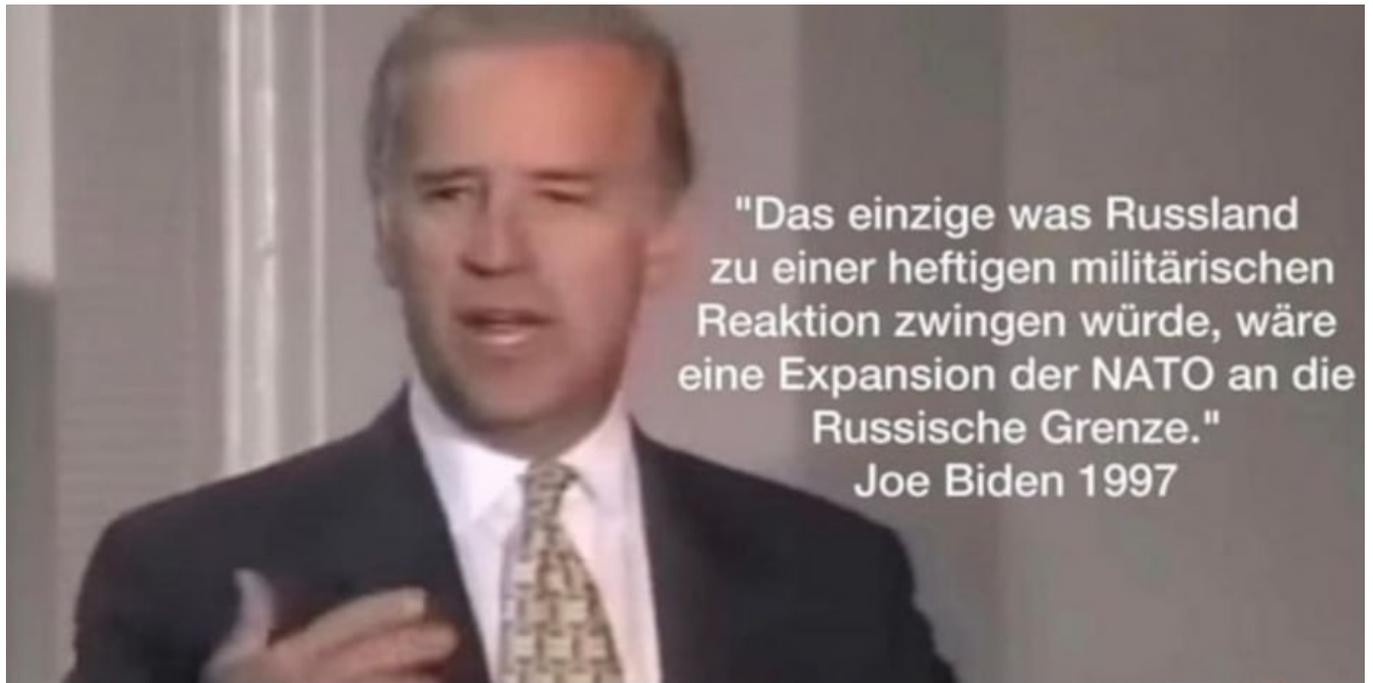
Quelle: <https://www.juedische-allgemeine.de/religion/geistige-elite/>
https://de.wikipedia.org/wiki/Kohen#Kohen_als_moderner_Familiename

ERKENNE DICH SELBST & RETTE DEINE SEELE!



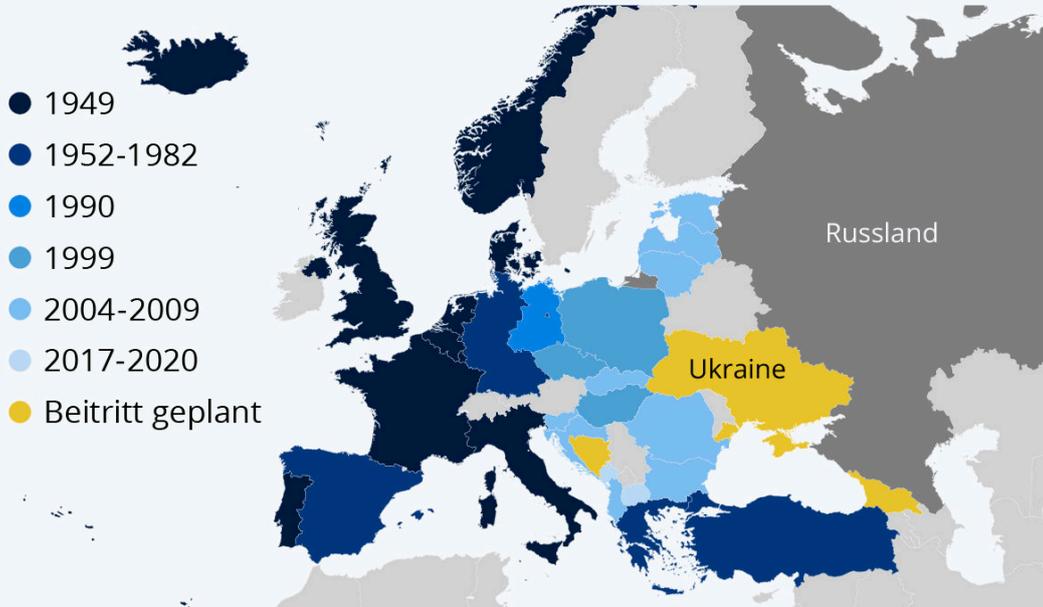
**26.1 Ergebnis: NATO-Ost-Expansion „Barbarossa 2.0“
- Ukraine Konflikt = NATO-Stellvertreterkrieg
= Der Krieg kommt zurück zum Verursacher?**

5. Weltreich Roms = Das koloniale NS-Gleichschaltungsprojekt wird auf die ganze Menschheit ausgedehnt. („Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt“ sangen 1933 triumphierend die SA - Sturmkolonnen)



Die Geschichte der NATO-Osterweiterung

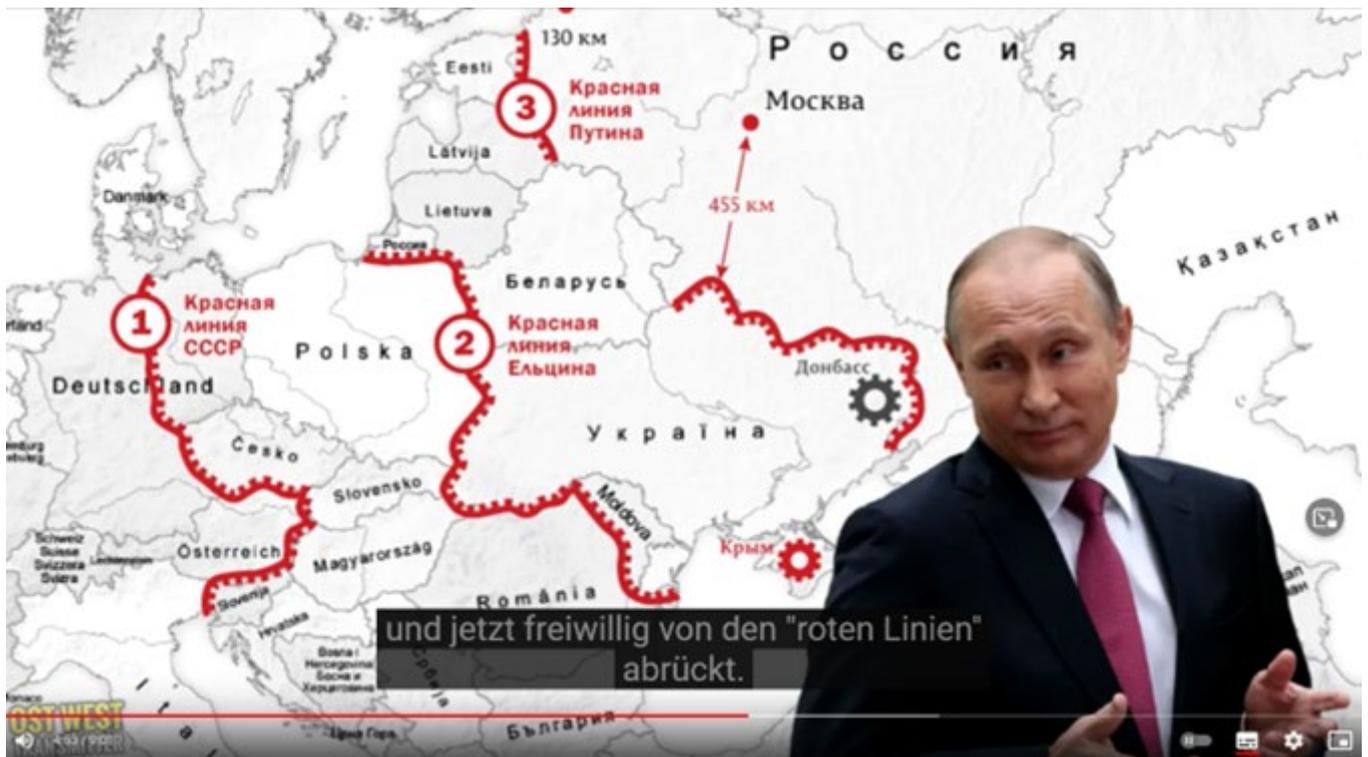
Europäische Länder nach Jahr des Eintritts in die NATO



Quelle: NATO



statista





Nato-Beitritt durch die Hintertür? In Brüssel ist passiert, was Putin eigentlich immer verhindern wollte

Die ukrainische Armee soll laut Nato-Vertretern in den nächsten Jahren vollständig auf westliche Waffensysteme umgestellt werden. Die Konsequenzen sind weitreichend.



Archivbild: Wladimir Selenskij.

WIN MCNAMEE / GETTY IMAGES NORTH AMERICA / Getty Images via AFP / AFP

Geschichte wiederholt sich = Befreiung 2.0?



Stellvertreterkrieg

Als **Stellvertreterkrieg** wird ein [Krieg](#) bezeichnet, in dem sich zwei oder mehr in Konflikt befindliche [Großmächte](#) nicht direkt militärisch auseinandersetzen, sondern diese militärische Auseinandersetzung in einem oder mehreren [Drittstaaten](#) austragen. Die Drittstaaten handeln also als *Stellvertreter* der oft nur im Hintergrund beteiligten Großmächte.

Begriff

Der Begriff „Stellvertreterkrieg“ hat durch den [Kalten Krieg](#) den Einzug in die Sprache gefunden ([englisch](#) „proxy war“). Er wurde während des [Vietnamkrieges](#) erstmals verwendet und in der Literatur und der Politik aufgegriffen. Ursprünglich bezog er sich nur auf die vermehrt nach dem [Zweiten Weltkrieg](#) aufkommenden Kriege, in denen die [USA](#) und Verbündete auf der einen Seite, sowie die [Sowjetunion](#) und Verbündete (der so genannte [Ostblock](#)) auf der anderen Seite, ihre [geopolitischen](#) und [ideologischen](#) Interessenkonflikte in Drittstaaten militärisch austragen.

Nach dem [Zerfall der Sowjetunion](#) wurde der Begriff weiter gefasst und auch auf Kriege anderer Großmächte vor und nach dem „Kalten Krieg“ ausgedehnt.

Nach dem Ende des „Kalten Krieges“ ist der Begriff „Stellvertreterkrieg“ auch als [Metapher](#) in den alltäglichen Sprachgebrauch eingezogen.

Charakteristik

Der Stellvertreterkrieg zeichnet sich dadurch aus, dass ein in den Drittstaaten meist bereits bestehender Konflikt, [Bürgerkrieg](#) oder Krieg zu den jeweils eigenen Zwecken der involvierten Großmächte instrumentalisiert und - sofern dieses noch nicht der Fall ist - zu einem militärischen Konflikt ausgeweitet wird. Primäres Ziel der Großmächte im Stellvertreterkrieg ist der Erhalt bzw. die Erweiterung der jeweiligen [Interessensphäre](#) auf Kosten der anderen Großmächte.

Die Kriegsparteien im Drittstaat erhalten dabei direkte oder indirekte Unterstützung mit dem Ziel, der jeweils geförderten Kriegspartei zum Sieg zu verhelfen. Die Unterstützung kann sowohl militärischer ([Militärhilfe](#)) als auch logistischer, finanzieller oder anderweitiger Natur sein. Durch einen Sieg der jeweiligen Kriegspartei wird die Interessensphäre der unterstützenden Großmacht ausgeweitet und gefestigt.

Die Maßnahmen der beteiligten Großmächte für ihre jeweiligen Stellvertreter werden in zwei verschiedene Arten unterteilt:

Indirekte Maßnahmen

Die Stellvertreter werden finanziell, militärisch (z. B. durch [Militärberater](#)) oder anderweitig unterstützt.

Direkte Maßnahmen

Es erfolgt ein offizieller militärischer Eingriff durch Soldaten mindestens einer beteiligten Großmacht.

Die Hauptursache für einen Stellvertreterkrieg ist im Allgemeinen der Umstand, dass die beteiligten Großmächte eine direkte militärische Konfrontation nicht wollen. Die Gründe hierfür können vielschichtig sein. Zum einen sollen mögliche Eskalationsstufen zwischen den eigentlichen Kriegsparteien vermieden werden. So

hätte beispielsweise ein Krieg zwischen den USA und der UdSSR fast zwangsläufig zu einem [atomaren Krieg](#) geführt. Die Stellvertreterkriege ermöglichten dagegen auch im Kalten Krieg die kontrollierte konventionelle Kriegsführung.

Andererseits sind die Bevölkerungen der beteiligten Großmächte nicht die primär Leidtragenden des Konfliktes, sondern hauptsächlich die Bevölkerungen der Drittstaaten, so dass sich die Beteiligung an einem Stellvertreterkrieg gegenüber der eigenen Bevölkerung leichter verantworten oder geheim halten lässt.

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Stellvertreterkrieg>

(Wikipedia: Dieser Artikel ist nicht hinreichend mit [Belegen](#) (beispielsweise [Einzelnachweisen](#)) ausgestattet. Angaben ohne ausreichenden Beleg könnten demnächst entfernt werden. Bitte hilf Wikipedia, indem du die Angaben recherchierst und gute Belege einfügst.)

Kleine Auswahl Pressemeldungen zum NATO-Stellvertreterkrieg gegen Russland vom 18.10.2022 bis 20.10. 2022

Sacharowa: EU-Militärhilfe-Mission in Kiew macht EU zur Konfliktpartei in der Ukraine

□ 14:38 Uhr MEZ

Maria Sacharowa Pressestelle des russischen Außenministeriums / Sputnik

Die Entscheidung der EU, eine militärische Unterstützungsmission für das Kiewer Regime einzurichten, erhöht die Beteiligung der EU und macht sie zu einer Partei im Konflikt in der Ukraine. Dies erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa am Donnerstag bei einem Briefing. Sie betonte:

"Am 17. Oktober haben die EU-Außenminister die Einrichtung einer EU-Militärhilfe-Mission für die Ukraine beschlossen. Diese wird in einem Monat in Betrieb genommen und soll innerhalb von zwei Jahren mehr als 15.000 Soldaten verschiedener Ränge ausbilden. Dieser Schritt geht mit der Lieferung von tödlichen Waffen an das Kiewer Regime einher und erhöht die Beteiligung der Europäischen Union, die dadurch natürlich zu einer Konfliktpartei wird."

Kiew erkennt Beteiligung der NATO am Konflikt in der Ukraine an

18.10.2022 um 8:58 Uhr MEZ

Die russische Armee ist in der Ukraine tatsächlich mit den NATO-Streitkräften konfrontiert, sagte die stellvertretende Ministerpräsidentin der Ukraine, Olga Stefanischina, der [Nachrichtenagentur Newswest](#).

Sie behauptete, dass Moskau aufgrund der Unentschlossenheit der "demokratischen Welt" immer stärker werde. Der stellvertretenden Ministerpräsidentin zufolge gibt die Spezialoperation in der Ukraine Russland die Erfahrung, tatsächlich gegen die NATO-Armee zu kämpfen, die bereits nach NATO-Standards ausgebildet und mit der neuesten NATO-Ausrüstung ausgestattet wurde. Sie fügte hinzu: *"Glauben Sie mir, ihre Dienste sammeln Informationen und Daten."*

Stefanischina appellierte auch an die westlichen Politiker, "nicht kurzsichtig zu sein".

Sie betonte, dass Kiew nicht mit Moskau verhandeln werde, sofern Moskau weiter "eine militärische Bedrohung" darstelle.

Quelle <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg-erste-zuge/>

Kriegspropaganda

UN-Zivilpakt

Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 (siehe BGBl. 1973 II 1553)

Artikel 20

(1) Jede Kriegspropaganda wird durch Gesetz verboten.

(2) Jedes Eintreten für nationalen, rassistischen oder religiösen Hass, durch das zu Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt aufgestachelt wird, wird durch Gesetz verboten.

Quelle: <https://www.zivilpakt.de/>

Kriegspropaganda: Dagegen hilft nur Selbstverteidigung

Von [Elena Witzeck](#) - Aktualisiert am 17.03.2022-10:01

„Russland beginnt keine Kriege. Es beendet sie!“

Was ist Kriegspropaganda? Das weiß nicht einmal die UN-Charta genau. Lässt sich die Propaganda dennoch unterbinden? Fragen an einen Medien- und Völkerrechtler.

Wir unterscheiden zwischen verschiedenen Propagandastufen.

Völkerrechtlich vertretbar und für Staaten tolerierbar ist jene, in der ein Land ein anderes schlicht kritisiert. In Stufe zwei versucht der Staat in die „Domaine Reservée“, ins Innerste des anderen Staates hineinzuregieren und ihm seine Souveränität abzuspochen, etwa durch Aufrufe an die Bevölkerung, die Regierung zu Fall zu bringen. Dieser Verstoß gegen das Interventionsverbot ist in der UN-Charta geregelt.

Stufe drei ist Kriegspropaganda.

Leider ist die Kriegspropaganda völkerrechtlich nicht abschließend definiert.

Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/gegen-kriegspropaganda-hilft-nur-selbstverteidigung-17881946.html>

Auszug UN-CHARTA

Artikel 39

Der Sicherheitsrat stellt fest, ob eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt; er gibt Empfehlungen ab oder beschließt, welche Maßnahmen auf Grund der Artikel 41 und 42 zu treffen sind, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen.

Artikel 40

Um einer Verschärfung der Lage vorzubeugen, kann der Sicherheitsrat, bevor er nach Artikel 39 Empfehlungen abgibt oder Maßnahmen beschließt, die beteiligten Parteien auffordern, den von ihm für notwendig oder erwünscht erachteten vorläufigen Maßnahmen Folge zu leisten. Diese vorläufigen Maßnahmen lassen die Rechte, die Ansprüche und die Stellung der beteiligten Parteien unberührt. Wird den vorläufigen Maßnahmen nicht Folge geleistet, so trägt der Sicherheitsrat diesem Versagen gebührend Rechnung.

Artikel 41

Der Sicherheitsrat kann beschließen, welche Maßnahmen – unter Ausschluss von Waffengewalt - zu ergreifen sind, um seinen Beschlüssen Wirksamkeit zu verleihen; er kann die Mitglieder der Vereinten Nationen auffordern, diese Maßnahmen durchzuführen. Sie können die vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraphen- und Funkverbindungen sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen einschließen.

Artikel 42

Ist der Sicherheitsrat der Auffassung, dass die in Artikel 41 vorgesehenen Maßnahmen unzulänglich sein würden oder sich als unzulänglich erwiesen haben, so kann er mit Luft-, See- oder Landstreitkräften die zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen durchführen. Sie können Demonstrationen, Blockaden und sonstige Einsätze der Luft-, See- oder Landstreitkräfte von Mitgliedern der Vereinten Nationen einschließen.

Artikel 43

(1) Alle Mitglieder der Vereinten Nationen verpflichten sich, zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dadurch beizutragen, dass sie nach Maßgabe eines oder mehrerer Sonderabkommen dem Sicherheitsrat auf sein Ersuchen Streitkräfte zur Verfügung stellen, Beistand leisten und Erleichterungen einschließlich des Durchmarschrechts gewähren, soweit dies zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich ist.

(2) Diese Abkommen haben die Zahl und Art der Streitkräfte, ihren Bereitschaftsgrad, ihren allgemeinen Standort sowie die Art der Erleichterungen und des Beistands vorzusehen.

(3) Die Abkommen werden auf Veranlassung des Sicherheitsrats so bald wie möglich im Verhandlungsweg ausgearbeitet. Sie werden zwischen dem Sicherheitsrat einerseits und Einzelmitgliedern oder Mitgliedergruppen andererseits geschlossen und von den Unterzeichnerstaaten nach Maßgabe ihres Verfassungsrechts ratifiziert.

Artikel 44

Hat der Sicherheitsrat die Anwendung von Gewalt beschlossen, so lädt er ein in ihm nicht

vertretenes Mitglied, bevor er es zur Stellung von Streitkräften auf Grund der nach Artikel 43 übernommenen Verpflichtungen auffordert, auf dessen Wunsch ein, an seinen Beschlüssen über den Einsatz von Kontingenten der Streitkräfte dieses Mitglieds teilzunehmen.

Artikel 45

Um die Vereinten Nationen zur Durchführung dringender militärischer Maßnahmen zu befähigen, halten Mitglieder der Organisation Kontingente ihrer Luftstreitkräfte zum sofortigen Einsatz bei gemeinsamen internationalen Zwangsmaßnahmen bereit. Stärke und Bereitschaftsgrad dieser Kontingente sowie die Pläne für ihre gemeinsamen Maßnahmen legt der Sicherheitsrat mit Unterstützung des Generalstabsausschusses im Rahmen der in Artikel 43 erwähnten Sonderabkommen fest.

Artikel 46

Die Pläne für die Anwendung von Waffengewalt werden vom Sicherheitsrat mit Unterstützung des Generalstabsausschusses aufgestellt.

Artikel 47

(1) Es wird ein Generalstabsausschuss eingesetzt, um den Sicherheitsrat in allen Fragen zu beraten und zu unterstützen, die dessen militärische Bedürfnisse zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, den Einsatz und die Führung der dem Sicherheitsrat zur Verfügung gestellten Streitkräfte, die Rüstungsregelung und eine etwaige Abrüstung betreffen.

(2) Der Generalstabsausschuss besteht aus den Generalstabschefs der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats oder ihren Vertretern. Ein nicht ständig im Ausschuss vertretenes Mitglied der Vereinten Nationen wird vom Ausschuss eingeladen, sich ihm zu assoziieren, wenn die Mitarbeit dieses Mitglieds für die wirksame Durchführung der Aufgaben des Ausschusses erforderlich ist.

(3) Der Generalstabsausschuss ist unter der Autorität des Sicherheitsrats für die strategische Leitung aller dem Sicherheitsrat zur Verfügung gestellten Streitkräfte verantwortlich. Die Fragen bezüglich der Führung dieser Streitkräfte werden später geregelt.

(4) Der Generalstabsausschuss kann mit Ermächtigung des Sicherheitsrats nach Konsultation mit geeigneten regionalen Einrichtungen regionale Unterausschüsse einsetzen.

Artikel 48

(1) Die Maßnahmen, die für die Durchführung der Beschlüsse des Sicherheitsrats zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich sind, werden je nach dem Ermessen des Sicherheitsrats von allen oder von einigen Mitgliedern der Vereinten Nationen getroffen.

(2) Diese Beschlüsse werden von den Mitgliedern der Vereinten Nationen unmittelbar sowie durch Maßnahmen in den geeigneten internationalen Einrichtungen durchgeführt, deren Mitglieder sie sind.

Artikel 49

Bei der Durchführung der vom Sicherheitsrat beschlossenen Maßnahmen leisten die Mitglieder der Vereinten Nationen einander gemeinsam handelnd Beistand.

Artikel 50

Ergreift der Sicherheitsrat gegen einen Staat Vorbeugungs- oder Zwangsmaßnahmen, so kann jeder andere Staat, ob Mitglied der Vereinten Nationen oder nicht, den die Durchführung dieser Maßnahmen vor besondere wirtschaftliche Probleme stellt, den Sicherheitsrat zwecks Lösung dieser Probleme konsultieren.

Artikel 51

Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. Maßnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechts trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen; sie berühren in keiner Weise dessen auf dieser Charta beruhende Befugnis und Pflicht, jederzeit die Maßnahmen zu treffen, die er zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für erforderlich hält - Quelle: <https://unric.org/de/charta/#kapitel7>



**Vereinte
Nationen**

UNRIC - Regionales
Informationszentrum der
Vereinten Nationen

Während sich **der Sicherheitsrat** zur Ukraine-Krise traf, kündigte Russland den Beginn einer „militärischen Sonderoperation“ an



Quelle: <https://unric.org/de/240222-ukraine/>

14:38 Uhr

Sacharowa: EU-Militärhilfe-Mission in Kiew macht EU zur Konfliktpartei in der Ukraine



Maria Sacharowa

Pressestelle des russischen Außenministeriums / Sputnik

Die Entscheidung der EU, eine militärische Unterstützungsmission für das Kiewer Regime einzurichten, erhöht die Beteiligung der EU und macht sie zu einer Partei im Konflikt in der Ukraine. Dies erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa am Donnerstag bei einem Briefing. Sie betonte:

"Am 17. Oktober haben die EU-Außenminister die Einrichtung einer EU-Militärhilfe-Mission für die Ukraine beschlossen. Diese wird in einem Monat in Betrieb genommen und soll innerhalb von zwei Jahren mehr als 15.000 Soldaten verschiedener Ränge ausbilden. Dieser Schritt geht mit der Lieferung von tödlichen Waffen an das Kiewer Regime einher und erhöht die Beteiligung der Europäischen Union, die dadurch natürlich zu einer Konfliktpartei wird."

Auszüge Kriegsbericht 07.04.2023: Die Heiße Phase läuft an...

Der russische Außenminister Lawrow ist zu der Überzeugung gekommen, dass sich Russland und die USA im Kriegszustand befinden. Er konstatierte, dass - bedingt durch die enormen Lieferungen von militärischen Ausrüstungsgütern durch die USA - sich Russland und die USA in der „heißen Kriegsphase“ befinden. „Wir befinden uns wirklich in der heißen Phase des Krieges, denn es kämpfen ukrainische Nazis mit vorrangig amerikanischen Waffen“, - so Lawrow. Bei den USA muss man heute auf alles vorbereitet sein. In ihrem hegemonistischen Bestreben haben sie alle Anstandsgrenzen überschritten - diplomatische, ethische und alle anderen beliebigen Grenzen - ergänzte Lawrow.

Moskau: Russland und die USA befinden sich in einer heißen Konfliktphase

□ 14:04 Uhr

Moskau und Washington befinden sich in der Phase eines heißen Konflikts, so der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow gegenüber Radio Sputnik. Er erklärte:

"Wir befinden uns jetzt in der Phase eines heißen Konflikts mit den USA. Wir sind Zeugen einer direkten Beteiligung dieses Staates an einem hybriden Krieg mit Russland an verschiedenen Fronten. Einige Formen dieses Krieges sind einfach beispiellos - es gab sie zuvor einfach nicht und konnte es in der Zeit des Kalten Krieges auch nicht geben."

Er stellte fest, dass jetzt "leider viel über die Gefahr eines nuklearen Konflikts gesprochen wird" und fügte hinzu: **"Aber die Art und Weise, wie unsere amerikanischen Gegner die Dinge rücksichtslos, provokativ, in vielerlei Hinsicht absolut leichtsinnig weiter auf der Eskalationsleiter vorantreiben, wie verblendet sie von ihrem absolut absurden und durch nichts begründeten Glauben sind, Russland eine strategische Niederlage zufügen zu können, lässt einen an ihren Erkenntnismöglichkeiten, an ihrer Angemessenheit zweifeln. Das ist ein Spiel mit dem Feuer im wahrsten Sinne des Wortes."** Rjabkow zufolge wäre es ein fataler Fehler, wenn die USA die Entschlossenheit Russlands unterschätzen würden, "alle Maßnahmen zu ergreifen und alle Mittel einzusetzen", wenn es um "Eingriffe in die Souveränität, territoriale Integrität und Staatlichkeit Russlands" gehe.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Lawrow: Immer mehr westliche Waffenlieferungen an Kiew gehen um die Welt-
24.05.2023 □ 12:35 Uhr



Bildquelle: <https://www.deutschlandfunk.de/russischer-aussenminister-lawrow-spricht-ueber-moegliche-verlaengerung-des-ukrainischen-getreideabko-100.html>

Immer mehr westliche Waffenlieferungen an die Ukraine gehen um die Welt. Darauf wies der russische Außenminister Sergei Lawrow am Mittwoch bei einem internationalen Treffen hochrangiger Sicherheitsbeamter hin. Er betonte:

"Der kollektive Westen macht keinen Hehl aus seiner Absicht, uns eine strategische Niederlage zuzufügen. Das Kiewer Regime wird als antirussischer Rammbock benutzt und mit NATO-Waffen vollgepumpt. Gleichzeitig wird ein Teil der westlichen Lieferungen - und zwar ein immer größerer Teil - unkontrolliert in der Welt verteilt."

Lawrow betonte, dass die NATO-Länder auf der Seite Kiews direkt in den Konflikt in der Ukraine verwickelt seien.

"De facto und de jure sind die NATO-Länder direkt an dem Konflikt auf der Seite Kiews beteiligt. Eine solche unverantwortliche Linie erhöht die Gefahr eines direkten militärischen Zusammenstoßes der Atomkräfte erheblich."

Weiter wies der russische Außenminister darauf hin, dass Russland den westlichen Staaten Signale über die Unzulässigkeit eines solchen Szenarios sende, "aber diese Signale werden entweder ignoriert oder zu Propagandazwecken grob entstellt".

"Unsere Gegner erhöhen den Einsatz auch deshalb, weil der Versuch, Russland durch die ukrainischen NeoNazis zu brechen, zu einem integralen Bestandteil ihrer allgemeinen Linie für die Wiederbelebung einer unipolaren Weltordnung geworden ist. Die Berechnungen zielen darauf ab, Konkurrenten auszuschalten, damit die sogenannte goldene Milliarde weiterhin ihr neokoloniales Programm umsetzen und die Ressourcen anderer Staaten zu ihren Gunsten abschöpfen kann."

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Verteidigungsminister Schoigu: Westen hat gegen Russland und Weißrussland einen Krieg entfesselt - 25.05.2023 ☐ 10:35 Uhr



Archivbild: Ukrainische Soldaten bei der Ausbildung in Großbritannien BEN STANSALL / AFP

Russlands Verteidigungsminister Sergei Schoigu ist am Donnerstag zu Besuch in Minsk. Bei einem Treffen mit seinem weißrussischen Kollegen Wiktor Chrenin erklärte Schoigu, dass die westlichen Länder einen nicht angekündigten Krieg gegen Russland und Weißrussland entfesselt hätten.

"Heute setzen wir dem kollektiven Westen, der gegen unsere Länder tatsächlich einen nicht angekündigten Krieg führt, Widerstand entgegen."

Schoigu zufolge seien militärische Aktivitäten der NATO in Osteuropa höchst aggressiv geworden. Darüber hinaus verlängere der Westen mit seinen Waffenlieferungen an Kiew den Ukraine-Konflikt und trage zur weiteren Eskalation bei.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Seit Beginn der Sonderoperation attackierten mindestens fünf ukrainische Sabotagegruppen das Gebiet Belgorod 29.05.2023 ☐ 11:15 Uhr

Mindestens fünf Sabotage- und Aufklärungsgruppen sind seit Beginn der Sonderoperation aus der Ukraine in die Region Belgorod eingedrungen. Dies teilte der Gouverneur des Gebietes Wjatscheslaw Gladkow im russischen Fernsehen mit. Er fügte hinzu:

"Wir leben unter den Bedingungen eines echten Krieges. Ob es uns gefällt oder nicht; er findet statt."

Chef des Sicherheitsrates Russlands: USA führen einen unerklärten Krieg gegen Russland und Weißrussland 07.07.2023 □ 21:06 Uhr

Washington führt einen unerklärten Krieg gegen Moskau und Minsk, erklärte der Sekretär des russischen Sicherheitsrates Nikolai Patruschew bei einem Treffen mit dem Staatssekretär des weißrussischen Sicherheitsrates Alexander Wolfowitsch.

"Die USA führen einen unerklärten Krieg gegen Russland und Belarus, um die nationale Identität und die Völker unserer Länder zu zerstören. Heute sprechen westliche Politiker ganz offen darüber und weisen in ihren Dokumenten darauf hin."

"Die Situation in der Ukraine macht eine Vertiefung der russisch-weißrussischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich unabdingbar: Der Westen pumpt die Ukraine mit Waffen voll, gibt Satelliten- und andere Informationen an das Kommando der ukrainischen Streitkräfte weiter, beteiligt sich an der Planung von Militäroperationen und schickt Söldner, da er selbst eine Konfliktpartei ist."

Ihm zufolge bedient sich das "neonazistische Kiewer Regime" offenkundig terroristischer Methoden der Kriegsführung, um die von Washington gestellte Aufgabe zu erfüllen, Russland und Weißrussland zu schwächen.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

UN-Resolutionen zum Ukraine Konflikt

„Vereinte Nationen stimmen für den Frieden Donnerstag, den 03. März 2022
Die UN-Vollversammlung hat mit deutlicher Mehrheit den russischen Einmarsch in die Ukraine verurteilt. In ihrer Rede appellierte Außenministerin Baerbock an die Weltgemeinschaft, dieser Resolution zuzustimmen. Denn: „Die Sicherheit Europas steht auf dem Spiel.“



Eindringlicher Appell an die Weltgemeinschaft: Bundesaußenministerin Annalena Baerbock spricht vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Foto: picture alliance / photothek / Florian Gaertner

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen ist zu einer Notstands-Sondersitzung zusammengekommen. Sie verurteilte den russischen Angriff auf das Territorium der Ukraine und forderte Russland auf, die Kriegshandlungen einzustellen und seine Truppen aus der Ukraine abzuziehen.

Für eine entsprechende Resolution stimmten bei der Notfallsitzung Anfang März 141 Mitgliedsstaaten. Es enthielten sich 35 Staaten, zwölf stimmten nicht ab.

Neben Russland stimmten nur Belarus, Syrien, Nordkorea und Eritrea gegen die Resolution.

...Die UN-Vollversammlung war zu der erst elften Dringlichkeitssitzung ihrer Geschichte zusammengekommen. Vergangene Woche hatte Russland im UN-Sicherheitsrat mit seinem Veto eine Resolution verhindert, die den Angriff auf die Ukraine verurteilt hätte. In der UN-Vollversammlung hat Russland anders als im Sicherheitsrat kein Veto-Recht.

Entgegen der UN-Sicherheitsratsresolution ist die Resolution der Generalversammlung nicht völkerrechtlich bindend, zeigt aber die gemeinsame Verurteilung der Staatengemeinschaft...“

Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/sicherheit-und-verteidigung/un-generalversammlung-russland-2009504>

„Vereinte Nationen verurteilen russische Annexion

Ein Zeichen großer Geschlossenheit
Donnerstag, 13. Oktober 2022

Deutschland und weitere 142 der 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen stimmten in ihrer Vollversammlung für eine Resolution, die die Annexion ostukrainischer Gebiete durch Russland verurteilt. Damit demonstrierten sie deutlich ihre Geschlossenheit.

Die Resolution der Vereinten Nationen verurteilt Russlands Annexion und erklärt sie für ungültig.

Foto: IMAGO/Pacific Press Agency/Lev Radin

Deutschland hat die Annexion ostukrainischer Gebiete durch Russland bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen (VN) verurteilt: Neben der Bundesrepublik stimmten in der Dringlichkeitssitzung 142 weitere Mitglieder der VN für eine entsprechende Resolution und zeigten damit deutlich ihre Geschlossenheit...

Der Beschluss der VN-Vollversammlung ist völkerrechtlich zwar nicht bindend, zeigt aber die internationale Isolation Russlands. Lediglich fünf Länder sprachen sich gegen die Resolution aus: Neben Russland selbst waren dies Belarus, Syrien, Nicaragua und Nordkorea. 35 der insgesamt 193 Mitgliedstaaten enthielten sich.“
Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/resolution-vereinte-nationen-2134070>

Charta der Vereinten Nationen

Übergangsbestimmungen betreffend die Sicherheit

Artikel 106

Bis das Inkrafttreten von Sonderabkommen der in Artikel 43 bezeichneten Art den Sicherheitsrat nach seiner Auffassung befähigt, mit der Ausübung der ihm in Artikel 42 zugewiesenen Verantwortlichkeiten zu beginnen, konsultieren die Parteien der am 30. Oktober 1943 in Moskau unterzeichneten Viermächte-Erklärung und Frankreich nach Absatz 5 dieser Erklärung einander und gegebenenfalls andere Mitglieder der Vereinten Nationen, um gemeinsam alle etwa erforderlichen Maßnahmen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit im Namen der Organisation zu treffen.

Artikel 107

Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkriegs in Bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.

Wertung:

Das Nürnberger Tribunal verurteilte alle Staaten, die gegen die alliierten Siegermächte gekämpft und Völkermord begangen haben, zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit.

Der größte Völkermord wurde an den Völkern in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) begangen.

Die Artikel 106 und 107 der UN-Charta geben den alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkrieges Russische Föderation als Rechtsnachfolger der UdSSR, den

Vereinigten Staaten von Amerika (USA), das Königreich Großbritannien, die Französische Republik und der Volksrepublik China das Recht, gegen die militärisch 1945 besiegten Feindstaaten Deutschland, Italien und Japan und deren Verbündete Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges gemäß des Potsdamer Abkommens (Krim-Deklaration) rückgängig gemacht werden.

In dem Zusammenhang ist auch die Anwendung militärischer Gewalt gegen diese Feindstaaten zulässig.

Dazu ist keine Zustimmung des Weltsicherheitsrates erforderlich.

Die alliierten Hauptsiegermächte müssen sich dazu nur gegenseitig informieren.

Die Russische Föderation kann als Rechtsnachfolger der UdSSR nötigenfalls auch militärische Gewalt gegen die Staaten anwenden, welche gegen das Potsdamer Abkommen in Europa verstoßen.

Die alliierten Siegermächte einschließlich die Hauptsiegermacht Russische Föderation (Rechtsnachfolger UdSSR) sind demnach berechtigt, auch mit militärischer Gewalt alle Versuche zu unterbinden, den Nazismus und Militarismus, speziell in dem von der Bundesrepublik Deutschland (BRD) treuhänderisch verwalteten Deutschland = das Deutsche Reich im Rechtszustand von 1937, wiederzubeleben.

Das schließt auch die mit Nazi-Deutschland bis 1945 verbündeten Staaten Italien, Japan, Finnland, Rumänien, Ungarn, Kroatien, Spanien, im weiteren Sinne Belgien, die Niederlande, Dänemark, die Slowakei, Albanien, die Türkei und eventuell weitere auf der Seite Deutschlands kriegsbeteiligte europäische Staaten einschließlich das bis 1945 an Deutschland angeschlossene Österreich mit ein.

Quelle: <https://www.un.org/es/about-us/un-charter/chapter-17>

Eine Strafbarkeit gemäß Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) § 13 Verbrechen der Aggression wurde zu den genannten Vorgängen zum Ukraine-Konflikt völkerrechtlich nicht bindend festgestellt!

Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) § 13 Verbrechen der Aggression

(1) Wer einen Angriffskrieg führt oder eine sonstige Angriffshandlung begeht, die ihrer Art, ihrer Schwere und nach ihrem Umfang eine offenkundige Verletzung der Charta der Vereinten Nationen darstellt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft.

(2) Wer einen Angriffskrieg oder eine sonstige Angriffshandlung im Sinne des Absatzes 1 plant, vorbereitet oder einleitet, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft. Die Tat nach Satz 1 ist nur dann strafbar, wenn 1. der Angriffskrieg geführt oder die sonstige Angriffshandlung begangen worden ist oder

2. durch sie die Gefahr eines Angriffskrieges oder einer sonstigen Angriffshandlung für die Bundesrepublik Deutschland herbeigeführt wird.

(3) Eine Angriffshandlung ist die gegen die Souveränität, die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit der Charta der Vereinten Nationen unvereinbare Anwendung von Waffengewalt durch einen Staat.

(4) Beteiligter einer Tat nach den Absätzen 1 und 2 kann nur sein, wer tatsächlich in

der Lage ist, das politische oder militärische Handeln eines Staates zu kontrollieren oder zu lenken.

(5) In minder schweren Fällen des Absatzes 2 ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren. Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/vstgb/_13.html

Voting Started		02-Mar-22	11:55:14
Item 5 - Draft resolution A/ES-11/L.1			
Aggression against Ukraine			
<input checked="" type="checkbox"/> AFGHANISTAN	<input checked="" type="checkbox"/> CAMEROON	<input checked="" type="checkbox"/> FINLAND	<input checked="" type="checkbox"/> KUWAIT
<input checked="" type="checkbox"/> ALBANIA	<input checked="" type="checkbox"/> CANADA	<input checked="" type="checkbox"/> FRANCE	<input checked="" type="checkbox"/> NEPAL
<input checked="" type="checkbox"/> ALGERIA	<input checked="" type="checkbox"/> CENTRAL AFR REP...	<input checked="" type="checkbox"/> GABON	<input checked="" type="checkbox"/> NETHERLANDS
<input checked="" type="checkbox"/> ANDORRA	<input checked="" type="checkbox"/> CHAD	<input checked="" type="checkbox"/> GAMBIA	<input checked="" type="checkbox"/> NEW ZEALAND
<input checked="" type="checkbox"/> ANGOLA	<input checked="" type="checkbox"/> CHILE	<input checked="" type="checkbox"/> GEORGIA	<input checked="" type="checkbox"/> NICARAGUA
<input checked="" type="checkbox"/> ANTIGUA-BARBUDA	<input checked="" type="checkbox"/> CHINA	<input checked="" type="checkbox"/> GERMANY	<input checked="" type="checkbox"/> NIGER
<input checked="" type="checkbox"/> ARGENTINA	<input checked="" type="checkbox"/> COLOMBIA	<input checked="" type="checkbox"/> GHANA	<input checked="" type="checkbox"/> NIGERIA
<input checked="" type="checkbox"/> ARMENIA	<input checked="" type="checkbox"/> COMOROS	<input checked="" type="checkbox"/> GREECE	<input checked="" type="checkbox"/> NORTH MACEDONIA
<input checked="" type="checkbox"/> AUSTRALIA	<input checked="" type="checkbox"/> CONGO	<input checked="" type="checkbox"/> GRENADA	<input checked="" type="checkbox"/> NORWAY
<input checked="" type="checkbox"/> AUSTRIA	<input checked="" type="checkbox"/> COSTA RICA	<input checked="" type="checkbox"/> GUATEMALA	<input checked="" type="checkbox"/> OMAN
<input checked="" type="checkbox"/> AZERBAIJAN	<input checked="" type="checkbox"/> COTE D'IVOIRE	<input checked="" type="checkbox"/> GUINEA	<input checked="" type="checkbox"/> PAKISTAN
<input checked="" type="checkbox"/> BAHAMAS	<input checked="" type="checkbox"/> CROATIA	<input checked="" type="checkbox"/> GUINEA-BISSAU	<input checked="" type="checkbox"/> PANAMA
<input checked="" type="checkbox"/> BAHRAIN	<input checked="" type="checkbox"/> CUBA	<input checked="" type="checkbox"/> GUYANA	<input checked="" type="checkbox"/> PAPUA NEW GUINEA
<input checked="" type="checkbox"/> BANGLADESH	<input checked="" type="checkbox"/> CYPRUS	<input checked="" type="checkbox"/> HAITI	<input checked="" type="checkbox"/> PARAGUAY
<input checked="" type="checkbox"/> BARBADOS	<input checked="" type="checkbox"/> CZECH REPUBLIC	<input checked="" type="checkbox"/> HONDURAS	<input checked="" type="checkbox"/> PERU
<input checked="" type="checkbox"/> BELARUS	<input checked="" type="checkbox"/> DEM PR OF KOREA	<input checked="" type="checkbox"/> HUNGARY	<input checked="" type="checkbox"/> PHILIPPINES
<input checked="" type="checkbox"/> BELGIUM	<input checked="" type="checkbox"/> DEM REP OF THE C...	<input checked="" type="checkbox"/> ICELAND	<input checked="" type="checkbox"/> POLAND
<input checked="" type="checkbox"/> BELIZE	<input checked="" type="checkbox"/> DENMARK	<input checked="" type="checkbox"/> INDIA	<input checked="" type="checkbox"/> PORTUGAL
<input checked="" type="checkbox"/> BENIN	<input checked="" type="checkbox"/> DJIBOUTI	<input checked="" type="checkbox"/> INDONESIA	<input checked="" type="checkbox"/> QATAR
<input checked="" type="checkbox"/> BHUTAN	<input checked="" type="checkbox"/> DOMINICA	<input checked="" type="checkbox"/> IRAN (ISLAMIC REP...)	<input checked="" type="checkbox"/> REP OF KOREA
<input checked="" type="checkbox"/> BOLIVIA	<input checked="" type="checkbox"/> DOMINICAN REP...	<input checked="" type="checkbox"/> IRAQ	<input checked="" type="checkbox"/> REP OF MOLDOVA
<input checked="" type="checkbox"/> BOSNIA-HERZEGOVI...	<input checked="" type="checkbox"/> ECUADOR	<input checked="" type="checkbox"/> IRELAND	<input checked="" type="checkbox"/> ROMANIA
<input checked="" type="checkbox"/> BOTSWANA	<input checked="" type="checkbox"/> EGYPT	<input checked="" type="checkbox"/> ISRAEL	<input checked="" type="checkbox"/> TIMOR-LESTE
<input checked="" type="checkbox"/> BRAZIL	<input checked="" type="checkbox"/> EL SALVADOR	<input checked="" type="checkbox"/> ITALY	<input checked="" type="checkbox"/> TOGO
<input checked="" type="checkbox"/> BRUNEI DARUSSAL...	<input checked="" type="checkbox"/> EQUATORIAL GUINEA	<input checked="" type="checkbox"/> JAMAICA	<input checked="" type="checkbox"/> TONGA
<input checked="" type="checkbox"/> BULGARIA	<input checked="" type="checkbox"/> ERITREA	<input checked="" type="checkbox"/> JAPAN	<input checked="" type="checkbox"/> TRINIDAD-TOBAGO
<input checked="" type="checkbox"/> BURKINA FASO	<input checked="" type="checkbox"/> ESTONIA	<input checked="" type="checkbox"/> JORDAN	<input checked="" type="checkbox"/> TUNISIA
<input checked="" type="checkbox"/> BURUNDI	<input checked="" type="checkbox"/> ESWATINI	<input checked="" type="checkbox"/> KAZAKHSTAN	<input checked="" type="checkbox"/> TURKEY
<input checked="" type="checkbox"/> CABO VERDE	<input checked="" type="checkbox"/> ETHIOPIA	<input checked="" type="checkbox"/> KENYA	<input checked="" type="checkbox"/> TURKMENISTAN
<input checked="" type="checkbox"/> CAMBODIA	<input checked="" type="checkbox"/> FIJI	<input checked="" type="checkbox"/> KIRIBATI	<input checked="" type="checkbox"/> TUVALU
		<input checked="" type="checkbox"/> KUWAIT	<input checked="" type="checkbox"/> SAUDI ARABIA
		<input checked="" type="checkbox"/> KYRGYZSTAN	<input checked="" type="checkbox"/> SENEGAL
		<input checked="" type="checkbox"/> LAO PDR	<input checked="" type="checkbox"/> SERBIA
		<input checked="" type="checkbox"/> LATVIA	<input checked="" type="checkbox"/> SEYCHELLES
		<input checked="" type="checkbox"/> LEBANON	<input checked="" type="checkbox"/> SIERRA LEONE
		<input checked="" type="checkbox"/> LESOTHO	<input checked="" type="checkbox"/> SINGAPORE
		<input checked="" type="checkbox"/> LIBERIA	<input checked="" type="checkbox"/> SLOVAKIA
		<input checked="" type="checkbox"/> LIBYA	<input checked="" type="checkbox"/> SLOVENIA
		<input checked="" type="checkbox"/> LIECHTENSTEIN	<input checked="" type="checkbox"/> SOLOMON ISLANDS
		<input checked="" type="checkbox"/> LITHUANIA	<input checked="" type="checkbox"/> SOMALIA
		<input checked="" type="checkbox"/> LUXEMBOURG	<input checked="" type="checkbox"/> SOUTH AFRICA
		<input checked="" type="checkbox"/> MADAGASCAR	<input checked="" type="checkbox"/> SOUTH SUDAN
		<input checked="" type="checkbox"/> MALAWI	<input checked="" type="checkbox"/> SPAIN
		<input checked="" type="checkbox"/> MALAYSIA	<input checked="" type="checkbox"/> SRI LANKA
		<input checked="" type="checkbox"/> MALDIVES	<input checked="" type="checkbox"/> SUDAN
		<input checked="" type="checkbox"/> MALI	<input checked="" type="checkbox"/> SURINAME
		<input checked="" type="checkbox"/> MALTA	<input checked="" type="checkbox"/> SWEDEN
		<input checked="" type="checkbox"/> MARSHALL ISLANDS	<input checked="" type="checkbox"/> SWITZERLAND
		<input checked="" type="checkbox"/> MAURITANIA	<input checked="" type="checkbox"/> SYRIAN ARAB REP...
		<input checked="" type="checkbox"/> MAURITIUS	<input checked="" type="checkbox"/> TAJIKISTAN
		<input checked="" type="checkbox"/> MEXICO	<input checked="" type="checkbox"/> THAILAND
		<input checked="" type="checkbox"/> MICRONESIA (FS)	<input checked="" type="checkbox"/> TIMOR-LESTE
		<input checked="" type="checkbox"/> MONACO	<input checked="" type="checkbox"/> TOGO
		<input checked="" type="checkbox"/> MONGOLIA	<input checked="" type="checkbox"/> TONGA
		<input checked="" type="checkbox"/> MONTENEGRO	<input checked="" type="checkbox"/> TRINIDAD-TOBAGO
		<input checked="" type="checkbox"/> MOROCCO	<input checked="" type="checkbox"/> TUNISIA
		<input checked="" type="checkbox"/> MOZAMBIQUE	<input checked="" type="checkbox"/> TURKEY
		<input checked="" type="checkbox"/> MYANMAR	<input checked="" type="checkbox"/> SAMOA
		<input checked="" type="checkbox"/> NAMIBIA	<input checked="" type="checkbox"/> SAN MARINO
		<input checked="" type="checkbox"/> NAURU	<input checked="" type="checkbox"/> SAO TOME-PRINCIPE
			<input checked="" type="checkbox"/> UKRAINE
			<input checked="" type="checkbox"/> UNITED ARAB EMIR...
			<input checked="" type="checkbox"/> UNITED KINGDOM
			<input checked="" type="checkbox"/> UNITED REP TANZA...
			<input checked="" type="checkbox"/> UNITED STATES
			<input checked="" type="checkbox"/> URUGUAY
			<input checked="" type="checkbox"/> UZBEKISTAN
			<input checked="" type="checkbox"/> VANUATU
			<input checked="" type="checkbox"/> VENEZUELA
			<input checked="" type="checkbox"/> VIET NAM
			<input checked="" type="checkbox"/> YEMEN
			<input checked="" type="checkbox"/> ZAMBIA
			<input checked="" type="checkbox"/> ZIMBABWE
<input checked="" type="checkbox"/>	IN FAVOUR:141	<input checked="" type="checkbox"/>	AGAINST:5
		<input checked="" type="checkbox"/>	ABSTENTION:35





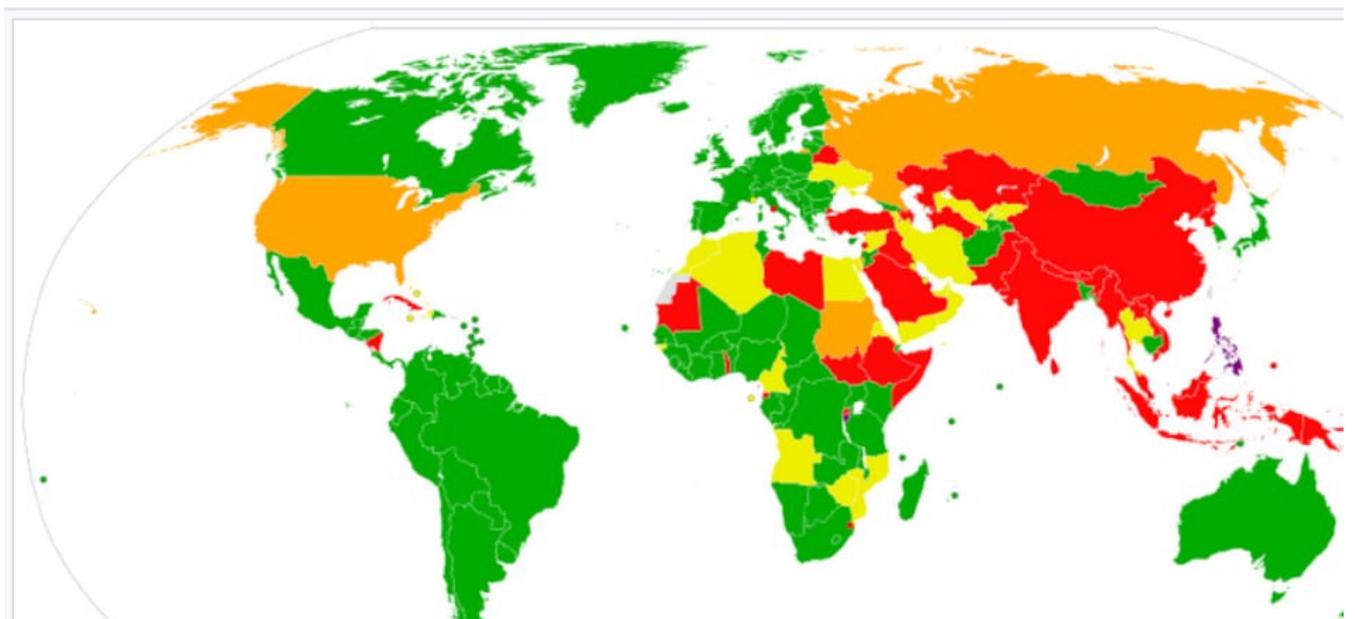
Nihilominus Architectura
 D. FRANCISCO BARRINCO COCCO,
 EQUITIS ORDINIS S. MICHAELIS,
 DOMINICUS PRIMERLANDUS DAVENON,
 incolarum Regijae Amstelredamensis
 CONSILII ET SENATORIS
 ANNO 1694
 MILITIA VERUCA TRIVINO,
 in illi Curiae Praeside programmate
 JUD. JORDANVS HOLLANDICVS
 ac W. S. TYPICVS
 SAPHOR DELEGATVS.
 Nunc hinc CIRCUS MAXIMVS delineatione
 D. D. D. P. M.



Vertragsstaaten

123 Staaten sind dem Rom-Statut zum Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) beigetreten. Es handelt sich dabei um 34 afrikanische, 28 süd-, zentral- und nordamerikanische Staaten, 11 asiatische, 41 europäische und 8 ozeanische Staaten. 31 Staaten unterzeichneten das Statut, ratifizierten es aber nicht.

Von den 5 ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates ratifizierten die USA, Russland und die Volksrepublik China das Statut nicht. [3]



POLITIK

Grenzen des Völkerstrafrechts

"Den Haag kann Putin nicht für Angriffskrieg anklagen"

15.10.2022, 16:10 Uhr

Für den Aggressionskrieg gegen die Ukraine kann er allerdings nicht vorm IStGH angeklagt werden. Warum nicht?

Der Tatbestand wurde erst nachträglich in das Römische Statut - so heißt das Internationale Völkerstrafgesetzbuch - eingefügt. **Geregelt ist, dass jemand, der einen Angriffskrieg befiehlt, nur dann vor dem IStGH angeklagt werden kann, wenn sein Staat Vertragspartei des Statuts von Rom ist.**

Man hat das gemacht, um die Zustimmung der Vertragsstaaten zu bekommen. Das wäre sonst nicht möglich gewesen.



POLITIK

15.03.22

Mögliche Kriegsverbrechen

Das steht zwischen Putin und dem Knast

Quelle: <https://www.n-tv.de/politik/Den-Haag-kann-Putin-nicht-fuer-Angriffskrieg-anlagen-article>

Der nicht unabhängige IStGH bricht nun doch sein eigenes Recht?

Südafrika: Werden Putin verhaften, wenn er zum Gipfel kommt!

Südafrika hat den russischen Präsidenten vor der Teilnahme am BRICS-Gipfel im August gewarnt. Man habe keine andere Wahl, als ihn zu verhaften. Michael Maier
02.05.2023 | 12:18 Uhr

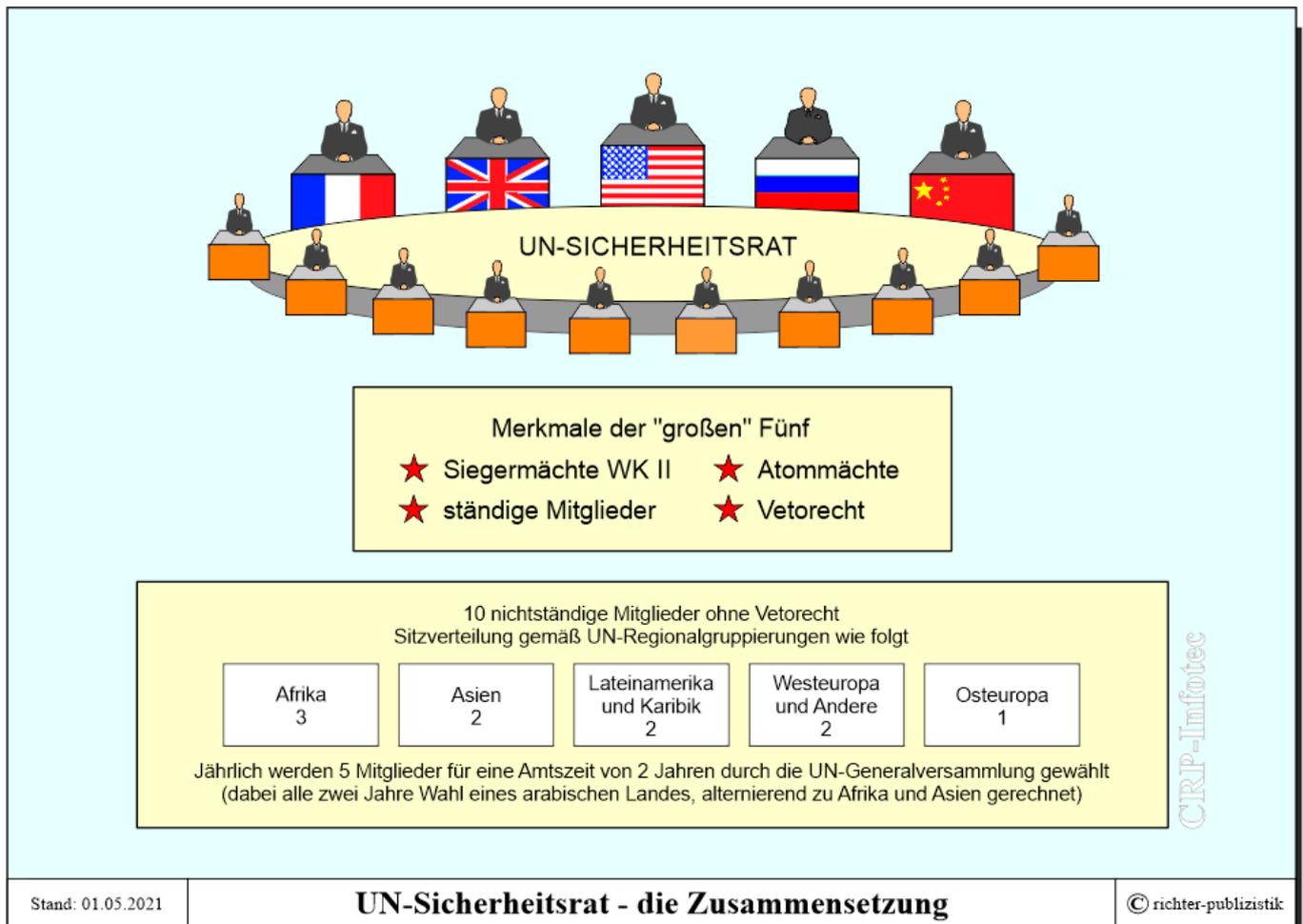
Der russische Präsident Wladimir Putin wurde gewarnt, dass er verhaftet werden könnte, wenn er im August an einem BRICS-Gipfel - Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika - in Südafrika teilnimmt. Die Regierung des Landes sieht sich einem Dilemma gegenüber: Südafrika gehört zu den Ländern, die die BRICS gegen die Dominanz der USA stärken wollen und Russland deshalb unterstützt. Südafrika hat sich den westlichen Sanktionen gegen Russland nicht angeschlossen und sich bei UN-Abstimmungen zu dem Krieg der Stimme enthalten. Erst kürzlich hatte Südafrika an Militärmanövern mit Russland und China teilgenommen.

Die Behörden Südafrikas haben den russischen Präsidenten Wladimir Putin dennoch gewarnt, dass sie gezwungen wären, ihn festzunehmen, sollte er persönlich nach Südafrika reisen. Der Grund ist der Haftbefehl, den der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag im März einen gegen Putin erlassen hatte.

Die südafrikanische Zeitung Sunday Times berichtet, dass der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa eine spezielle Regierungskommission beauftragt habe, den internationalen Haftbefehl zu prüfen. Die Kommission sei zum Schluss gekommen, dass das Land keine andere Wahl habe, als Putin zu verhaften, sollte er zum Gipfel einreisen wollen. „Wir haben keine Möglichkeit, Putin nicht zu verhaften“, sagte ein Regierungsbeamter der Sunday Times. **„Wenn er hierher kommt, werden wir gezwungen sein, ihn festzunehmen“.**

Die Zeitung berichtete, dass Beamte versuchten, das diplomatische Dilemma zu umgehen, indem Putins „virtuelle“ Anwesenheit per Videolink als mögliche Alternative diskutiert wurde. Die Quellen der Zeitung sagten, die einzige Option bestehe darin, dass Putin „über Teams oder Zoom aus Moskau am Gipfel teilnimmt“. Moskau hat die Teilnahme Putins am Gipfel noch nicht bestätigt, berichtet CNBC.

Quelle: <https://taz.de/Einladung-an-Putin-zu-Gipfel/15927631/>



Sog. „Boomerang-Effekt“ (Rückläufer)?

Klatschende Ohrfeige für Baerbock - UN verurteilt Sanktionen als völkerrechtswidrig

17. April 2023 16:30 Uhr - von Gert Ewen Ungar

Der UN-Menschenrechtsrat hat mit großer Mehrheit die einseitigen Sanktionen des Westens verurteilt und auf ihren völkerrechtswidrigen Charakter hingewiesen. Sie verletzen zudem die universellen Menschenrechte. In Deutschland wird das Abwatschen westlicher Politik schlicht verschwiegen.

Der Verweis auf das Völkerrecht und die "regelbasierte Ordnung" gehören zu Baerbocks Standardfloskeln. Das klingt gut und macht einen verbindlichen Eindruck. Es klingt so, als ob sich Deutschland außenpolitisch von einem klaren Wertesystem leiten lassen würde. Das ist natürlich nicht der Fall. Deutsche Außenpolitik unter Baerbock agiert nach Gutdünken und ist nicht von Ethik, sondern von reiner Willkür und transatlantischer Unterwerfung geleitet. Diese absolute Dissonanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit wird in den politischen Debatten in Deutschland obendrein nicht zum Thema gemacht. Allerdings wäre genau das wichtig. Stattdessen aber pflegt man in deutschen Medien einen Personenkult und die Verherrlichung von Baerbock in einer Form, die man in totalitären Staaten erwarten würde.

UN-Menschenrechtsrat: Große Mehrheit fordert Ende der Sanktionspolitik

Um dafür ein ganz konkretes Beispiel zu nennen: Der UN-Menschenrechtsrat hat mit großer Mehrheit eine Resolution verabschiedet, in der das westliche Sanktionsregime verurteilt wird. Der Resolutionstext müsste auch die deutsche Außenministerin aufrütteln. Baerbock fühlt sich der feministischen Außenpolitik verpflichtet und erhebt den Anspruch, unter ihrer Führung würde die deutsche Außenpolitik immer auch die Auswirkungen auf Frauen, sexuelle Minderheiten, Kinder und gesellschaftlich Diskriminierte mit im Blick haben. So die Theorie. In der Praxis zeigt sich der Menschenrechtsrat der UN nicht nur tief besorgt angesichts der negativen Auswirkungen der einseitigen Maßnahmen auf das Recht zu leben, das Recht auf physische und psychische Unversehrtheit sowie auf andere fundamentale Rechte. Er zeigt sich auch beunruhigt über die unverhältnismäßigen menschlichen Kosten der einseitigen Sanktionen angesichts ihrer negativen Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, insbesondere auf Frauen und Kinder in den betroffenen Ländern.

Da fallen im Resolutionstext genau die Schlagworte, die Baerbock immer dann anführt, wenn sie den Begriff der feministischen Außenpolitik zu umreißen versucht. Der UN-Menschenrechtsrat fordert die Staaten auf, das Sanktionsregime zu beenden.

Baerbock bekommt von einem wichtigen Gremium der UN ganz deutlich gesagt, dass sie mit ihrer Politik in Konflikt mit ihren eigenen Grundsätzen steht. Die einseitige westliche Sanktionspolitik trifft die Zivilbevölkerung und dort zunächst die Schwächsten.

Der Menschenrechtsrat verurteilt die Sanktionen zudem als völkerrechtswidrig, denn sie wurden nicht durch die Vereinten Nationen legitimiert. Die EU gab sich vor einigen Jahren selbst das Recht, Sanktionen zu verhängen. Eine echte völkerrechtliche Grundlage gibt es dafür natürlich nicht. Es ist das Recht des Stärkeren, das die EU ausübt.

Noch einmal zusammengefasst: Mit ihrer Sanktionspolitik verstoßen die EU

und auch Deutschland gegen das Völkerrecht. Zudem trifft diese Politik die Zivilbevölkerung und besonders hart Frauen und Kinder.

Was passiert daraufhin in Deutschland? Die Antwort ist ganz einfach: nichts.

Quelle: <https://de.rt.com/meinung/167894-klatschende-ohrfeige-fuer-baerbock-un/>



Außenministerin Annalena Baerbock ✓

@ABaerbock · Folgen

Regierungsvertreter*in aus Deutschland



Als @G7 sind wir gemeinsam stark, weil wir genau wissen, wofür wir eintreten: Für eine internationale Ordnung, in der Rechtsstaatlichkeit & Völkerrecht Vorrang haben. Für wirtschaftliche Beziehungen, die nicht auf Abhängigkeiten setzen, sondern Fairness und gemeinsame Regeln. 1/3



4:11 nachm. · 16. Apr. 2023



Ganze Unterhaltung auf Twitter lesen

♥ 1.550



Antworten



Link kopier.

1.098 Antworten lesen

Russland wird IStGH-Richter, die Haftbefehl gegen Putin ausgestellt haben, auf Fahndungsliste setzen

12 Mai 2023 08:37 Uhr

Das russische Ermittlungskomitee ist dabei, einige Richter des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) auf die Fahndungsliste zu setzen. Es handelt sich um jene Richter, die Haftbefehle gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und die Ombudsfrau für Kinder Maria Lwowa-Belowa erlassen haben.



Archivbild: Das Gebäude des Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag

Quelle: Legion-media.ru © Reportandum

Russland ordnet Verhaftung des Anklägers des Internationalen Strafgerichtshofs an

19 Mai 2023 18:15 Uhr

Das russische Innenministerium erließ am Freitag einen Haftbefehl gegen Karim Asad Ahmad Khan, den britischen Anwalt, der derzeit als Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag amtiert.



Quelle: www.globallookpress.com © [Lev Radin/Keystone Press Agency](#)

Karim Khan, Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, auf der Sitzung des UN-Sicherheitsrats zum Thema "Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in der Ukraine", 22. September 2022, New York.

Im März hatte Khan die Festnahme des russischen Präsidenten Wladimir Putin und der Kinderrechtsbeauftragten Maria Lwowa-Belowa wegen des mutmaßlichen Kriegsverbrechens der "unrechtmäßigen Deportation und Verbringung" von Kindern aus den "besetzten Gebieten der Ukraine" nach Russland beantragt.

Der IStGH war aufgrund von Behauptungen der Regierung in Kiew tätig geworden, wonach die Evakuierung von Kindern aus zivilen Gebieten, die von ukrainischen Streitkräften beschossen wurden, durch Russland einer gewaltsamen Verbringung der Bevölkerung gleichkomme, die nach der Vierten Genfer Konvention als Verbrechen definiert ist.

Moskau ist nicht Vertragspartei des Römischen Statuts

Drei Tage nach Khans Ankündigung am 20. März leitete das russische Untersuchungskomitee ein Ermittlungsverfahren gegen den Staatsanwalt sowie gegen die drei IStGH-Richter Tomoko Akane, Rosario Salvatore Aitala und Sergio Gerardo Ugalde Godínez ein, die den Haftbefehl genehmigt hatten.



[Russland wird IStGH-Richter, die Haftbefehl gegen Putin ausgestellt haben, auf Fahndungsliste setzen](#)

Die Ermittlungen konzentrieren sich auf die Artikel 299 und 360 des russischen Strafgesetzbuchs, das heißt die Erhebung von Strafanzeigen gegen Personen, die bekanntermaßen unschuldig sind, und die Vorbereitung eines Anschlags auf einen Vertreter eines ausländischen Staates, der internationalen Schutz genießt, um die internationalen Beziehungen zu erschweren.

Moskau hat die IStGH-Haftbefehle gegen Putin und Lwowa-Belowa als null und nichtig zurückgewiesen, da Russland nicht Vertragspartei des Römischen Statuts ist, auf dessen Grundlage der Gerichtshof arbeitet. Gleiches gilt für die USA, China, Indien und viele Dutzend anderer Länder.

Mehr zum Thema – ["Pseudogericht in Händen der Angelsachsen": Lawrow kritisiert Internationalen Strafgerichtshof](#)

Quelle: <https://de.rt.com/russland/170509-russland-ordnet-verhaftung-anklaegers-internationalen/>



RUSSIA nien Boden betreten.

Da Südafrika das Römische Statut, das wichtigste Dokument des IStGH, ratifiziert hat, ist es verpflichtet, dessen Beschlüsse zu befolgen, einschließlich der Haftbefehle gegen mutmaßliche Kriegsverbrecher. Ein namentlich nicht genannter Regierungsmitarbeiter sagte gegenüber der *Sunday Times*:

„Wir haben keine Möglichkeit, Putin nicht zu verhaften [...]. Wenn er hierherkommt, sind wir gezwungen, ihn zu verhaften.“

Den Quellen der Zeitung zufolge befindet sich Pretoria weiterhin in Gesprächen mit dem Kreml, der sich bisher nicht dazu geäußert hat, wie Putin an dem Gipfel teilnehmen will. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hatte Ende April gesagt:

„Natürlich werden wir an dem in Südafrika stattfindenden Gipfel teilnehmen. Natürlich werden dem unsere bilateralen Kontakte mit den Südafrikanern vorausgehen, wir werden ihre Position klären.“

Quelle: <https://ruzsia.com/21692/suedafrika-warnt-putin-vor-drohender-verhaftung-waehrend-des-brics-gipfels/>



Kriegserklärungen gegen Deutschland:

1941

ZEITSCHRIFTENARTIKEL

Probleme der Rechtsnachfolge von der Sowjetunion auf die Russische Föderation

6. April — Jugoslawien

6. April — Griechenland

22. Juni — UdSSR (Sowjetunion)

9. Dezember — China (Chungking-Regierung)

9. Dezember — Frankreich (De Gaulle-Komitee)

11. Dezember — Deutschland an USA.

11. Dezember — Kuba

11. Dezember — Dominikanische Republik

11. Dezember — Guatemala

11. Dezember — Nicaragua

11. Dezember — Haiti

12. Dezember — Honduras

12. Dezember — El Salvador

17. Dezember — Tschechoslowakei (Exilregierung rückwirkend ab 15. März 1939)



**Nazi-Deutschland ist
nicht untergegangen!**

Die BRD ist nicht Deutschland!

**Der Zweite Weltkrieg
ist nicht beendet!**

**Fortgelten der Vorschriften über
Entnazifizierung - Artikel 139 GG**

26.2 Eintritt der angloamerikanischen NATO zusammen mit der BRD als Konfliktpartei in einen typischen Stellvertreterkrieg



Putin: Ukraine wurde nach Zusammenbruch der UdSSR faktisch vom Westen ausgeführt - 31.05.2023 ☐ 17:02 Uhr

Die Ukraine wurde nach dem Zusammenbruch der UdSSR faktisch sofort von prowestlichen Persönlichkeiten kontrolliert, die begannen, das Land in ein "Anti-Russland" zu verwandeln. Darauf wies der russische Präsident Wladimir Putin am Dienstag hin.

"Im Grunde wurde das Gebiet - das sich Ukraine nennt - von Anfang an von Leuten kontrolliert, die aus dem Westen kamen. Sie haben den Weg eingeschlagen, nicht nur Russland zu bekämpfen, sondern auf diesem Gebiet ein 'Anti-Russland' zu schaffen."

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

"Völlig ausgeflippt": Putin sorgt mit Landkarte für Aufregung



Bei einem Treffen Russlands oberstem Richter kommentiert der russische Präsident eine historische Karte aus Frankreich, auf der die Ukraine angeblich nicht vorkommt. Das sorgt im In- und Ausland für harsche Reaktionen, das sei "Zen-Geografie". Von [Peter Jungblut](#)

Das "Risiko" hat sich offenbar gelohnt: Der Vorsitzende des russischen Verfassungsgerichts, Valery Zorkin (80), brachte zum Treffen mit Wladimir Putin eine französische Landkarte aus dem 17. Jahrhundert mit, [nach eigener Aussage "um der Wahrheit willen"](#). Wörtlich sagte Russlands oberster Jurist: **"Warum habe ich sie mitgebracht? Wladimir Wladimirowitsch, darauf gibt es keine Ukraine."** Putin zeigte sich begeistert von dem Fund und nutzte ihn für eine skurrile Behauptung:

"Erst nach der Oktoberrevolution begannen sich alle möglichen quasistaatlichen Formationen zu bilden, und die Sowjetregierung schuf die Sowjetukraine. Das ist jedem bekannt. Davor gab es in der Geschichte der Menschheit keine Ukraine." Die fraglichen Gebiete hätten in alten Zeiten "darum gebeten", Teil des Zarenreichs zu werden.

"Spekulationen beendet"

Sorkin nutzte die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass "alle Richter des Verfassungsgerichts jetzt in der Ukraine strafrechtlich verfolgt" würden, weil sie die Annexion der Krim 2014 abgesegnet hatten. Offenbar hat der Spitzenjurist diesbezüglich doch ein ungutes Gefühl, das er mit der öffentlichen Präsentation der Landkarte in den Griff bekommen wollte: **"Das Wichtigste ist, dass nicht wir diese Karte angefertigt haben, sondern die Franzosen."** Der russische Präsident wollte vor allem wissen, wo der Archiv-Fund veröffentlicht werde und hielt "Übersetzungsfehler" auf dem Papier für lässlich. **Die Karte zeige eben, wie das "wahre Leben in der Welt" damals gewesen sei.**

Im russischen Staatsfernsehen wurde an prominenter Stelle über die bizarre Debatte zwischen Sorkin und Putin berichtet: "Diese Karte kann laut Sorkin einer Reihe von Spekulationen darüber ein Ende setzen, wie und wann die Ukraine entstanden ist." Alle, die Russlands Haltung kritisierten, würden die "Geschichte umschreiben" und sollten sich daran machen, die "Landkarten von Ludwig XV. zu überarbeiten", hieß es. Quelle: <https://www.br.de/nachrichten/kultur/voellig-ausgeflippt-putin-sorgt-mit-landkarte-fuer-aufregung,Tf9oypr>



Quelle: https://www.focus.de/politik/ausland/ukraine-krise/angebliche-karte-ohne-ukraine-putin-entlarvt-in-kreml-video-seine-ukraine-propaganda-selbst_id_194775298.html

Rückblende: Was ist eine „Ukraine“? Zu Deutsch „Grenzland“

Wortbedeutung:

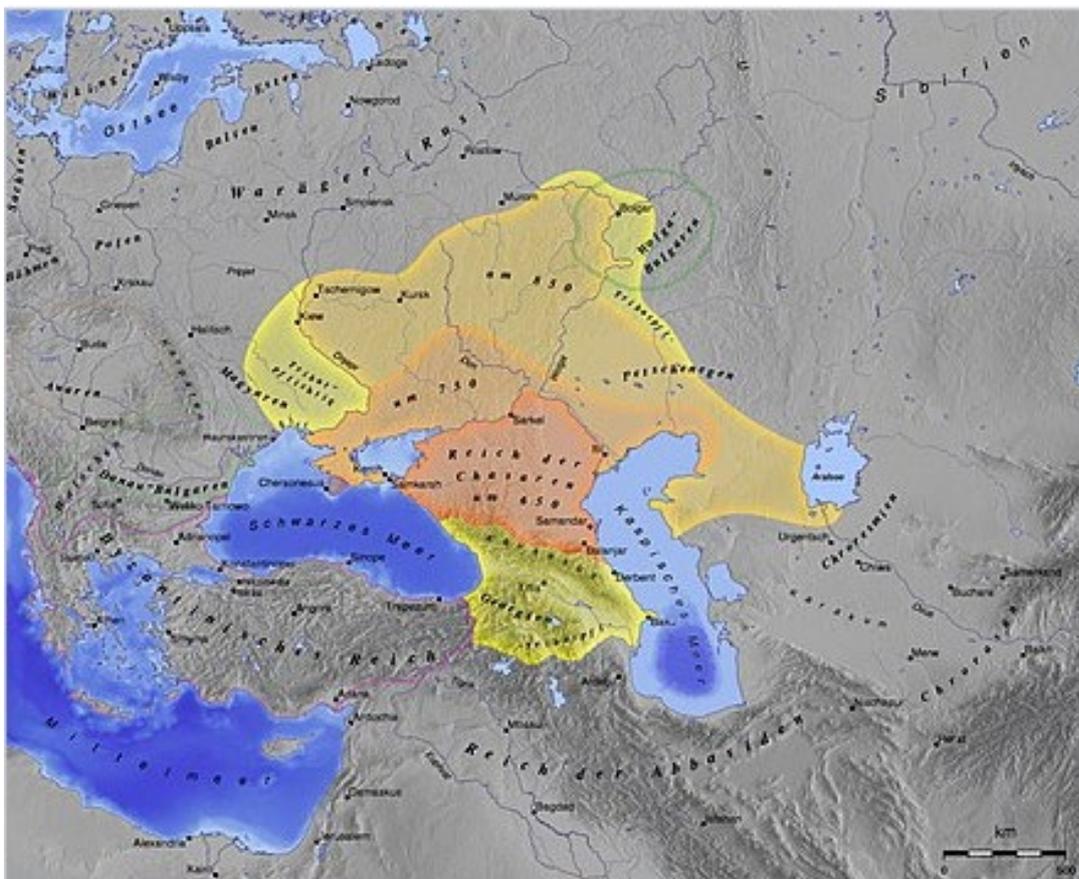
Der Name Ukraine bedeutet Grenzland. Damit war die Grenze zur Steppe gemeint, die Trennlinie zwischen Sesshaften und Nomaden, die bis ins 18. Jahrhundert grundlegende Bedeutung hatte. Dies war der Lebensraum der Kosaken, die in der ukrainischen Geschichte eine herausragende Rolle spielten.

Quelle: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/info-aktuell/209719/geschichte-der-ukraine-im-ueberblick/>

Etymologie

Die traditionelle etymologische Deutung des Landesnamens verweist auf das altostslawische Wort Ukraina, das die **Bedeutung „Grenzgebiet, Militärgrenze“** hatte und dem westlichen Begriff Mark entsprach. (Vgl. hierzu auch den Namen des (historischen) Herzogtums Krain, der dieselbe Etymologie aufweist). [16][17] Diese Sichtweise ist sowohl in der internationalen Geschichtsschreibung als auch in der ukrainischen dominierend, da sie unter anderem vom Nationalhistoriker Mychajlo Hruschewskyj[18] und von der Enzyklopädie der Ukraine unterstützt wird.

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Ukraine#Etymologie>



Das Reich der Chasaren im 9. Jahrhundert

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Chasaren>

Die „Ukraine“ wurde erst nach 1917 als Nationalstaat „Ukrainische Volksrepublik“ gegründet

Wikipedia:

Ihre staatliche Tradition führt die Ukraine, ebenso wie ihre Nachbarländer Russland und Belarus, auf das mittelalterliche Kiewer Reich zurück. Seit dessen Untergang im Mongolensturm des 13. Jahrhunderts gehörte das Gebiet der Ukraine abwechselnd ganz oder teilweise zu den Herrschaftsgebieten der Goldenen Horde, Polen-Litauens, des Russischen Zarenreichs und der Habsburgermonarchie. Die nach der Oktoberrevolution 1917 im russischen Bürgerkrieg gegründete Ukrainische Volksrepublik war der erste Versuch, die Ukraine als Gemeinwesen zu konstituieren und staatliche Unabhängigkeit zu erlangen, kontrollierte aber längst nicht alles Gebiet der späteren Ukraine. Schon ab Ende Januar/Anfang Februar 1918 befand sich Kiew in den Händen der Roten Armee. Fast ein Jahr später wurde im Januar 1919 die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik ausgerufen, territorial bestehend aus dem südwestlichen Kraj der Zarenzeit (westlich des Dnepr) und Kleinarussland mit den Gouvernements Charkow / Charkiw, Poltawa und Tschernigow / Tschernihiw. Bei der Konstituierung der Sowjetunion 1922 war sie eines der Gründungsmitglieder. Bei der Gründung der Vereinten Nationen wurden auf Betreiben Stalins auch die Sowjetrepubliken Belarus und Ukraine deren Mitglieder. 1954 unterstellte Nikita Chruschtschow die bis dahin zur RSFSR gehörende Krim der Ukraine. Erst nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 wurde die Ukraine erneut souverän, erstmals mit internationaler Anerkennung. Als Gegenleistung für den Verzicht der Ukraine auf die auf ihrem Territorium stationierten sowjetischen Nuklearwaffen garantierten Russland, die USA und Großbritannien im Budapester Memorandum von 1994 die Eigenständigkeit und die bestehenden Grenzen des Landes. Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Ukraine>

Politik Geschichte Internationales



Übersichtskarte der Ukraine mit allen Städten über 100.000 Einwohnern (Lencer, Karte der Ukraine) Lizenz: cc-by-sa/3.0/de

Quelle: <https://www.bpb.de/themen/europa/krieg-in-der-ukraine/505912/karte-der-ukraine/>

PETER
SCHOLL-LATOURE

Propyläen

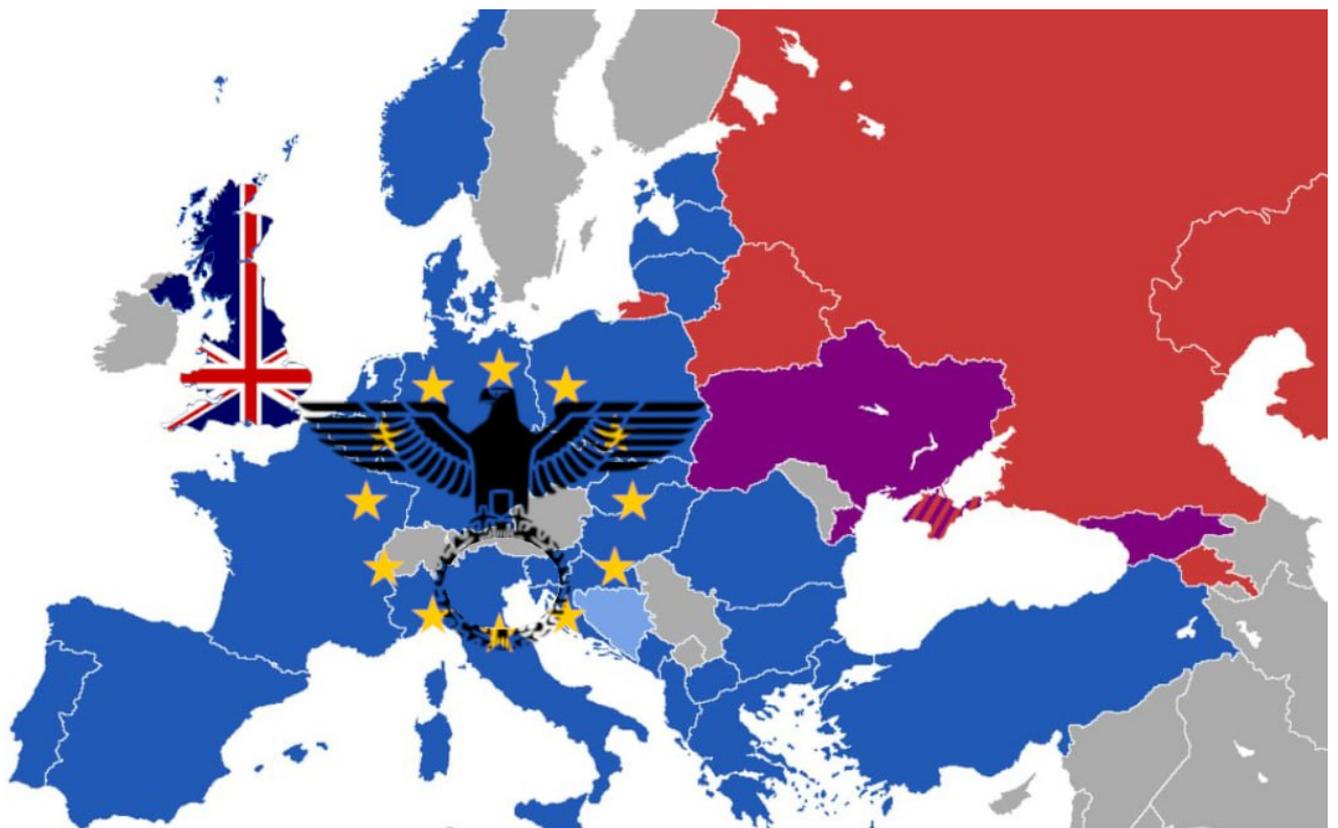
RUSSLAND
IM ZANGENGRIFF

Putins Imperium
zwischen Nato,
China und Islam



Klitschko, Jazenjuk und Tjahnybok riefen die EU auf,
das Assoziierungsabkommen im Herbst zu
unterschreiben

19.04.2013 14:46



Quelle: <https://overton-magazin.de/krass-konkret/krieg-mit-russland/>

BRD als „Kriegspartei“: BRD-Außenministerin: Unterstützung Russlands mit Waffen bedeutet Teilnahme am Ukraine-Konflikt!

12.05.2023 □ 19:49 Uhr



Archivbild: Deutschlands Außenministerin Annalena Baerbock am 19. April 2023 bei einem Kabinetttreffen in Berlin Markus Schreiber / AP

Deutschlands Außenministerin Annalena Baerbock rief alle Länder der Welt dazu auf, keine Unterstützung für die militärische Sonderoperation Russlands zu leisten. In ihrer Rede am Rande des EU-Außenministertreffens in Schweden legte Baerbock Schwerpunkt auf die vermeintlichen Lieferungen von Waffen und Rüstungsgüter seitens Drittstaaten an Moskau. Solche Handlungen, betonte die deutsche Ministerin, könnten als Teilnahme am Ukraine-Konflikt an der Seite Russlands betrachtet werden.

"Denn eine Unterstützung dieses Angriffskrieges mit Waffen würde bedeuten, dass man Teil eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges ist."

Gleichzeitig äußerte sich Baerbock zuversichtlich, dass die westlichen Länder ihre Lieferungen von Waffen und Munition an die Ukraine nicht stoppen würden.

Berichte über mögliche Lieferungen von Kriegsmaterial, unter anderem Dual-Use-Güter, an Russland seitens Drittstaaten wie China seien Baerbock zufolge besorgniserregend. Dafür gebe es keine handfesten Beweise, dennoch könnte die EU in einem 11. Sanktionspaket die Möglichkeit solcher Lieferungen in Betracht ziehen.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>



Pentagon-Chef Austin plaudert unfreiwillig aus, was Moskau längst weiss: In der Ukraine führen die USA Krieg gegen Russland

Operation Barbarossa 2.0



75 years after Hitler's attack on Russia the German government sends again troops to Russias border.

ein Volk, ein Reich, ein Führer



ein Volk, ein Reich, ein Euro



Основните направления на атаката са същите както преди 75 години.

<https://twitter.com/realsamhandwich/status/726440520646537217>
<https://strogosekretno.com/index.php?p=newsroom&nid=6680>

Russlands UN-Botschafter: Westen nimmt am Ukraine-Krieg teil und kümmert sich nicht um einfache Ukrainer und Donbass-Bewohner

15.05.2023 □ 20:53 Uhr



Die westlichen Staaten kümmern sich nicht um die Menschen in der Ukraine und im Donbass, erklärte der russische Botschafter bei der UNO, Wassili Nebensja, während einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats.

Nebensja verwies darauf, dass es im April, als Russland den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat führte, keine Anfragen auf Sitzungen hinsichtlich der Lage in der Ukraine gegeben hätte, während inzwischen das Interesse angeblich zurückgekehrt sei. Der Diplomat erklärte:

"Irgendwelche ernsthafte Sorge um die Schicksale der Menschen, die auf dem Gebiet der Ukraine, und erst recht in den befreiten Gebieten von Donbass leben, steht dahinter nicht, genauso wie sich die westlichen Delegationen seit 2014 nicht mehr um die Lage der einfachen Menschen dort kümmern."

Nebensja fügte hinzu, dass der Westen seine Teilnahme am Ukraine-Konflikt direkt gestanden hätte. Dabei bezog er sich auf die Aussage der Bundesaußenministerin Annalena Baerbock, dass Waffenlieferungen von Drittstaaten an Russland inakzeptabel seien und als Beteiligung am Konflikt gewertet werden könnten.

Nebensja erklärte: **"Was ist mit der Tatsache, dass jetzt die ganze Kriegsmaschinerie des Westens für eine Fortsetzung des Krieges arbeitet? Das ist ein weiteres Geständnis der direkten Teilnahme des Westens am Konflikt."**

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Stoltenberg: Wir sind auf langfristigen Konflikt mit Russland vorbereitet

23.05.2023 □ 16:52 Uhr



NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg YOSHIKAZU TSUNO/Gamma-Rapho via Getty Images

Die Ausbildung von F-16-Piloten ist nur eine der Voraussetzungen, die eine Lieferung dieser Flugzeuge an die Ukraine möglich machen. Dies erklärte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Dienstag bei der Ankunft zu einem Treffen der EU-Verteidigungsminister.

"Letzte Woche haben wir von Großbritannien, den USA und einer Reihe anderer Länder gehört, dass sie mit der Ausbildung ukrainischer Piloten für moderne NATO-Flugzeuge beginnen werden. Ich halte es für eine gute Idee, mit der Ausbildung von Piloten zu beginnen, da dies eine der Voraussetzungen für eine Entscheidung über die Bereitstellung von Flugzeugen in der Zukunft ist. Dies bestätigt auch, dass wir auf einen langfristigen Konflikt vorbereitet sind und Russland nicht einfach abwarten kann."

Gleichzeitig bekräftigte er, dass die Lieferung von Flugzeugen an Kiew "die NATO nicht zu einer Konfliktpartei machen wird".

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

24.05.2023 □ 18:00 Uhr

NATO erwägt während des Ukraine-Konflikts keinen Beitritt des Landes zur Allianz



NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg AP Photo/Matthias Schrader

Ein Beitritt der Ukraine zur NATO vor dem Ende des militärischen Konflikts mit Russland werde nicht in Betracht gezogen. Dies verkündete der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Mittwoch in einer Rede auf einem **Brüsseler Forum**, das von der **US-Denkfabrik German Marshall Fund organisiert wurde**.

"Ein Beitritt der Ukraine zur NATO in einer Zeit des Krieges ist unmöglich."

Auf die Frage nach den Sicherheitsgarantien, die die Ukraine vom Westen erhalten möchte, sagte er: "Nur ein NATO-Beitritt wäre eine absolute Sicherheitsgarantie, aber wie ich schon sagte, ist das während eines Krieges unmöglich. **Auf dem Gipfel in Vilnius wollen wir Entscheidungen treffen, die die Ukraine näher an die NATO heranführen.**"

"Das ist aber im Moment nicht die Hauptaufgabe. Die Hauptaufgabe besteht jetzt darin sicherzustellen, dass der Krieg mit einem Sieg der Ukraine endet."

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Duma-Abgeordneter droht mit Vergeltungsmaßnahmen gegen vermehrte Lieferungen von Langstreckenwaffen an die Ukraine 29.05.2023 □ 16:13 Uhr



Pjotr Tolstoi, der stellvertretende Sprecher der Staatsduma Nina Sotina / Sputnik

Die russische Armee werde gezwungen sein, weiter vorzurücken, wenn der Westen Kiew weiterhin mit Langstreckenwaffen beliefert. Darauf wies Pjotr Tolstoi, stellvertretender Sprecher der Staats-Duma, in einem Interview mit dem Fernsehsender LC/ hin. Er erklärte mit Verweis auf den die größere Reichweite der gelieferten Langstreckenwaffen:

"Je mehr militärische Ausrüstung der Westen der Ukraine für den Einsatz mit Langstreckenraketen liefert, desto tiefer [in ukrainisches Territorium] muss die russische Armee gehen und wird sie gehen."

Tolstoi wies außerdem darauf hin, dass die russische Armee notfalls bis zur polnischen Grenze vordringen würde und dass die Ukraine einen neutralen Status haben und weder der NATO noch der EU beitreten sollte. Er betonte:

"Das Wichtigste für uns ist unsere Sicherheit, die Sicherheit unseres Staates. Wir haben sowohl den US-Amerikanern als auch der NATO wiederholt vorgeschlagen, über die Sicherheit Russlands zu verhandeln. Diese Vorschläge wurden abgewiesen. Daher werden wir die Sicherheit Russlands nun mit militärischen Mitteln gewährleisten."

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Seit Beginn der Sonderoperation attackierten mindestens fünf ukrainische Sabotagegruppen das Gebiet Belgorod 29.05.2023 □ 11:15 Uhr

Mindestens fünf Sabotage- und Aufklärungsgruppen sind seit Beginn der Sonderoperation aus der Ukraine in die Region Belgorod eingedrungen. Dies teilte der Gouverneur des Gebietes Wjatscheslaw Gladkow im russischen Fernsehen mit. Er fügte hinzu:

"Wir leben unter den Bedingungen eines echten Krieges. Ob es uns gefällt oder nicht, er findet statt."

"Wir haben noch gar nicht richtig angefangen" – Russischer Botschafter warnt vor einer Eskalation □ 20:58 Uhr

Der russische Botschafter in Großbritannien, Andrei Kelin, erklärte gegenüber der BBC, dass der Ukraine-Krieg durch die westlichen Waffenlieferungen "eine neue Dimension" bekomme, die zu einer Eskalation führen könnte. "Das brauchen und wollen wir nicht", sagte Kelin.

Die Aussagen Kelins trafen auf Äußerungen des ukrainischen Sicherheitsbeauftragten Alexei Danilow, der gegenüber der BBC behauptet hatte, dass sein Land bereit sei, die seit Langem erwartete Gegenoffensive gegen die russischen Streitkräfte zu starten. Dazu erwiderte Kelin:

"Russland ist sechzehnmal so groß wie die Ukraine. Wir haben enorme Ressourcen und noch nicht einmal angefangen, ernsthaft zu handeln."

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

EU-Chefdiplomat Borrell: Russland wird nicht verhandeln, bis es im Ukraine-Konflikt gewonnen hat 29.05.2023 - 21:15 Uhr

Der Chef der EU-Außenpolitik, Josep Borrell, ist in Bezug auf den Ukraine-Konflikt "nicht optimistisch". Auf einem Expertenforum in Barcelona, das vom Europäischen Auswärtigen Dienst übertragen wurde, erklärte Borrell, Russland werde nicht verhandeln, bis es den Konflikt gewonnen habe.

"Ich sehe eine klare Absicht Russlands, den Krieg zu gewinnen. Russland wird nicht verhandeln, wenn es nicht gewinnt."

Daraus schloss der Chef der EU-Diplomatie, dass Europa seine militärische Unterstützung für Kiew weiter verstärken müsse.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Medwedew: Großbritannien befindet sich de facto im Krieg mit Russland (2. Weltkrieg nicht beendet!) - 31.05.2023 - 0:14 Uhr



Der stellvertretende Sekretär des russischen Sicherheitsrates Dmitri Medwedew (im Zentrum) Jekaterina Schtukina

Jeder britische Beamte kann als legitimes Ziel betrachtet werden, weil das Land de facto Krieg mit Russland führt, behauptet der stellvertretende Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew.

Mit diesen Worten kommentierte er die Äußerungen des britischen Außenministers James Cleverly, die Ukraine habe das Recht, über ihre Grenzen hinaus "Gewalt anzuwenden". Medwedew [schrieb](#) auf Twitter:

"Die nichtsnutzigen Beamten Großbritanniens, unseres ewigen Feindes, sollten sich daran erinnern, dass nach dem allgemein anerkannten Völkerrecht, das die Durchführung von Feindseligkeiten unter modernen Bedingungen regelt, einschließlich der Haager und der Genfer Konvention mit ihren Zusatzprotokollen, auch ihre Position als im Krieg befindlich bezeichnet werden kann."

Ihm zufolge "handelt Großbritannien heute als Verbündeter der Ukraine, indem es ihr militärische Hilfe in Form von Ausrüstung und Spezialisten zur Verfügung stellt, das heißt de facto einen unerklärten Krieg gegen Russland führt.

"In einem solchen Fall könnte jeder seiner Beamten (sowohl Militärs als auch Zivilisten, die zum Krieg beitragen) als legitimes militärisches Ziel betrachtet werden."

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Medwedew: Russland muss eigene Offensive starten und das Kiewer Regime stürzen - 07.07. □ 13:10 Uhr



Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, hat erklärt, dass das Regime in Kiew in einer künftigen russischen Offensive vollständig zu Fall gebracht werden müsse.

Auf seinem Telegram-Kanal kommentierte er die Situation rund um die ukrainischen Versuche mit den Worten:

"Wir müssen den Feind aufhalten und dann eine Offensive starten."

"Das Ziel der [Offensive Russlands] ist heute nicht nur die Befreiung unserer Territorien und der Schutz unseres Volkes. Ihr Ziel ist der vollständige Sturz des Nazi-Regimes in Kiew, das sich im Land 404 verschanzt hat."

Die "Gegenoffensive" der ukrainischen Truppen komme für Russland nicht überraschend, da Kiew das Geld und die Waffen, die es aus dem Westen erhalten hat, rechtfertigen müsse. Medwedew schrieb: **"Der Feind hat seit Langem eine große Gegenoffensive angekündigt. Und es scheint, als hätte er bereits etwas begonnen. Keine Überraschung, denn das Kiewer Regime hat keine Wahl. Sie müssen in die Offensive gehen. Es ist notwendig, die erhaltene Kohle und die gelieferten Waffen zu rechtfertigen."**

Laut Medwedew "genügen ein paar Berichte amerikanischer Agenten, die seit Langem den SBU befehligen", und die gesamte ukrainische Führung "wird sofort ausrangiert". **"Deshalb hat das Kiewer Regime nur eine Wahl: Es muss alles tun, um tausende mobilisierte Menschen ins Verderben zu schicken."**

Medwedew fügte hinzu, dass der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij den Westen nicht enttäuschen dürfe, da dies ihn nicht nur sein politisches Amt, sondern auch sein Leben kosten könne.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Putin: Mit der Sonderoperation versucht Russland, den Krieg zu beenden

23.05.2023 □ 16:29 Uhr



Russlands Präsident Wladimir Putin am 23. Mai 2023 im Kreml während der Überreichung von staatlichen Auszeichnungen Wjatscheslaw Prokofjew / Sputnik

Russlands Präsident Wladimir Putin überreichte heute im Kreml staatliche Auszeichnungen. Gewürdigt wurden russische Bürger für ihre besonderen Leistungen in Kultur, Raumfahrt, Bildung und anderen Bereichen. In seiner Rede an die Teilnehmer der Verleihungszeremonie schnitt Putin auch den Ukraine-Konflikt an. Ihm zufolge führe man bereits seit neun Jahren einen Krieg gegen die Menschen im Donbass.

"Seit neun Jahren führt unser Gegner, der Feind unseres Volkes gegen diese Menschen einen Krieg."

Russland habe diesen Krieg nicht begonnen, sondern unternehme die militärische Sonderoperation, um ihn zu beenden, so Putin weiter.

"Man sagt uns oft und wir hören oft, dass Russland einen Krieg begonnen hat. Nein, Russland versucht, mit der militärischen Sonderoperation diesen Krieg zu beenden, den man gegen uns, gegen unser Volk führt."

Obwohl die Menschen im Donbass wegen einer Ungerechtigkeit außerhalb der historischen Grenzen Russlands geblieben seien, tue Russland alles Mögliche, um sie zu verteidigen, betonte Putin.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Die BRD ist nicht Deutschland!

**Der Zweite Weltkrieg
ist nicht beendet!**



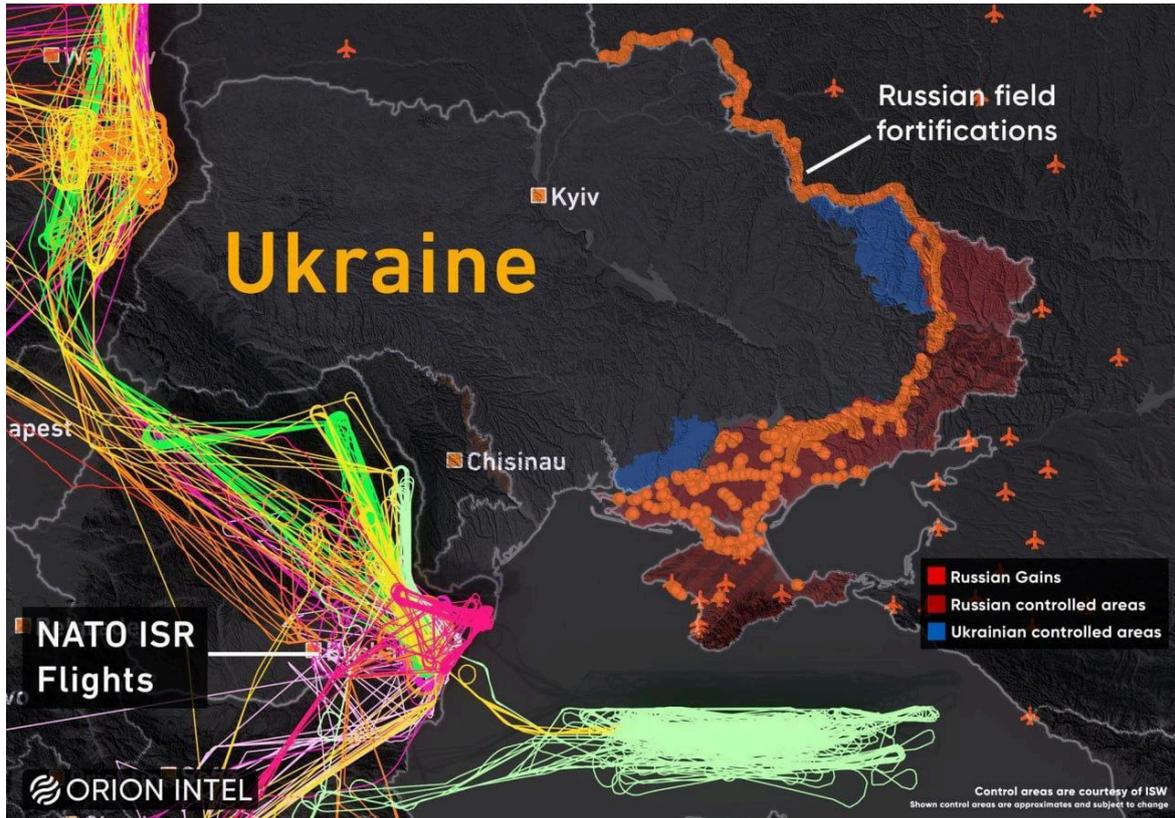
STAATLICHE UNTERSTÜTZUNG FÜR UKRAINE

Gesamte bilaterale Zusagen inkl. EU-Zusagen
(in Milliarden Euro / Zusagen Februar bis 20. November 2022)



Quelle: <https://www.deutschland.de/de/news/ticker-solidaritaet-mit-der-ukraine>

NATO-Aufklärungsflüge gegen Russland April 2023



Europäische Union: Ein Geben und Nehmen

Im Jahr 2021 haben die Mitgliedsstaaten so viele Millionen Euro weniger (negativer Wert) oder mehr (positiver Wert) von der Europäischen Union bekommen, als sie eingezahlt haben



RESSORTS SPORT BÖRSE WETTER VIDEO AUDIO TV

Sonntag, 19. Februar 2023 17:54 U

KURZNACHRICHTEN

Drei Milliarden Euro für Kiew

Von der Leyen: EU zahlt milliardenschwere Ukraine-Hilfe

16.01.2023, 13:40 Uhr





Krieg in der Ukraine

Liste der militärischen Unterstützungsleistungen

Deutschland unterstützt die Ukraine mit Ausrüstungs- und Waffenlieferungen – aus Beständen der Bundeswehr und durch Lieferungen der Industrie, die aus Mitteln der Ertüchtigungshilfe der Bundesregierung finanziert werden. Eine Übersicht.



Was man sehen soll! Siehe ständig aktualisierte Beweis-Quelle der BRD: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2054514>

Bundesregierung aktualisiert Waffenpaket für die Ukraine – ohne jegliche Berichterstattung - 07.07.2023 ☐ 17:03 Uhr

Auf der Webseite der Bundesregierung ist am Dienstag eine aktualisierte Aufstellung der Ausrüstungs- und Waffenlieferungen für die Ukraine [veröffentlicht](#) worden – jedoch ganz ohne Berichterstattung in den Medien.

Die bisherigen Waffenpakete waren am 13. und dann am 24. Mai geschnürt worden.

Das sind die Änderungen im Vergleich zur Vorwoche:
8 Mehrzweckfahrzeuge mit Kette Bandvagn 206 (BV206)
55.000 Schuss Flakpanzermunition GEPARD (zuvor: 53.000)
146 Grenzschutzfahrzeuge (zuvor: 130)
93 Drohnensensoren (zuvor: 90)
21 Schwerlastsattelzüge HX81 und 16 Auflieger (zuvor: 19/14)
11.000 Einheiten Truppenverpflegung
357 Aufklärungsdrohnen VECTOR (zuvor: 71)

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

[ENGLISH](#)[FRANÇAIS](#)[KONTAKT](#)[DATENSCHUTZHINWEIS](#)[Menü](#) | [Bundesregierung](#) | [Startseite](#)[Suche](#)

Namensbeitrag Scholz und von der Leyen

Ein Marshallplan für die Ukraine

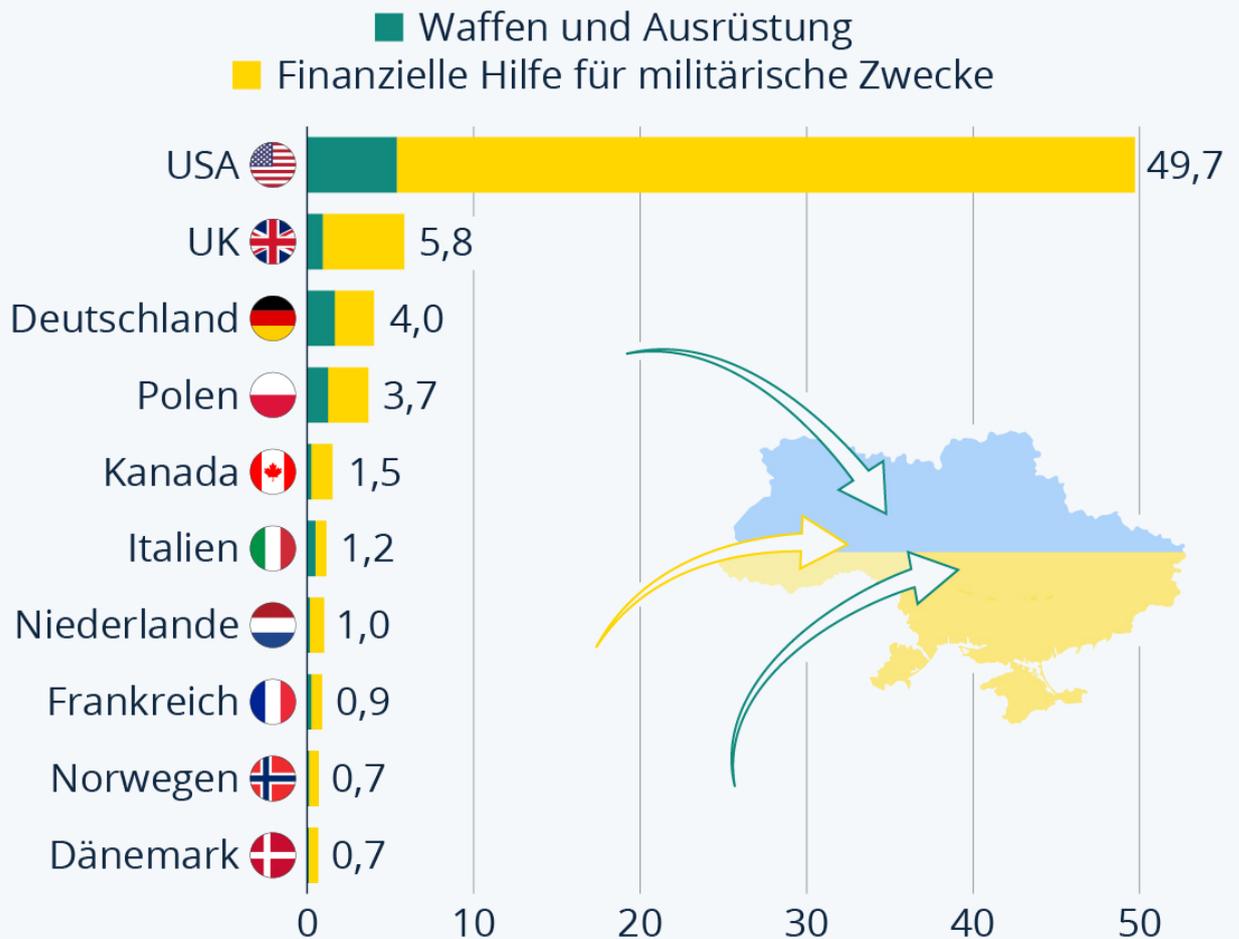
Gemeinsam mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wirbt Bundeskanzler Scholz für einen Wiederaufbau-Plan für die Ukraine. In einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung schreiben sie, es handele sich um „eine Generationenaufgabe, die jetzt beginnen“ müsse.



Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/marshallplan-fuer-ukraine-2137442>

Militärhilfe: Die Top 10 Unterstützer der Ukraine

Militärische Unterstützung der Ukraine nach Ländern vom 24.01.2022 bis 15.01.2023 (in Mrd. Euro)



Quelle: IfW Kiel



statista

Quelle: <https://de.statista.com/infografik/27275/ruestungs-und-waffenhilfezusagen-von-regierungen-an-die-ukraine/>

DIE NACHT IN DER UKRAINE

Ukraine will das Zehnfache an Militärhilfe

AKTUALISIERT AM 23.04.2023 - 06:03

„Verbündete sollten das Ausmaß dieses Krieges begreifen“

Vizeaußenminister Melnyk meinte, die Partner im Westen sollten endlich aufhören, künstliche rote Linien für ihre Unterstützung zu ziehen. Vielmehr sollten sie ein Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Waffenlieferungen an die Ukraine ausgeben, verlangte er. Das wären allein im Fall von Deutschland mehr als 35 Milliarden Euro. Der ukrainische Diplomat meinte, verglichen mit dem **Zweiten Weltkrieg** seien die Beträge gering. „Die Verbündeten sollten das Ausmaß dieses Krieges begreifen“, sagte Melnyk, der zu dem Thema auch in einer ukrainischen Fernsehtalkshow auftrat. **Zur Militärhilfe kommen die Milliardenzahlungen westlicher Länder hinzu, mit denen die Ukraine ihren Staatshaushalt aufrecht erhält.**

Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ukraine-will-das-zehnfache-an-militaerhilfe-18841606.html>



Archivbild: Wladimir Selenskij.

WIN MCNAMEE / GETTY IMAGES NORTH AMERICA / Getty Images via AFP / AFP

NATO-Kriegsbeteiligung in Vollendung

Russisches Ermittlungskomitee: Söldner aus mehr als 70 Ländern kämpfen auf Seiten der Ukraine

11.05.2023 □ 10:52 Uhr



Laut Alexander Bastrykin, dem Vorsitzenden des russischen Ermittlungskomitees, hat seine Behörde festgestellt, **dass Söldner aus mehr als 70 Ländern, vor allem aus Europa und den USA, für die Teilnahme an Kampfhandlungen von den ukrainischen Streitkräften angeworben wurden.**

Es gehe dabei um die "Anhänger des Kiewer Nazi-Regimes aus Staaten, die die aktivste antirussische Politik verfolgen", sagte Bastrykin bei einem Auftritt beim Internationalen Rechtsforum in Sankt Petersburg.

Peskow: Es geht um eine Atommacht - niemand würde es wagen, Putin zu verhaften

11. Mai 2023 20:02 Uhr

Auszug: Kremlsprecher Dmitri Peskow hält es für unwahrscheinlich, dass irgendeine Nation den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Wladimir Putin umsetzt. Es sei schwer vorstellbar, dass irgendein Land einen solchen Schritt ernsthaft in Betracht ziehen würde.

Die Schwierigkeiten an der Front seien damit verbunden, dass die Militäroperation als ein Konflikt zwischen Russland und der Ukraine begonnen habe. Es sei anfangs schwer vorstellbar gewesen, "dass die NATO-Mitglieder, die Vereinigten Staaten und die europäischen Länder **sich erst indirekt und dann direkt einmischen würden**".

Britisches Verteidigungsministerium bestätigt die Lieferung von Marschflugkörpern an Kiew

11.05.2023 □ 17:22 Uhr



Der britische Verteidigungsminister, Ben Wallace ANDREW CABALLERO-REYNOLDS / AFP

Der britische Verteidigungsminister, Ben Wallace, hat bestätigt, dass Großbritannien Langstrecken-Marschflugkörper vom Typ Storm Shadow in die Ukraine schickt. Dies [berichtet](#) die *Daily Mail*. Die Unterstützung des Vereinigten Königreichs für die Ukraine sei "verantwortungsvoll, ausgewogen, koordiniert und flexibel", so der Minister.

Die Raketen würden laut Wallace eingesetzt, um die russischen Truppen aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet zurückzudrängen. Er gab zwar nicht an, wie viele Marschflugkörper in die Ukraine geliefert werden, sagte aber, dass sie "auf dem Weg dorthin sind oder sich dort befinden."

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Französischer Politiker: Finanzhilfen für die Ukraine verwandeln Europa in ein Schlachtfeld - 15.05.2023 □ 16:05 Uhr



Nicolas Dupont-Aignan AP Photo/Remy de la Mauviniere

Die finanzielle Unterstützung für die Ukraine verwandelt Europa in ein Schlachtfeld "zur Freude der Waffenhändler", während Paris nicht weiß, was Kiew tatsächlich mit dem bereitgestellten Geld macht. Dies verkündete der Vorsitzende der politischen Partei Debout la France und ehemalige Präsidentschaftskandidat Nicolas Dupont-Aignan in einer Videobotschaft, die am Montag auf der Webseite der unabhängigen Zeitschrift *Eu Reporter* veröffentlicht wurde. Mit Verweis auf den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij erklärte der Politiker:

"Wir erinnern uns, wie er in berüchtigten Dokumenten erwähnt wurde, die von großen Finanzbetrügereien zeugen. Gleichzeitig habe ich Informationen, dass Frankreich nach Angaben der internationalen Bank 7,7 Milliarden Euro an die Ukraine gezahlt hat. Ich erinnere daran, dass Frankreichs jährlicher Verteidigungshaushalt 43 Milliarden Euro beträgt."

"Indem wir die Ukraine finanzieren, verwandeln wir Europa zur Freude der Waffenhändler in ein Schlachtfeld."

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Schoigu: Westen lieferte Waffen im Wert von mehr als 65 Milliarden US-Dollar an Kiew - 25.05.2023 □ 13:13 Uhr



Archivbild: Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu Pawel Bednjakow / Sputnik

Die westlichen Länder zwingen die ukrainischen Behörden, taktische Erfolge auf dem Schlachtfeld zu demonstrieren, indem sie bereits Waffen im Wert von mehr als 65 Milliarden US-Dollar in das Land pumpen, sagte der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu am Donnerstag. Auf einer Sitzung des Rates der OVKS-Verteidigungsminister in Minsk erklärte er:

"Der Westen zwingt das Kiewer Regime, taktische Erfolge und die Bereitschaft zum Kampf bis zum letzten Ukrainer zu demonstrieren, indem er es ohne Rücksicht auf Verluste mit Waffen vollpumpt. **Die militärische und technische Hilfe für Kiew hat bereits 65 Milliarden US-Dollar überschritten.**"

In einer Rede über die militärische und politische Lage in den OVKS-Regionen verwies Schoigu auf die destruktiven Aktivitäten der USA und ihrer Verbündeten, die darauf abzielen, Spannungsherde an den Grenzen der Mitgliedsstaaten der Organisation zu schaffen. Der russische Verteidigungsminister sagte:

"Ich stimme weitgehend mit den heute geäußerten Einschätzungen der militärischen und politischen Lage in den Regionen der kollektiven Sicherheit der OVKS überein. Die Lage dort ist nach wie vor äußerst instabil und erfordert unsere besondere Aufmerksamkeit und ständige Überwachung. **Die destruktiven Aktivitäten der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten zur Bildung von Spannungsherden an den Grenzen der OVKS-Staaten haben negative Auswirkungen. Es werden Krisen und Konflikte provoziert, terroristische und extremistische Strukturen unterstützt und alle Arten von Sanktionen, Drohungen und Erpressungen eingesetzt.**"

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Inspekteur der Luftwaffe schließt deutsche Beteiligung an Kampfjet-Koalition nicht aus

24.05.2023 □ 13:38 Uhr



Archivbild: Der Inspekteur der deutschen Luftwaffe Ingo Gerhartz JOHN MACDOUGALL / AP

Deutschland könnte seinen Beitrag zur ukrainischen Kampfjet-Koalition leisten, obwohl es über die von Kiew bevorzugten Maschinen nicht verfügt. Diese Meinung hat der Inspekteur der deutschen Luftwaffe Ingo Gerhartz im Interview mit der Zeitung *Tagesspiegel* geäußert.

"Nationen, die keine F-16 haben, können hier eher am Rande unterstützen wie bei Infrastruktur oder auch Ausbildung."

Gerhartz wies darauf hin, dass die Bewaffnung eines deutschen Eurofighters problemlos auf eine F-16 für die Ukraine übertragen werden könne. Die F-16 seien schneller verfügbar, weshalb die Ukraine auf diesen Typ setze.

"Viele Länder haben ihre Maschinen gerade erst frisch ausgemustert und könnten sie der Ukraine zeitnah liefern."

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Pistorius: Das Ende der Waffenlieferungen heute wäre das Ende der Ukraine morgen

- 25.05.2023 □ 20:52 Uhr



Boris Pistorius.Future Image / Legion-media.ru

Der Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius hat sich am Mittwoch den Fragen der Abgeordneten im Bundestag gestellt. Der fraktionslose Abgeordnete Robert Farle fragte den Minister, warum er nicht aufhöre, der Ukraine Waffen zu liefern, damit der Krieg endlich ein Ende habe. Deutschland werde durch die Lieferung von Kampfpanzern immer mehr zur Kriegspartei, so Farle. Hierbei [erklärte](#) Pistorius:

"Das Ende der Waffenlieferungen heute wäre das Ende der Ukraine morgen. Das können Sie wollen, wir nicht."

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Deutsche Bundesregierung: Ukraine darf Russland mit Waffen aus ihrer Produktion angreifen (2. Weltkrieg nicht beendet!) - 31.05.023 □ 16:26 Uhr



Archivbild: Das Regierungsviertel in Berlin JOHN MACDOUGALL / AFP

Deutschland hält Kiews Angriffe auf das russische Staatsgebiet mit Waffen aus ukrainischer Herstellung für legitim. Eine solche Stellung hat der Sprecher der deutschen Regierung, Steffen Hebestreit, am Mittwoch bei einem Briefing geäußert.

Dabei verwies der Beamte auf den ukrainischen Drohnenangriff auf Moskau und betonte, er bewerte nicht den Angriff selbst, sondern seine Rechtmäßigkeit gemäß dem internationalen Völkerrecht, in dem solche Aktionen als rechtmäßig gelten.

Gleichzeitig erinnerte Hebestreit daran, dass Berlin seine Waffen an Kiew liefere, damit es "das ukrainische Territorium schützen kann". Dieselbe Stellung hatte zuvor auch der Bundeskanzler Olaf Scholz geäußert.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Auswärtiges Amt lässt vier russische Konsulate in Deutschland schließen

31.05.023 □ 14:38 Uhr

Die Grünen-Politikerin, Annalena Baerbock, reagiert damit auf die Reduzierung des deutschen diplomatischen Personals in Russland, die von Moskau wiederum als Reaktion auf die Politik der deutschen Seite verhängt worden war.

Nach der Begrenzung der Anzahl deutscher Diplomaten in Russland steht die Aufrechterhaltung des Betriebs deutscher Konsulate in Russland offenbar vor großen Schwierigkeiten. Auf die selbst verschuldete Lage (RT DE berichtete) reagiert Berlin nun mit weiteren Verschärfungen.

So soll Moskau bis zum Ende des Jahres nur noch ein Konsulat in Deutschland - neben seiner Botschaft in Berlin - betreiben dürfen, die Bild meldet. Bisher gibt es russische Generalkonsulate in Bonn, München, Frankfurt, Hamburg und Leipzig. Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Scholz sichert Selenskij per Telefon weitere Unterstützung zu

- 31.05.2023 □ 17:35 Uhr



Archivbild: Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij und Bundeskanzler Olaf Scholz
Scholz Christian Spicker / Legion-media.ru

Bundeskanzler Olaf Scholz hat am Dienstag mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij telefoniert. Nach Angaben des deutschen Ministerkabinetts wurde unter anderem die weitere Unterstützung des Westens besprochen. Außerdem wurden die politische, militärische und humanitäre Lage in der Ukraine diskutiert. Scholz kündigte an, dass Deutschland die Unterstützung für die Ukraine, auch im militärischen Bereich, in enger Abstimmung mit europäischen und internationalen Partnern fortführen werde. In der Erklärung heißt es außerdem: "Der Bundeskanzler und der ukrainische Präsident vereinbarten, ihren konstruktiven Austausch auch mit Blick auf die globale Unterstützung für eine Friedenslösung fortzuführen und weiter eng in Kontakt zu bleiben."

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

**Nazi-Deutschland ist
nicht untergegangen!**

Die BRD ist nicht Deutschland!

**Der Zweite Weltkrieg
ist nicht beendet!**

**26.3 Nazi-Wunderwaffe „Deutsche Wirtschaft“ in Aktion =
das Tod-sichere Geschäft!**

"Deutsche Wirtschaft"







#NewsDE

**PISTORIUS IN KYIV:
MORE THAN 100
LEOPARD 1 TANKS
FOR UKRAINE**

Watch more



08.02.2023: Pistorius kündigt mehr als 100 Leopard-1-Panzer an

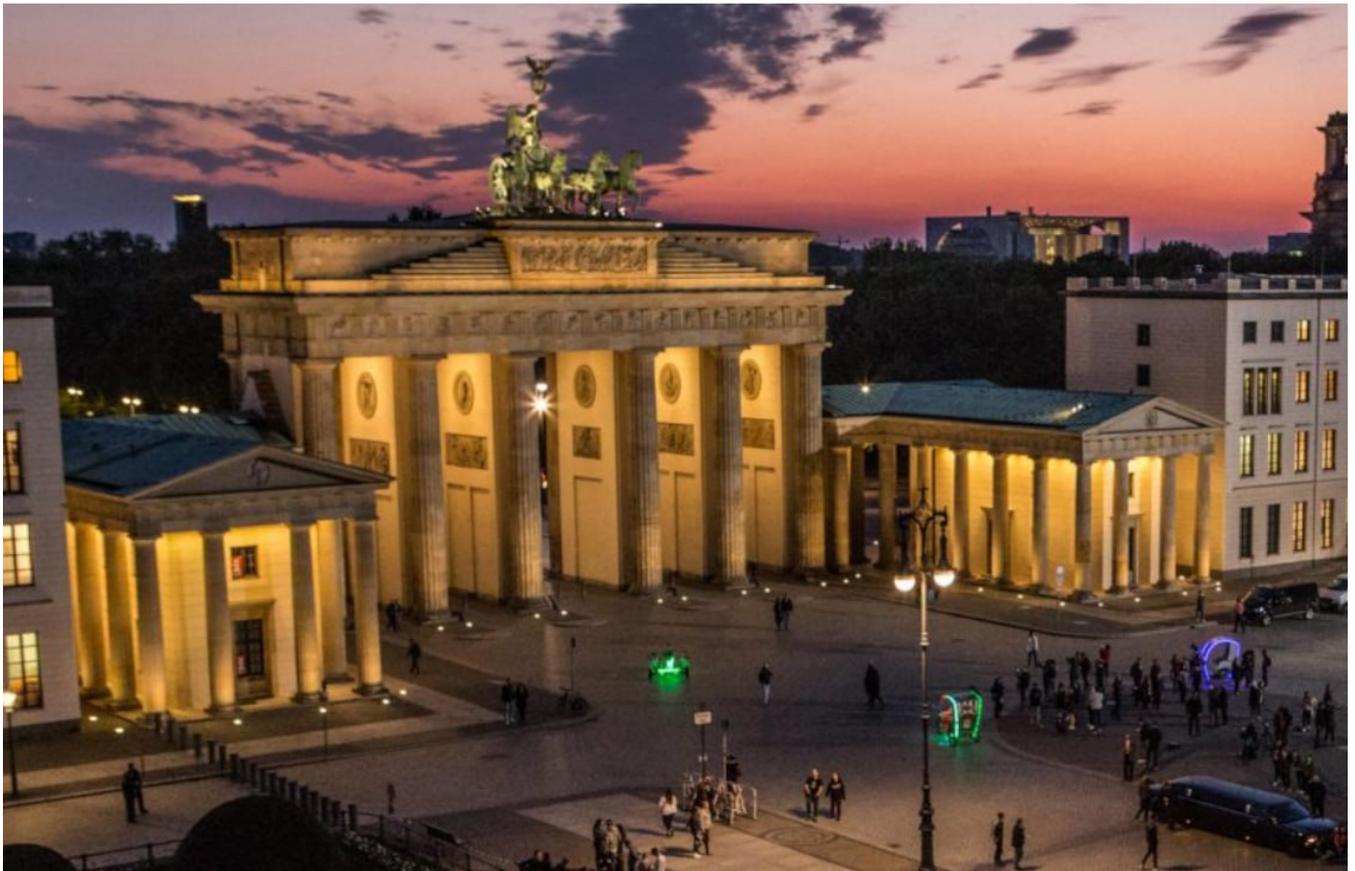
Kiew/Berlin (dpa) - Die Ukraine soll von Dänemark, den Niederlanden und Deutschland mehr als 100 Kampfpanzer des älteren Typs Leopard 1A5 erhalten. Das gab der neue Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) bei seinem ersten Besuch in Kiew bekannt. Bis zum ersten oder zweiten Quartal 2024 sollten mindestens drei Bataillone der Ukrainer mit solchen Panzern ausgestattet werden. Zudem habe man mit der Ausbildung von 600 Unteroffizier begonnen.

Quelle: <https://www.deutschland.de/de/news/>

Schattenregierung; militärisch industrieller Nazi-Komplex?

2018 Konzernholding Rheinmetall AG

März: Die Hauptstadtrepräsentanz der Rheinmetall AG in Berlin wird an den Pariser Platz 6A verlegt.



Rüstungsindustrie

19. Apr. 2018 | 06:00 Uhr | von Stefan Weinzierl und Anja Ringel
Aktualisiert am: 16. Sep. 2022

Ranking

Das sind die 10 größten deutschen Rüstungsunternehmen

Konflikte und Kriege weltweit treiben den Absatz an Waffensystemen, Fahrzeugen und Kampfjets. Auch in Deutschland sitzen leistungsfähige Waffenhersteller. Hier sehen Sie die größten deutschen Rüstungsunternehmen.



Die **deutsche Rüstungsindustrie** - im Bild ein Kampfpanzer Leopard 2 A7 von Rheinmetall - gilt als eine der leistungsfähigsten der Welt. Wir haben die zehn größten Rüstungsunternehmen Deutschlands für Sie zusammengetragen. (Bild: Rheinmetall)

Deutschland zählt zu den [wichtigsten Waffenexporteuren der Welt](#). Durch die aktuelle Weltlage mit weltweiten Krisen und Konflikten wie dem Ukraine-Krieg werden die Geschäfte der Hersteller von Waffen, Fahrzeugen, Kampfjets und anderen Rüstungsgütern weiter angekurbelt. Dabei profitieren nicht nur die großen Rüstungsunternehmen vom Boom. Auch die Zulieferer von Elektronik und anderen Bauteilen haben - nicht zuletzt aufgrund des 100-Milliarden-Sondervermögens der Bundeswehr - Aussichten auf noch vollere Auftragsbücher.

Zwar sind die Rüstungsunternehmen fast schon traditionell nicht freigiebig mit Angaben, weshalb die letzten verfügbaren Zahlen aus dem Jahr 2020 stammen. Doch die Aktivitäten auf Messen und Materialschauen sowie die Mitteilungen über Verkäufe oder auch über Neuentwicklungen wie den neuen Kampfpanzer K51 Panther von Rheinmetall sprechen für einen beginnenden Boom.

Die neue Weltlage hat bei vielen - vor allem europäischen - Regierungen zu einem Umdenken in Sachen Rüstungsbeschaffung geführt. Die verändert wahrgenommene Bedrohung durch aggressive Staaten wie Putins Russland führt dazu, dass mehr Geld in die Ertüchtigung der Streitkräfte fließt und auch Großprojekte schneller und weniger diskussionsintensiv umgesetzt werden. Auch die größten deutschen Rüstungsunternehmen sind auf dem Weltmarkt aktiv und punkten mit hochmodernem Gerät, das den Vergleich mit den bekannten US-amerikanischen, britischen oder französischen Waffenschmieden nicht scheuen muss.

Fast schon traditionell hat Deutschland beispielsweise im Panzer-Bereich führende Rüstungsunternehmen wie KMW oder Rheinmetall. Thyssenkrupp tut sich vor allem im U-Boot- und im Kriegsschiffbau hervor. Unternehmen wie MBDA oder Diehl sind im Raketenbereich und Elektronik vorn dabei. Aber auch Handfeuerwaffen-Hersteller wie Heckler&Koch sind hier beheimatet.

Platz 10: Rohde & Schwarz, Siemens oder MAN



Platz 10: Viele Unternehmen decken über ihre Umsätze in der Rüstung gerne den Mantel des Schweigens. Daher ist Platz 10 nicht eindeutig zu vergeben. Als gesetzt kann aber gelten, dass Unternehmen wie Rohde & Schwarz, Siemens oder MAN (hier ein HX60 4x4 der britischen Armee) durchaus eklatante Umsätze im Militärbereich machen. (Bild: Piranhi - stock.adobe.com)

Platz 9: Heckler & Koch



Platz 9: Heckler&Koch. Der Handfeuerwaffenhersteller aus Oberndorf am Neckar ist einer der fünf größten Gewehr- und Pistolenherstellern weltweit. Als Ausrüster der Bundeswehr - im Bild ein Infanterist mit einem MG5 - gilt das Unternehmen inzwischen wieder als gesetzt. Im Jahr 2016 erwirtschaftete das Unternehmen einen Umsatz von 202 Millionen Euro. (Bild: Bundeswehr, Jana Neumann, lfeelstock - stock.adobe.com)

Platz 8: Jenoptik



Platz 8: Jenoptik. Das Optikunternehmen produziert in seiner Sparte Defense & Civil Systems mechatronische und sensorische Produkte für militärische Systeme. Damit machte Jenoptik 2017 einen Umsatz von 219,3 Millionen Euro. (Bild: Jenoptik, Jeibmann Photographik Torsten Pross)

Platz 7: MBDA



Platz 7: MBDA. Mit seinen Lenkflugkörpern (im Bild deutsche Soldaten mit einer Panzerabwehrrakete Milan ADT-TR) sowie Subsystemen für Heer, Luftwaffe und Marine kommt das Rüstungsunternehmen in Deutschland auf einen Umsatz von 300 Millionen Euro (2018). (Bild: MBDA)

Platz 6: MTU



Platz 7: MTU. Hochentwickelte Triebwerke zum Beispiel für den Kampffjet Eurofighter sowie Wartung, Reparatur und Ersatzteilbeschaffung bescheren dem Münchner Unternehmen MTU Aero Engines im Rüstungssegment laut dem Kölner Stadtanzeiger 2015 einen Umsatz von rund 500 Millionen Euro. (Bild: MTU Aero Engines)

Platz 5: Diehl



Platz 5: Diehl. Das Rüstungsunternehmen aus Überlingen am Bodensee produziert in erster Linie Lenkflugkörper und Lenkmunition, zum Beispiel für die Flugabwehr. Im Bild die Varianten IRIS-T SLM und IRIS-T SLS. 2020 sorgte das für einen Umsatz von 571 Millionen Euro. (Bild: Diehl)

Platz 4: Kraus-Maffei Wegmann (KMW)



Platz 4: Kraus-Maffei Wegmann (KMW). Die Münchner sind spezialisiert auf Rad- und Kettenfahrzeuge wie Kampfpanzer, Schützenpanzer oder auch Artillerie-Systeme wie die Panzerhaubitze 2000 (im Bild). 2020 machte das Rüstungsunternehmen einen Umsatz von 1,41 Milliarden Euro. (Bild: KMW)

Platz 3: Thyssenkrupp



Platz 3: Thyssen Krupp. Die Rüstungssparte des weltberühmten Stahlherstellers ist vor allem im Marine-Bereich und im Schiffsbau aktiv. Besonders die U-Boote (im Bild U33, ein Typ 212A der Bundeswehr) sowie Fregatten und Korvetten erbrachten 2020 einen Umsatz von 1,99 Milliarden US-Dollar um. (Bild: Bundeswehr, Marcus Mohr)

Platz 2: Rheinmetall



Platz 2: Rheinmetall. Der Konzern ist das größte rein deutsche Rüstungsunternehmen. Im Jahr 2020 erwirtschaftete Rheinmetall mit Fahrzeugen (im Bild der GTK-Boxer), Artillerie, Munition und Komponenten einen Umsatz von rund 4,24 Milliarden Dollar. (Bild: Rheinmetall)

Platz 1: Airbus



Platz 1: Airbus. 21 Prozent macht das militärische Geschäft bei diesem Konzern mit deutscher Beteiligung aus. Das bedeutet, dass im Jahr 2020 mit Produkten wie Flugzeugen (im Bild ein A400M), Helikoptern und Dienstleistungen ein Umsatz von etwa 11,99 Milliarden Dollar gemacht wurde. (Bild: Airbus)

Quelle: <https://www.produktion.de/schwerpunkte/ruestungsindustrie/das-sind-die-10-groessten-deutschen-ruestungsunternehmen-236.html>

A screenshot of a news article from Tagesschau. The article is titled "Umsätze von Rüstungsunternehmen steigen" (Sales of arms companies rise). It mentions a SIPRI report and states that for the seventh time in a row, the sales of the 100 largest arms manufacturers worldwide have increased. The article also notes that German companies recorded significant growth. The background image shows a Rheinmetall tank on display at an outdoor event.

tagesschau Eilmeldung

Startseite ▶ Wirtschaft ▶ Bericht: Umsätze von Rüstungsunternehmen steigen weiter

SIPRI-Bericht

Umsätze von Rüstungsunternehmen steigen

Stand: 05.12.2022 00:01 Uhr

Zum siebten Mal in Folge sind die Umsätze der 100 größten Waffenhersteller der Welt gestiegen. Auch deutsche Unternehmen verbuchten teils deutliche Zuwächse, zeigt der SIPRI-Bericht. Sie könnten ohne Pandemie noch größer sein.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/waffenverkaeufe-ruestung-101.html>

Rheinmetall erwartet nach Rekordwerten „besonders starkes“ Schlussquartal

Der Waffenhersteller wächst anhaltend und steigert seinen Profit. Steigende Verteidigungsbudgets in der Welt machen es dem Rüstungskonzern möglich.

10.11.2022 - 08:50 Uhr • [Kommentieren](#) • [Jetzt teilen](#)



Quelle: https://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/werk-in-der-ukraine-so-kann-rheinmetall-seine-panzerfabrik-vor-russischen-angriffen-schuetzen/29020314.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

08. März 2023

WirtschaftsWoche



Der Mantis, das Flugabwehrsystem von Rheinmetall
Bild: imago images

Der Rüstungskonzern Rheinmetall plant ein Panzerwerk in der Ukraine. Die Herausforderung daran: die Flugabwehr. Rheinmetall baut die nötigen Lösungen im eigenen Haus.

Medien: Rheinmetall will Panzer in der Ukraine produzieren



Archivbild: Zwei Hauptkampfpanzer des Typs Leopard 2 der deutschen Bundeswehr an einem Truppenübungsplatz

Martin Meissner / AP

Quelle:

Deutschland exportiert 2022 Waffen und Ausrüstung für mehr als acht Milliarden Euro

27 Dez. 2022 10:48 Uhr

Die "Ampel"-Koalition hatte eigentlich verabredet, deutsche Rüstungsexporte zurückzufahren. Doch im ersten Jahr der Regierung unter dem SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz erreichte die Ausfuhr von Waffen und Ausrüstung fast den bisherigen Rekordwert. Mit deutschen Rüstungslieferungen für 2,24 Milliarden Euro ist die Ukraine das wichtigste Empfängerland.



Quelle:

<https://gegenzensur.rtde.world/inland/158247-deutschland-exportiert-2022-waffen-und/>

Quelle: Gettyimages.ru © Morris MacMatzen

26.4 Höhepunkt der Privatisierung: KRIEG DER FIRMEN!



Der Mantis, das Flugabwehrsystem von Rheinmetall Bild: imago images

Rheinmetall will selbst in die Kampfhandlungen gegen Russland eingreifen! Der Rüstungskonzern Rheinmetall plant ein Panzerwerk in der Ukraine. Die Herausforderung daran: die Flugabwehr. Rheinmetall baut die nötigen Lösungen im eigenen Haus.

Am Wochenende ist Rheinmetall-Chef Armin Papperger zum Adressaten einer Tirade des früheren russischen Präsidenten Dmitri Medwedew geworden: Nachdem Papperger in einem Interview der „Rheinischen Post“ wiederholt hatte, er könne sich ein Panzerwerk in der Ukraine vorstellen, drohte der Vertraute Wladimir Putins unverhohlen mit der Zerstörung der Fabrik. „Wenn die Fritzen entscheiden, dort tatsächlich zu bauen, dann warten wir sehnsüchtig“, sagte Medwedew. Damit trifft der russische Politiker einen wunden Punkt. Zwar erklärte Papperger wie beiläufig, **der Schutz einer Panzerfabrik durch Flugabwehr „wäre nicht schwierig“**. Doch gerade die Erfahrung im Ukrainekrieg zeigt, dass heutige Abwehrsysteme wie Patriot aus den USA oder Israels Iron Dome weitgehend machtlos sind gegen Hyperschallraketen wie Russlands Kinschal. „Und auch bei Angriffen mit einfacheren Systemen kommen immer wieder Raketen durch, vor allem wenn sehr viele Geschosse gleichzeitig abgefeuert werden“, sagt ein hochrangiger Rüstungsmanager.

Werk könnte jährlich 400 Panther produzieren

Papperger hatte bereits im Februar angekündigt, nach Ungarn auch in der Ukraine aktiv werden zu wollen. „Für rund 200 Millionen Euro kann ein Rheinmetall-Werk in der Ukraine aufgebaut werden, das jährlich bis zu 400 Panther produziert“, sagte der Manager. „Die Gespräche mit der dortigen Regierung sind vielversprechend, und ich hoffe auf eine Entscheidung in den nächsten zwei Monaten.“ - Quelle:

<https://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/werk-in-der-ukraine-so-kann-rheinmetall-seine-panzerfabrik-vor-russischen-angriffen-schuetzen/29020314.html>



Börsen

Rüstungskonzern Rheinmetall mit Kurssprung in den Dax

dpa 20.03.2023 - 18:19 Uhr



Rheinmetall-Chef Armin Papperger kommt zum Fototermin neben der "Bulle und Bär"-Skulptur vor der Börse in Frankfurt. Foto: Boris Roessler/dpa

Quelle: <https://www.verlagshaus-jaumann.de/inhalt.boersen-dax-debuet-fuer-ruestungskonzern-rheinmetall.d54550ea-93a7-4e17-911d-1e8472bb629f.html>

MEIST GEKL

- 1 Lörrach
Hilferuf der Hiebe
„Lö“
- 2 Weil am Rhein
Abschied von eine
„Urgestein“
- 3 Lörrach
Rewe öffnet am 21
- 4 Unfall in Rheinfelder
Betrunkene fährt
geparktes Auto

Unternehmen Krieg



Private Militärdienstleister kaum regulierbar

Nach UN-Angaben sind weltweit immer mehr private Sicherheits- und Militärdienstleister in Kriege verwickelt - auch auf dem afrikanischen Kontinent. Doch ihr Verhalten zu regulieren, stellt sich als äußerst schwierig heraus.

Genau das macht sie für viele Auftraggeber so attraktiv. Von Bettina Rühl |

26.06.2021

Quelle: <https://www.deutschlandfunk.de/unternehmen-krieg-private-militaerdienstleister-kaum-100.html>

Private Sicherheits- und Militärunternehmen

Ein privates Sicherheits- und Militärunternehmen (kurz PMC für englisch-private military company oder private military contractors) ist eine nicht-staatliche

Organisation, die beauftragt wird, in Kriegs- oder Krisengebieten militärische Aufgaben zu erfüllen. Dabei geht die Bandbreite von Kampfeinsätzen über Einsätze mit teilweise engem Bezug zu unmittelbaren Kampfhandlungen (z. B. Personen-, Konvoi- oder Objektschutz) über die Beratung und Ausbildung von Soldaten bis hin zur Übernahme von Aufgaben, die mit dem militärischen Kampf nur mittelbar verbunden sind (beispielsweise Transportdienstleistungen, Verpflegung, aber auch Luftraumüberwachung). In letzterem Aufgabengebiet, dessen Zuordnung in der Forschung umstritten ist, sind auch Dienstleistungsunternehmen eingebunden, die selbst keinerlei kämpfendes Personal bereitstellen. Die Zunahme der Bedeutung von PMCs wurde in den 2010er-Jahren von vielen Beobachtern aus politischen, aber auch ökonomischen Gründen kritisiert.

Das Söldnerwesen spielte seit Beginn des 19. Jahrhunderts weltweit kaum noch eine Rolle. Erst mit dem Ende des Kalten Krieges gab es eine ähnliche Entwicklung in Form privater Sicherheits- und Militärunternehmen. Einen Beitrag zu dieser Entwicklung mag auch der Trend zur Auslagerung in der Privatwirtschaft geleistet haben, der von staatlichen Stellen zunehmend übernommen und schließlich auch auf das Militär angewendet wurde. Darüber hinaus wurden seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in vielen westlichen Ländern die einst staatlichen Rüstungskonzerne privatisiert. Die Privatisierung des „Soldatenhandwerks“ kann als Weiterentwicklung dieser Tendenz interpretiert werden. Mit der weltweiten Reduzierung der Armeen aufgrund des Endes des Kalten Krieges seit etwa 1990 entstand ein Überangebot an arbeitslosen ausgebildeten Soldaten. Die USA und Großbritannien verschlankten ihre Streitkräfte. Insbesondere die Abrüstung des bisherigen sowjetischen

Militärs (vgl. auch: Zerfall der Sowjetunion) sowie anderer ehemaliger Ostblock-Armeen hinterließ eine große Anzahl arbeitsloser Soldaten. In Argentinien und Südafrika waren Teile der Heere nach politischen Wechsels in der Staatsführung diskreditiert. Private militärische Unternehmen entstanden vor allem in den USA, Großbritannien, Südafrika und Israel. Dem steht eine steigende Nachfrage auf der Auftraggeberseite gegenüber. Mit dem Wegfall der Blockkonfrontation und ihrer typischen Stellvertreterkriege insbesondere in Afrika waren staatliche Akteure kaum noch an der Vermeidung oder an der Steuerung solcher Auseinandersetzungen interessiert. Daraus folgte eine Vielzahl innerstaatlicher Konflikte von geringer Intensität bei gleichzeitig-geringem internationalen Eingreifen. Der in mehreren gescheiterten Staaten (z. B. Somalia) entstehende rechtsfreie Raum begünstigte diese Entwicklungen. Die fehlende Militärhilfe auswärtiger Kräfte versuchten zahlreiche Beteiligte durch das Beauftragen von Söldnerunternehmen auszugleichen. Solche Unternehmen erwiesen sich zudem als weniger bestechlich und kaum ethnischen, religiösen oder politischen Gruppen im Einsatzland verbunden, anders als dies bei ortsansässigen Unternehmen, Milizen und Söldnergruppen der Fall war.

Die Großmächte, insbesondere die USA, und andere westliche Staaten entdeckten die Möglichkeiten des Outsourcing auf diese Privatunternehmen im Umfeld des zweiten Golfkrieges Anfang der 1990er Jahre und sehr verstärkt seit dem 2001 von den USA ausgerufenen Krieg gegen den Terror, der die staatlichen militärischen Kräfte der Invasoren im Irak und in Afghanistan in hohem Maß band.[1] Die USA sind von 1994 bis 2007 3601 Vertragsbindungen mit einem Auftragsvolumen von 300 Milliarden US-Dollar mit zwölf US-amerikanischen privaten Militärunternehmen eingegangen. Der Hauptgrund dafür scheint wirtschaftlicher Natur zu sein, da die Verwendung von Privatunternehmen, insbesondere für Sicherungsaufgaben, weit billiger kommt als die Verwendung von regulärem Militär, das so auch Personalverluste vermeiden kann.

Private Militärunternehmen unterstützen unter anderem auch Missionen der Vereinten Nationen, insbesondere um Transportleistungen in Drittweltländern zu erbringen. Beispiel hierfür ist der Einsatz von ICI of Oregon 1996 in Haiti im Auftrag des US-Außenministeriums.

Situation in Deutschland

In Deutschland gibt es mehrere Firmen, die Söldner-Dienstleistungen weltweit anbieten. Der Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen schätzte 2009, dass im Nahen und Mittleren Osten etwa **3000 deutsche Söldner** tätig seien; in Afrika sollen es rund 1000 sein. Vor allem Soldaten aus den ehemaligen Verwendungen als Fallschirmjäger, Militärpolizisten oder Mitglieder des Kommando Spezialkräfte würden angeheuert. Auch frühere Polizisten aus Spezial- oder mobilen Einsatzkommandos oder der GSG9 der Bundespolizei werden gerne engagiert.[8] Auch bei deutschen Söldnern ist die öffentliche Aufmerksamkeit beim Tod im Einsatz gering und sie tauchen auf keiner offiziellen Verlustliste auf.[8] Besondere mediale Aufmerksamkeit erhielt die Branche durch die seit 2010 andauernden **Asgaard-Affären. Auftrag und Geschäftsgrundlage**

Als private Sicherheits- und Militärunternehmen traten lange meist Unternehmen aus den USA, Großbritannien oder Südafrika auf. Mittlerweile gibt es in fast allen westlichen Ländern entsprechende Firmen. Ihre Dienstleistungen umfassen taktisch-operative Beratung, militärisches Training, das Betreiben von Kriegsgefangenenlagern, das Aufklären und Erkunden sowie die technische, logistische und operative Unterstützung von Kampfhandlungen. Die hier beschriebenen Möglichkeiten zum Einsatz ziviler Personen für militärische Aufgaben werden im vollen Umfang vor allem durch die USA genutzt, in etwas geringerem Maß auch vom Vereinigten Königreich.

Die Unternehmen sind nicht direkt in die Befehlsorganisation ihres Auftraggebers eingebunden, sondern nur an ihren Vertrag gebunden. Allerdings halten sich seriöse Unternehmen an geltende ethische Grundsätze (z. B. IPOA Code of Conduct[18]).

Rechtlicher Rahmen

Private Sicherheits- und Militärunternehmen sind keine Militärverbände, ihre Mitarbeiter gelten als Zivilisten im Sinne der Genfer Konventionen und ihrer Zusatzprotokolle, solange sie nicht direkt an militärischen Kampfhandlungen teilnehmen. Tun sie es dennoch, können sie nach nationalem Strafrecht verurteilt werden. Wenn sie einen Kampfauftrag erhalten, gelten die beteiligten Personen nur dann als Kombattanten, wenn sie unter der organisierten Führung regulärer Streitkräfte stehen, in diese eingegliedert sind und die jeweilige Gegenseite über ihre Kampfteilnahme offiziell informiert wurde. Ohne diese Eingliederung gelten sie gemäß Zusatzprotokoll I zur III. Genfer Konvention als Söldner, wenn sie an Kampfhandlungen teilnehmen. Allerdings sind die Grenzen zwischen Sicherheitsmission und Kampfgeschehen oft fließend.[19]

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Privates_Sicherheits-_und_Milit%C3%A4runternehmen



KURIER

**Mozart statt Wagner:
Die US-Marines helfen
Ukrainern im Frontgebiet**

Mozart-Gruppe als Antwort auf Wagner-Söldner: Ehemalige US-Elitesoldaten leisten humanitäre Hilfe

K KURIER
10.200 Abonnenten

Abonnieren HERUNTERLADEN: ▾

17 | Teilen | Speichern

5.386 Aufrufe 26.09.2022
Ehemalige US-Elitesoldaten trainieren im umkämpften Donbass ukrainische Soldaten. Sie nennen sich „Mozart-Gruppe“, eine Idee des Gründers, dem pensionierten Oberst des Marine-Corps Andy Milburn. Der Name ist kein Zufall, sondern pure Ironie.

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=a07ropsvIPO>

2-DISC SPECIAL EDITION

NICOLAS CAGE JARED LETO AND ETHAN HAWKE

LORD OF WAR



"TWO BIG THUMBS UP."

- EBERT & ROEPER

"A POWERFUL THRILLER!"

- US WEEKLY



Die Opfer des BRD-Militarismus und Nazismus



Die Nazi-Teufel sind überall! Auch Belarus ist im Zangengriff der angloamerikanischen Konzerne...



Das Pentagon (2008)

NaZi-Waffe "Wirtschaft"

**26.5 Kriegspartei „Europäische Union“ und die „NATO“
samt der BRD - nur noch ein einziger, korrupter „Ukraine“-
Sumpf?**



express Fotos: APA/Gazzetta regionale Collage: O. Ginner

Quelle: <https://exxpress.at/italienische-zeitung-berichtet-selenskyj-vermietet-villa-an-wohlhabende-russen/>



Stefan Polster

14 Apr at 22:09

Was für ein Sumpf: Der ukrainische Präsident drängt zu harten Sanktionen gegen Russland. Gleichzeitig kauft er selbst Treibstoff von Moskau – mit veruntreuten Geldern aus den USA. Das deckt US-Journalist Seymour Hersh nun auf – und noch mehr: So wurden etwa in Kiew gelieferte Waffen weiterverkauft.

US-Steuerzahler finanzieren Einkauf von russischem Öl und Gas

Der berühmte Investigativ-Journalist hält fest: „Die ukrainische Regierung lässt sich den lebensnotwendigen Dieseldieselfuelstoff, der die ukrainische Armee in ihrem Krieg mit Russland auf Trab hält, von den amerikanischen Steuerzahlern teuer bezahlen.

<https://express.at/hersh-deckt-auf-sele...>



Politik

13 April, 2023 | 17:53

Hersh deckt auf: Selenskyj missbraucht US-Gelder um Diesel aus Russland zu kaufen

Was für ein Sumpf: Der ukrainische Präsident drängt zu harten Sanktionen gegen Russland. Gleichzeitig kauft er selbst Treibstoff von Moskau – mit veruntreuten Geldern aus den USA. Das deckt US-Journalist Seymour Hersh nun auf – und noch mehr: So wurden etwa in Kiew gelieferte Waffen weiterverkauft.

Quelle: <https://express.at/hersh-deckt-auf-selenskyj-missbraucht-us-gelder-um-diesel-aus-russland-zu-kaufen/>

Seymour Hersh: Ukrainische Beamte sollen in erheblichem Ausmaß Hilfgelder veruntreuen

14. April 2023 – Bernd Müller



Bild: 3D Animation Production Company auf Pixabay

Korruption in der Ukraine ist ein bekanntes Phänomen. Dass die US-Regierung nur halbherzig dagegen vorgeht, soll zu einem Zerwürfnis mit den Geheimdiensten geführt haben.

Es ist längst kein Geheimnis mehr: Die Ukraine hat ein Problem mit Korruption. Das Land habe in diesem Punkt "ein sehr schwieriges Erbe, ein sehr schlechtes Image", sagte kürzlich Michael Harms, Geschäftsführender Direktor des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, laut *Deutscher Presse-Agentur (dpa)*.

Quelle: <https://www.telepolis.de/features/Seymour-Hersh-Ukrainische-Beamte-sollen-in-erheblichem-Ausmass-Hilfsgelder-veruntreuen-8956791.html>

Quelle: <https://weltwoche.ch/story/wie-reich-ist-selenskyj/>

Korruptionsskandal in der Ukraine - Selensky-Regierung veruntreut 400 Millionen Dollar

[Ausland](#)

Veröffentlicht am 14.04.2023 13:42 Aktualisiert 14.04.2023 14:03

Investing.com – Seymour Hersh, der mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnete Enthüllungsjournalist, ist davon überzeugt, dass die US-Regierung hinter dem Anschlag auf die Nord-Stream-Pipelines steckt. Am Mittwoch veröffentlichte er einen Artikel, aus dem hervorgeht, dass in der Ukraine von den Milliarden Dollarzahlungen an Hilfgeldern ungefähr 400 Millionen Dollar veruntreut wurden. Laut Hersh verschwand das Geld in unterschiedlichen dunklen Kanälen.

Zur Gewährleistung der Mobilität des ukrainischen Militärs musste etwa Diesel aus Russland gekauft werden, wie der Journalist aus Geheimdienstquellen [erfuhr](#): "Selensky hat den Treibstoff von Russland gekauft, dem Land, mit dem er und Washington sich im Krieg befinden. Der ukrainische Präsident und viele in seinem Gefolge haben unzählige Millionen von den amerikanischen Dollars abgeschöpft, die

für die Zahlung von Dieseldieselkraftstoff gedacht waren".

Zudem wurde berichtet, dass die Führungsriege der Ukraine sehr erfinderisch dabei sei, Scheinfirmen zu gründen, die dann Verträge mit privaten Waffenhändlern in aller Welt abschließen, welche nur mit Schmiergeldzahlungen zustande kommen.

Laut Hersh ist der CIA dieses Problem bewusst, aber die amerikanische Regierung will davon nichts hören. Dass im vergangenen Jahr 400 Millionen Dollar verschwunden sind, ist eine Schätzung von CIA-Analysten. Die Sachlage ist wohl so eindeutig, dass CIA-Direktor William Burns dieses Problem im Januar persönlich mit Präsident Selensky thematisierte.

Gegenüber Hersh äußerte ein Geheimdienstmitarbeiter mit Informationen des Treffens aus erster Hand, dass Burns Präsident Selensky damit konfrontierte, dass die ukrainischen Generäle darüber verärgert seien, dass sich ihr Präsident das größte Stück vom Kuchen sicherte.

Burns präsentierte Selensky eine Liste mit 35 Generälen und hochrangigen Regierungsvertretern, denen die CIA Korruption nachweisen kann. Daraufhin entthob Selensky lediglich 10 Personen ihres Amtes. Hersh berichtet auch darüber, dass es einen großen Bruch zwischen der US-Regierung und dem Geheimdienst gebe. Ihren Ursprung hat die verfahrenere Situation zu dem Zeitpunkt gehabt, als die Nord-Stream-Pipelines gesprengt wurden. Laut Hersh auf Befehl von US-Präsident Biden, wovon der Geheimdienst dringend abriet. Zu Außenminister Blinken und dem nationalen Sicherheitsberater Jake Sullivan sagte die Geheimdienstquelle von Hersh Folgendes: "Sie haben keine Erfahrung, kein Urteilsvermögen und keine moralische Integrität. Sie erzählen einfach Lügen und erfinden Geschichten ... Burns ist nicht das Problem ... das Problem sind Biden und seine wichtigsten Gefolgsleute - Blinken, Sullivan und ihr Umfeld -, die diejenigen, die Zelensky kritisieren, als Pro-Putin-Anhänger betrachten. Sie sagen, das wir gegen das Böse sind. Dass die Ukraine kämpfen wird, bis die letzte Patrone verschossen ist, und darüber hinaus. Und auf der anderen Seite steht Biden, der Amerika sagt, dass wir so lange kämpfen werden, wie es nötig ist." Quelle: <https://de.investing.com/news/world-news/korruptionsskandal-in-der-ukraine--selenskyregierung-veruntreut-400-millionen-dollar-2389546>





Gemeinsames Kaffeekränzchen am Hakenkreuz-Tisch in London



Quelle: <https://ostbelgiendirekt.be/selenskyj-in-bruessel-343182>



**„Traumpuppe“ der „Elite“?
So wie der Herr so sein Gescherr...**

Ein altes Sprichwort besagt: „Wenn ein Clown in einen Palast zieht, wird er nicht zum König; sondern der Palast wird zum Zirkus.“



Quelle: <https://express.at/all-the-single-wladies-selenskyj-tanz-in-high-heels-zu-beyonces-hit/>



Quelle: <https://www.mimikama.org/selenskyj-fast-nackt-gitarre/>



NATO

We keep the
bears away

**26.6 Gestaltwandler-BRD + EU - jetzt eine „Super-Ukraine“?
Kann eine „Transformer-BRD“ problemlos jede Gestalt -
auch die einer „Ukraine“ (=Grenzland) annehmen?**



Quelle: <https://www.deviantart.com/maverick471/art/Ukrainian-Autobot-912709433>



Machtmissbrauch und Kriegspropaganda

BRD-Botschaft in Kiew







Ukraine Berlin <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/ukrainekrieg-proteste-101.html>



MISSBRAUCH
Der Strichjunge und
der CDU-Politiker

FAHRERLOSE AUTOS
So weit sind Amerika
und China schon

MEDIENSTAR WELZER
»Ich bin ein
Hochstapler«

KANN DIE UKRAINE JETZT SIEGEN?

Wie der **Leopard 2** den
Krieg verändert –
und was der Westen
dabei riskiert



07:00 Uhr

Blinken: Die Welt darf nicht ohne US-Führung bleiben

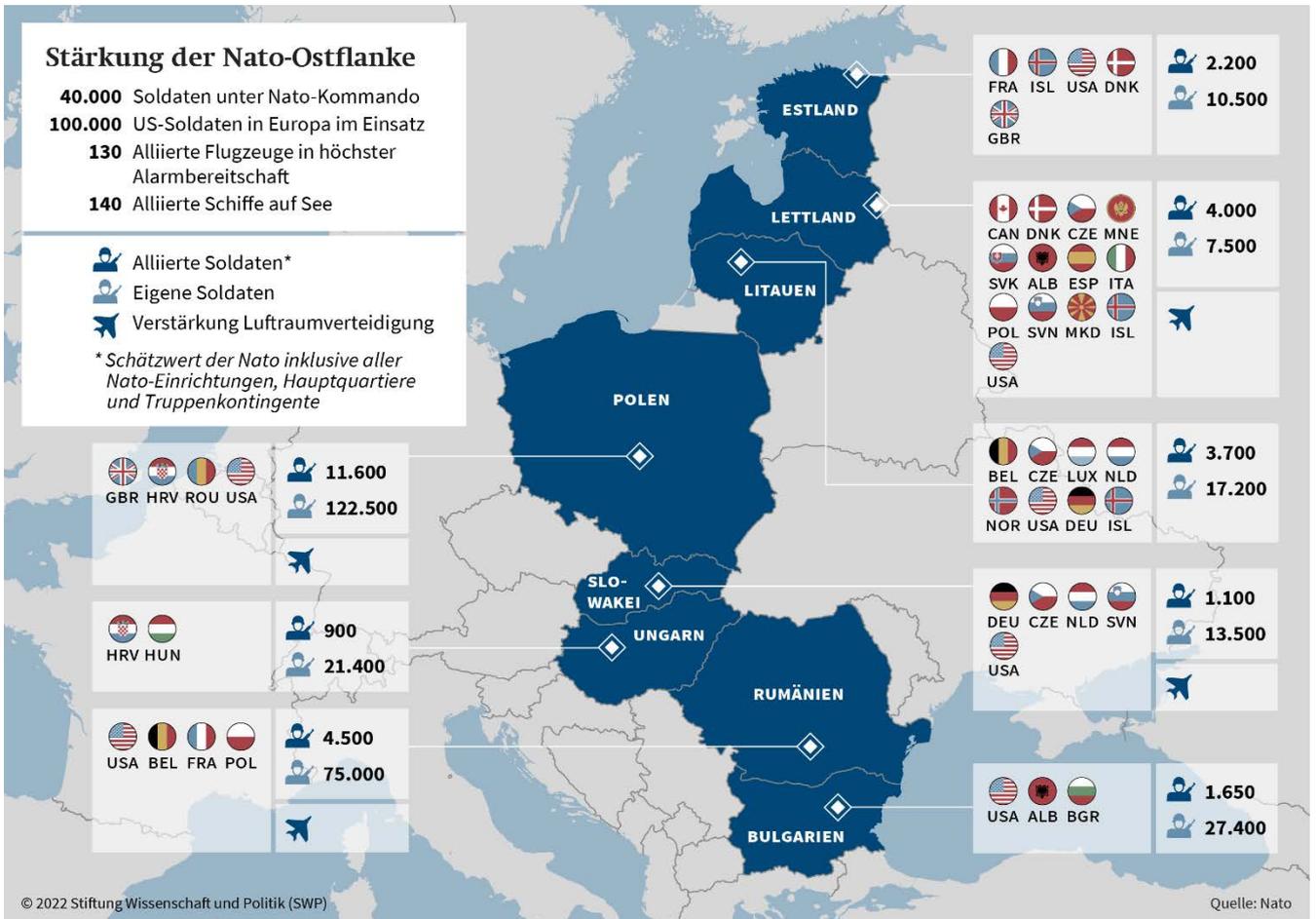


Anthony Blinken

Sebastian Barros/NurPhoto via Getty Images

Man dürfe nicht zulassen, dass die Welt ohne die Führung der USA bleibe, erklärte US-Außenminister Antony Blinken bei einer Veranstaltung an der Stanford University. Er sagte:

"Aus unserer Sicht geht es um die Frage, wie die Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges aussehen wird. Wessen Werte werden wiedergespiegelt. Wir haben eine einfache Entscheidung, denn die Welt organisiert sich nicht von selbst. Die USA haben die Wahl. Wenn wir uns an der Organisation nicht beteiligen und keine Führungsrolle übernehmen, bedeutet das eins von beiden: Entweder sie wird von jemand anderem übernommen, vielleicht von China, und zwar nicht in einer Weise, die voll und ganz mit unseren Interessen und Werten übereinstimmt, oder niemand tut es, dann entsteht ein Vakuum, das eher von schlechten Dingen gefüllt werden kann als von guten."





26.7 Ist der angelsächsische sog. „kollektive Westen“ nur ein gemeingefährliches Terror-Netzwerk?



Unter Terrorismus (abgeleitet über „Terror“ von lateinisch terror, Furcht, ‚Schrecken‘) versteht man kriminelle Gewaltaktionen gegen Menschen oder Sachen (wie Morde, Entführungen, Attentate und Sprengstoffanschläge), mit denen politische, religiöse oder ideologische Ziele erreicht werden sollen. Terrorismus ist das Ausüben und Verbreiten von Terror. Er dient als Druckmittel und soll vor allem Unsicherheit und Schrecken verbreiten oder Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen bzw. erzwingen.[1] Es gibt keine allgemein akzeptierte wissenschaftliche Definition von Terrorismus. Die verschiedenen juristischen Definitionen des Begriffs, ob im nationalen Strafrecht oder im internationalen Recht, sind häufig aus ähnlichen Gründen umstritten.

Terroristen greifen nicht militärisch nach Raum (wie der Guerillero), sondern wollen nach einer klassischen Formulierung Franz Wördemanns „das Denken besetzen“ und dadurch Veränderungsprozesse erzwingen.[2] So ist Terrorismus keine Militär-, sondern primär eine Kommunikationsstrategie.[3]

Personen und Gruppen, die Anschläge verüben, werden von Politik und Medien oft vereinfachend als „der Terrorismus“ bezeichnet, etwa in Begriffen wie „der internationale Terrorismus“. Der Begriff **Staatsterrorismus** bezeichnet staatlich organisierte oder geförderte Gewaltakte, welche nicht immer auf gesetzlicher Grundlage beruhen bzw. als terroristisch bewertet werden.

Begriff

Die Worte Terrorismus, Terrorist und terrorisieren wurden erstmals im 18. Jahrhundert zur Bezeichnung einer gewaltsamen Regierungsmaßnahme verwendet.[4] Im Zusammenhang mit der Französischen Revolution wurde der „Terror des Konvents“ von 1793 bis 1794 ausgerufen, als die Regierung alle als konterrevolutionär eingestuft Personen hinrichten oder inhaftieren ließ. Dabei

wurden unter anderem Ludwig XVI., Marie-Antoinette und Gräfin Dubarry guillotiniert. Im Jahr 1795 fand der Begriff Terrorismus Eingang in den deutschen Sprachgebrauch. Er ist zunächst synonym mit der **Schreckensherrschaft der Jakobiner** in Frankreich und wurde ab den 1820er Jahren auf Kunst und Ästhetik übertragen. Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Terrorismus>

Beispiele täglicher Angriffe auf die russische Zivilbevölkerung, Terroranschläge und Kriegsverbrechen aller Art durch die NATO-Stellvertreter-Kriegspartei Ukraine = deutsch: „Grenzland“!

Terroranschläge auf Nord-Stream2



Anschlag auf Nord-Stream-Pipelines

Danke! Danke! Danke!

Eigentlich ist es egal, wer es war: Wer auch immer die Nord-Stream-Pipeline gesprengt hat, hat drei Preise verdient.



Die kleine dänische Insel Christiansø liegt unweit des Anschlagortes auf die Nord-Stream-2-Pipeline
Foto: Tom Little/reuters

Wer hat die Nord-Stream-Pipeline gesprengt? Die Ostsee liegt zwar wieder so ruhig und langweilig da, wie es ihre Art ist, aber die Gerüchteküche blubbert. Einer **Recherche verschiedener Medien zufolge** soll eine Gruppe von sechs Personen mit gefälschten Pässen an der deutschen Ostseeküste eine Jacht gemietet haben und mit einem Sprengsatz zur Pipeline geschinnert sein.

Quelle: <https://taz.de/Anschlag-auf-Nord-Stream-Pipelines/!5918517/>

SCHWERPUNKT KRIEG IN DER UKRAINE



Politik / Europa 11. 3. 2023, 09:48 Uhr

KOLUMNE VON
KERSTEN AUGUSTIN
wochentaz



ist stellvertretender Ressortleiter der wochentaz und Teamleiter Politik. Geboren 1988 in Hamburg. Er studierte in Berlin, Jerusalem und Ramallah, und wurde an der Deutschen Journalistenschule (DJS) in München ausgebildet. Seit 2015 ist er Redakteur der taz am Wochenende und war dort lange zuständig für Reportage und Titelgeschichten. In der wochentaz

Anschlag auf die Nord-Stream-Pipelines

Am 26. September 2022 wurden mit mehreren Sprengungen Anschläge auf die Nord-Stream-Pipelines verübt. Dabei wurden beide Stränge von Nord Stream 1 und

einer der beiden Stränge von Nord Stream 2 unterbrochen. Die Nord-Stream-Pipelines liegen am Grund der Ostsee und dienen dem Transport von Erdgas von Russland nach Deutschland.

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe ermittelt wegen „eines schweren gewalttätigen Sabotage-Angriffs auf die Energieversorgung“; sowohl NATO-Staaten als auch Russland gehen von einem Anschlag aus.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Anschlag_auf_die_Nord-Stream-Pipelines

Terroranschlag auf Krim-Brücke

☰

Berliner Zeitung

📄 Cum-Ex-Affäre Thema des Monats **Ukraine** Klima News Berlin Politik Wirtschaft Kultur Panorama 1. FC Unio

← [Zurück](#)   Artikel teilen mit:       

Home > Ukraine > Telefonstreich mit Kuleba: Ukraine bekennt sich zu Anschlag auf Krim-Brücke

Telefonstreich mit Kuleba: Ukraine bekennt sich zu Anschlag auf Krim-Brücke

Russische Komiker haben den ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba reingelegt. Am Telefon verriet er aus Versehen Staatsgeheimnisse.

dpa

14.10.2022 | 10:03 Uhr



Quelle: <https://www.berliner-zeitung.de/news/telefonstreich-mit-kuleba-ukraine-bekannt-sich-zu-anschlag-auf-krim-bruecke-li.276579>

Terroranschlag gegen Journalisten und Blogger Maxim Fomin

tagesschau Sendung verpasst? ▶



Nach Anschlag in St. Petersburg

Verdächtige wegen Terrorismus angeklagt

Stand: 04.04.2023 20:14 Uhr

Eine nach dem tödlichen Bombenanschlag auf einen russischen Militärblogger festgenommene 26-Jährige ist wegen Terrorismus angeklagt worden. Der Vorwurf: Sie soll auf Befehl aus der Ukraine gehandelt haben.

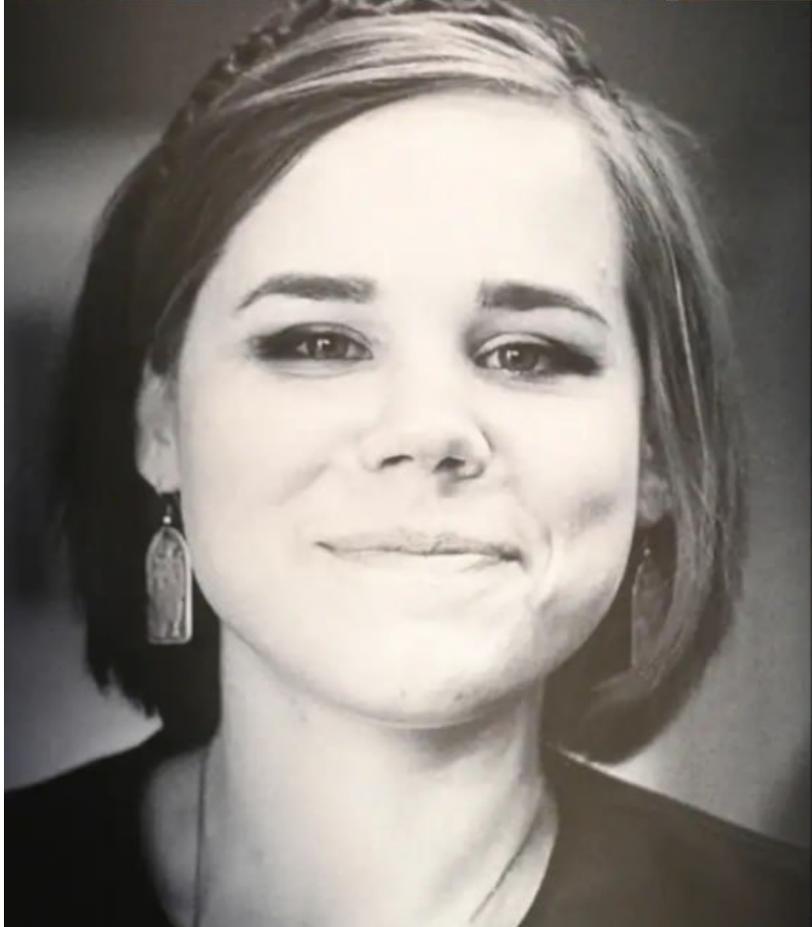
Nach einem Mordanschlag auf einen Militärblogger in St. Petersburg hat die russische Justiz eine inzwischen inhaftierte Tatverdächtige wegen Terrorismus angeklagt. Die 26-Jährige soll demnach auf Befehl aus der Ukraine Wladlen Tatarskij eine mit Sprengstoff gefüllte Büste in einem Petersburger Café übergeben haben. Sie werde zudem des illegalen Besitzes von Sprengstoff beschuldigt, erklärte das für schwere Straftaten zuständige russische Ermittlungskomitee. Damit droht ihr eine lebenslange Haftstrafe.

Verdächtige wegen Terrorismus angeklagt Stand: 04.04.2023 20:14 Uhr

Eine nach dem tödlichen Bombenanschlag auf einen russischen Militärblogger festgenommene 26-Jährige ist wegen Terrorismus angeklagt worden. Der Vorwurf: Sie soll auf Befehl aus der Ukraine gehandelt haben. Nach einem Mordanschlag auf einen Militärblogger in St. Petersburg hat die russische Justiz eine inzwischen inhaftierte Tatverdächtige wegen Terrorismus angeklagt. Die 26-Jährige soll demnach auf Befehl aus der Ukraine Wladlen Tatarskij eine mit Sprengstoff gefüllte Büste in einem Petersburger Café übergeben haben. Sie werde zudem des illegalen Besitzes von Sprengstoff beschuldigt, erklärte das für schwere Straftaten zuständige russische Ermittlungskomitee. Damit droht ihr eine lebenslange Haftstrafe. Der 40-jährige Journalist und Blogger Maxim Fomin, der unter einem Pseudonym schrieb, sei nach der Explosion der Statuette auf der Stelle tot gewesen. Das Café soll nach Medienberichten Jewgeni Prigoschin, dem Chef der berüchtigten Söldnertruppe Wagner, gehören.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/sankt-petersburg-explosion-blogger-105.html>

Terroranschlag auf Darja Dugina in Moskau



Die Kette des Terrors reißt offenbar nicht mehr ab...

Ukrainischer Geheimdienstchef zu Mordanschlägen in Russland: "Wir töten Russen überall auf der Welt"

7. Mai 2023 18:08 Uhr

Die Zahl der tödlichen Anschläge auf russische Meinungsführer oder Verwaltungskräfte steigt. In allen Fällen entdecken russische Ermittlungsorgane eine ukrainische Spur. Indirekt bestätigen ukrainische Geheimdienste sogar eine eigene Verwicklung in die Verbrechen.



Quelle: www.globallookpress.com

Chef des ukrainischen Militärgeschichtsdienstes, Kirill Budanow, während einer Pressekonferenz in Kiew

Der Direktor des Nachrichtendienstes des ukrainischen Verteidigungsministeriums (GUR), Kirill Budanow, hat in einem Interview gestanden, dass sein Dienst Morde an Russen "überall auf der Welt" als legitimen Zweck verfolge.

Der US-Internetdienst *Yahoo* erörterte in einem [Gespräch](#) mit Budanow die Ermordung der russischen Publizistin Daria Dugina in Moskau im August des vergangenen Jahres. Diese sei auch nach Ansicht der US-Geheimdienste das Werk ukrainischer Behörden. Auf diese [Behauptung](#) angesprochen, sagte Budanow:

"Sprechen Sie nicht weiter über dieses Thema. Alles, was ich dazu sagen kann, ist, dass wir Russen getötet haben und weiterhin überall auf der Welt Russen töten werden bis zum vollständigen Sieg der Ukraine."

Quelle: <https://de.rt.com/europa/169478-ukrainischer-geheimdienstchef-zu-anschaegen-wir-werden-weiterhin-ueberall-welt-russen-toeten/>

Ukrainisches Nachrichtenportal lässt über Mord an Russen abstimmen

Das ukrainische Nachrichtenportal "UNIAN" erstellte eine Umfrage, welche russische Persönlichkeit das nächste Opfer eines Terroranschlags werden soll. An der Abstimmung beteiligten sich 300.000 User. UNIAN ist Partner unter anderem vom "Spiegel" und der "BBC". 11. Mai 2023 - 08:19 Uhr



Quelle: www.globallookpress.com © Maksim Konstantinov

Die Ukraine greift zum Terrorismus. Im April fiel der Militärblogger Tatarski einem Bombenanschlag zum Opfer. Ein Nachrichtenportal ließ auf Telegram darüber abstimmen, wer das nächste Opfer des ukrainischen Terrorismus werden soll. Das ukrainische Nachrichtenportal *UNIAN* rief auf seinem Telegram-Kanal seine Leser zur Abstimmung darüber auf, welche russische Persönlichkeit als nächste dem ukrainischen Terror zum Opfer fallen sollte. **Zur Auswahl standen unter anderem der Moderator und Kommentator Wladimir Solowjow und die RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan unter leicht zu dechiffrierenden Pseudonymen. Bis heute haben rund 300.000 User an der Umfrage teilgenommen.**

Das Portal gehört zur 1+1 Mediengruppe, die wiederum dem ukrainischen Oligarchen Igor Kolomojsky gehört. UNIAN gibt als Partner das deutsche Magazin *Der Spiegel* und die *BBC* an.

Quelle: <https://meinungsfreiheit.rtde.life/russland/169749-ukrainisches-nachrichtenportal-laesst-ueber-mord/>

Anschlag auf Prilepin: Die Jagd auf russische Meinungsführer geht weiter

7 Mai 2023 12:32 Uhr

Der ukrainische Terror richtet sich offenbar vorrangig gegen namhafte mediale Persönlichkeiten: Journalisten, Publizisten, Schriftsteller. Aber warum? Und wie kann Russland seine Vordenker schützen?



Quelle: Sputnik © Kirill Kalinnikow, RIA Nowosti Sachar Prilepin (Archiv)

Von Irina Alksnis, RIA Nowosti

Vor etwas mehr als einem Jahr berichtete der FSB über aufgedeckte Vorbereitungen für die Ermordung der prominenten russischen Journalisten Wladimir Solowjow und Margarita Simonjan. Die Terroristen sollen darüber hinaus die mögliche Ermordung von Dmitri Kisseljow, Olga Skabejewa und anderen medialen Persönlichkeiten erörtert haben.

Damals lösten diese veröffentlichten Informationen gemischte Reaktionen aus. Russlands Gegner beschuldigten natürlich die inländischen Sicherheitsdienste, den Fall erfunden zu haben. Aber auch innerhalb des Landes gab es genügend Menschen, die auf die Nachricht mit einer gewissen Skepsis reagierten: Attentatsversuche auf Persönlichkeiten des Staates und wichtige Beamte waren verständlich, aber die Ermordung politischer Journalisten schien nicht sehr sinnvoll zu sein. **Doch am 20. August 2022 wurden diesbezüglich die letzten Zweifel ausgeräumt, als Daria Dugina bei einem Autobombenanschlag in der Nähe von Moskau getötet wurde. Vor einem Monat, nach der Ermordung des Kriegsberichterstatters Wladlen Tatarski, wurde klar, dass es sich nunmehr um eine offene Jagd auf patriotische Meinungsführer handelt. Heute (der Artikel erschien im Original am 06. Mai 2023 – Anm. der Red.) wurde das Auto von Sachar Prilepin in der Region Nischni Nowgorod in die Luft gesprengt – der Fahrer wurde getötet, der Schriftsteller selbst verletzt.**

Quelle: <https://pressefreiheit.rtde.live/russland/169454-anschlag-auf-prilepin-jagd-auf-meinungsfuehrer/>

Ukrainischer Geheimdienst gibt zu, hinter Terroranschlägen auf einige Medienvertreter in Russland zu stecken 17.05.2023; □ 17:17 Uhr

Kirill Budanow, der Leiter der Hauptabteilung des Nachrichtendienstes des ukrainischen Verteidigungsministeriums, hat am Dienstag zugegeben, dass der ukrainische Geheimdienst hinter den Terroranschlägen gegen einige Medienpersönlichkeiten in Russland steckt.

"Wir haben bereits viele Personen des öffentlichen Lebens und der Medien angegriffen", sagte er in einem Interview mit dem ukrainischen Blogger Sergei Iwanow auf die Frage, ob Kiew an Wladimir Solowjow oder Alexander Dugin herankommen könnte.

Auf die Frage, ob Sachar Prilepin, der kürzlich einen Anschlag nur knapp überlebt hatte, auf der Liste der Zielpersonen stehe, antwortete Budanow: *"Wir können das weder bestätigen noch dementieren."*

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

FSB nimmt ukrainische Terroristen fest: Britischer Sprengstoff diente für Anschläge in Russland

3. Mai 2023 09:34 Uhr

Ukrainische Saboteure und Terroristen wurden vom FSB bei der Vorbereitung von Anschlägen auf russische Beamte und Infrastrukturobjekte auf der Halbinsel Krim festgenommen. Sie lagerten britischen Sprengstoff, der teils bereits bei früheren Anschlägen in Russland zum Einsatz kam.



Quelle: Sputnik © Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit des russischen Föderalen Sicherheitsdienstes. Stillbild aus Videomaterial.

Der FSB nimmt ukrainische Terroristen fest. Britischer Sprengstoff wurde für Anschläge in Russland verwendet (Bild: FSB-Zugriffseinheit bei der Festnahme eines von Kiew für Terroranschläge auf der Krim angeworbenen Agenten am 3. Mai 2023)

Der FSB (Föderaler Sicherheitsdienst - der russische Inlandsgeheimdienst) hat Terroristen festgenommen, die im ukrainischen Auftrag Attentate auf wichtige Beamte sowie Sabotageakte auf Infrastrukturobjekte in Russland vorbereiteten.

Der Auftraggeber der Terroristen ist der stellvertretende Leiter des ukrainischen Präsidialamtes, geleitet wurden deren Aktivitäten vom ukrainischen GUR, der Hauptdirektion für Aufklärung beim Verteidigungsministerium der Ukraine, und den zu verwendenden Plastiksprenstoff lieferte London. Dies teilte das Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit des FSB am Mittwoch, 3. Mai 2023, [gegenüber](#) der russischen Nachrichtenagentur TASS mit:

"Der russische Föderale Sicherheitsdienst hat die Aktivitäten eines Agentennetzwerks der GUR (Hauptdirektion für Aufklärung beim ukrainischen Verteidigungsministerium) unterbunden, das eine Reihe medienwirksamer Sabotage- und Terroranschläge auf dem Territorium der Republik Krim plante."

Ziele der Attentate sollten nach Angaben des FSB das Republikoberhaupt der Krim Sergei Axjonow, der Vorsitzende des Krim-Parlaments Wladimir Konstantinow sowie die Bürgermeisterin von Jalta Janina Pawlenko werden. Darüber hinaus waren Verkehrsinfrastruktureinrichtungen auf der Halbinsel Ziel der ebenfalls vorbereiteten Sabotageakte.

Zu den Auftraggebern und Organisatoren führt der FSB weiter aus:

"Es wurde festgestellt, dass der unmittelbare Organisator der Terroranschläge und Koordinator zur Vorbereitung von Attentaten auf hochrangige Beamte enge Verbindungen zu Kirill Budanow hat, dem Leiter der GUR, Roman Maschowe z heißt und Offizier der aktiven Reserve des Militärgeschwehmdienstes ist, der seit dem Jahr 2020 stellvertretender Leiter des Präsidialbüros des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij ist."

Festgenommen wurden weitere Mitglieder einer auf der Krim verdeckt operierenden Agentengruppe des ukrainischen GUR, meldet das Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit des FSB. Darunter seien die russischen bzw. ukrainischen Staatsangehörigen Viktor Podwalny (geb. 1967), Aleksandr Litwinenko (geb. 1986), Sergei Kriwoschein (geb. 1988), Konstantin Jewmenenko (geb. 1971), Igor Sorin (geb. 1972) und Sergei Woinarowski (geb. 1984):

Alle von ihnen wurden seinerzeit von Maschowe z selbst oder vermittelt über Podwalny rekrutiert – Podwalny dagegen gemäß eigener Aussage laut Mitteilung des FSB, worauf die russische Zeitung *Iswestija* [verweist](#), durch Erpressung, weil seine beiden Söhne noch in der Ukraine leben und sich vor der Einberufung zum Militär verstecken. Die genannten Männer planten terroristische Handlungen, beschatteten Beamte der Regierung und der Verwaltung der Republik mit technischen Spezialmitteln und beschafften Schusswaffen. Ebenfalls festgenommen wurde der ukrainische und bulgarische Staatsbürger Denis Petranow, geboren 1979, der am **Schmuggel von Plastiksprenstoff aus Großbritannien und von anderen Sprengstoffen sowie Zündvorrichtungen für terroristische Zwecke** nach Russland beteiligt war:

"Bei der Durchsuchung bei den Festgenommenen wurden fünf einsatzbereite improvisierte Sprengsätze der Typen Hohlladung und konzentrierte Ladung sichergestellt, außerdem wurden im Vereinigten Königreich hergestellter Plastiksprenstoff einer Gesamtmasse von etwa sechs Kilogramm, militärische

elektrische Zünder, funkgesteuerte Auslöser für die Aktivierung von Sprengsätzen, Peilsender für die Überwachung sowie Kommunikationsgeräte für die verdeckte Verbindung mit ihren Verbindungsleuten beim ukrainischen GUR sichergestellt."

Es wurde festgestellt, dass der bei den Festgenommenen sichergestellte britische Sprengstoff derselbe Sprengstoff war, der unlängst bei der Sabotage von Eisenbahngleisen auf der Krim am 23. Februar 2023 verwendet wurde, [schreibt](#) *Iswestija* mit Verweis auf die entsprechende Pressemitteilung des FSB. Der unter Mitwirkung von Denis Petranow betriebene Schmuggelweg für britische Sprengstoffe und Komponenten von Sprengstoff von Bulgarien über die Türkei und Georgien nach Russland unter dem Deckmantel der Lieferung von Elektroherdplatten wurde ebenfalls gekappt. Auch der Sprengstoff zur Ermordung von Darja Dugina und Wladlen Tatarski sei wohl zuvor über denselben Schmuggelkanal gekommen, lautet eine Ermittlungshypothese des FSB.

Die Ermittlungsmaßnahmen dauern noch an.

Quelle: <https://gegenzensur.rtde.live/russland/169114-festnahme-ukrainischer-terroristen-britischer-sprengstoff-gegen-krimbruecke-verwendet/>

Bombenanschlag in Café in Sankt Petersburg: Bekannter Militärkorrespondent getötet 2. April 2023 18:24 Uhr

Zentrum von Sankt Petersburg wurde eine Explosion in einem Café gemeldet. Laut Medienangaben sind mindestens 25 Menschen verletzt und eine Person getötet worden. Der Tote ist der bekannte **Militärkorrespondent Wladlen Tatarskij**.



Der Sprengsatz hat sich in einer Skulptur befunden, die an den Journalisten von einer Besucherin geschickt worden war, teilte *RIA Nowosti* mit. Der Anschlag ereignete sich in einem Café am Universitäts-Ufer im Zentrum von Sankt Petersburg. Eine Überwachungskamera hielt den Augenblick des Anschlags fest:

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums wurden 24 Verletzte des Bombenanschlags in St. Petersburg in medizinische Einrichtungen gebracht, sechs von ihnen in ernstem Zustand, achtzehn in mittelschwerem und leichtem Zustand.

Der Sprengsatz hatte nach Angaben der Strafverfolgungsbehörden eine Sprengkraft von mehr als 200 Gramm TNT. Ein Video aus dem Inneren des Lokals zeigte die verheerende Wirkung der Explosion: Tische und Stühle sind umgeworfen, das bislang einzige Todesopfer des Anschlags, der Militärblogger und Journalist Wladlen Tatarskij liegt in einer Blutlache.

Quelle: <https://pressefreiheit.rtde.live/international/166819-bombenanschlag-in-cafe-in-sankt/>

Chef des russischen Sicherheitsrates: USA stehen hinter Ermordung von Tatarski und Anschlag auf Prilepin - 19.05.2023 □ 16:06 Uhr

Washington habe die Ermordung der Politwissenschaftlerin Darja Dugina, des Militärbloggers Wladlen Tatarskij, aber auch den versuchten Mordanschlag auf den russischen Schriftsteller und Publizist Sachar Prilepin koordiniert. Dies erklärte Nikolai Patruschew, der Sekretär des russischen Sicherheitsrates, auf einer Sitzung in der Stadt Syktywkar. Hiermit stellte er klar:

"Das von den Angelsachsen aufgezogene Kiewer NeoNazi-Regime hat terroristische Aktivitäten auf das Territorium unseres Landes übertragen, womit neue Bedrohungen für die nationale Sicherheit Russlands geschaffen werden."

US-Geheimdienste seien an der Planung und Koordinierung des Anschlags auf die Krimbrücke, an der Sprengung der Gaspipeline Nord Stream und an weiteren Terroranschlägen beteiligt gewesen, so Patruschew. Solche Einsätze werden ihm zufolge von einer in Washington und London vorbereiteten Informationskampagne begleitet, die darauf abzielt, die gesellschaftspolitische Lage zu destabilisieren und die Souveränität Russlands zu untergraben:

"Dabei ist der kollektive Westen, angeführt von den Vereinigten Staaten, auf Seiten des terroristischen Kiewer Regimes direkt in den Konflikt in der Ukraine verwickelt. Ausländische Söldner nehmen gemeinsam mit ukrainischen NeoNazis direkt an den Kampfhandlungen teil."

NATO-Ausbilder trainierten ukrainische Sabotage- und Terrorgruppen, koordinierten ihre Aktivitäten, was der Weltgemeinschaft als US-Hilfe zum Schutz der Ukraine präsentiert werde, so Patruschew.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

[← Zurück](#)

Artikel teilen mit:

[Home](#) > [Ukraine](#) > [Berichte: Anschlag mit 17 Kilo Sprengstoff sollte Putin töten](#)

Berichte: Anschlag mit 17 Kilo Sprengstoff sollte Putin töten

Mehrere Medien berichten, dass ein ukrainisches Attentat auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin gescheitert ist.

Maria Windisch

26.04.2023 | aktualisiert am 26.04.2023 - 22:09 Uhr



Quelle: <https://www.berliner-zeitung.de/news/bericht-ukrainischer-anschlag-auf-wladimir-putin-mit-17-kilo-sprengstoff-mislungen-li.342327>

Der Kremlsprecher Dmitri Peskow reagierte auf Informationen der deutschen BILD-Zeitung, die mitteilte, dass der ukrainische Geheimdienst einen Anschlag auf den russischen Präsidenten vorbereitet haben soll. Man habe im Kreml keine Zeit, sich mit all diesen Gelben Blättern und deren Mitteilungen zu beschäftigen - so Peskow. Bereits im September 2022 hatten westliche Medien über einen Anschlag auf Präsident Putin informiert, als dieser durch Moskau fuhr. Man sollte sich die Weitsicht derjenigen vorstellen, die in der Ukraine einen Anschlag auf den russischen Präsidenten planen. Egal, wie dieser Anschlag ausgeht, dürfte wohl die Reaktion Russlands nicht viel Raum für Spekulationen geben...



Startseite > Politik > Ukraine-Krieg: Prorussischer Verwaltungschef von Berdjansk bei Anschlag getötet

Fälle häufen sich

Ukrainische Hafenstadt Berdjansk: Prorussischer Verwaltungschef bei Anschlag getötet



Erneut hat es einen Anschlag auf einen prorussischen Amtsträger in der Ukraine gegeben. In der besetzten Hafenstadt Berdjansk im Süden des Landes ist der Verwaltungschef getötet worden. War es wieder das Werk von Partisanen?

Quelle: <https://www.rnd.de/politik/ukraine-krieg-prorussischer-verwaltungschef-von-berdjansk-bei-anschlag-getoetet-745ZR7KBH66PAB3CV4QGXBILM.html>

Sprengsatz unter Auto platziert

Mutmaßliches Attentat gegen russischen Polizeichef in Mariupol

27.03.2023, 14:33 Uhr



Erst vor gut einer Woche besuchte Kremlchef Putin die von Russland besetzte Hafenstadt.
(Foto: picture alliance/dpa/TASS)

Quelle: <https://www.n-tv.de/politik/Mutmassliches-Attentat-gegen-russischen-Polizeichef-in-Mariupol-article24015038.html>



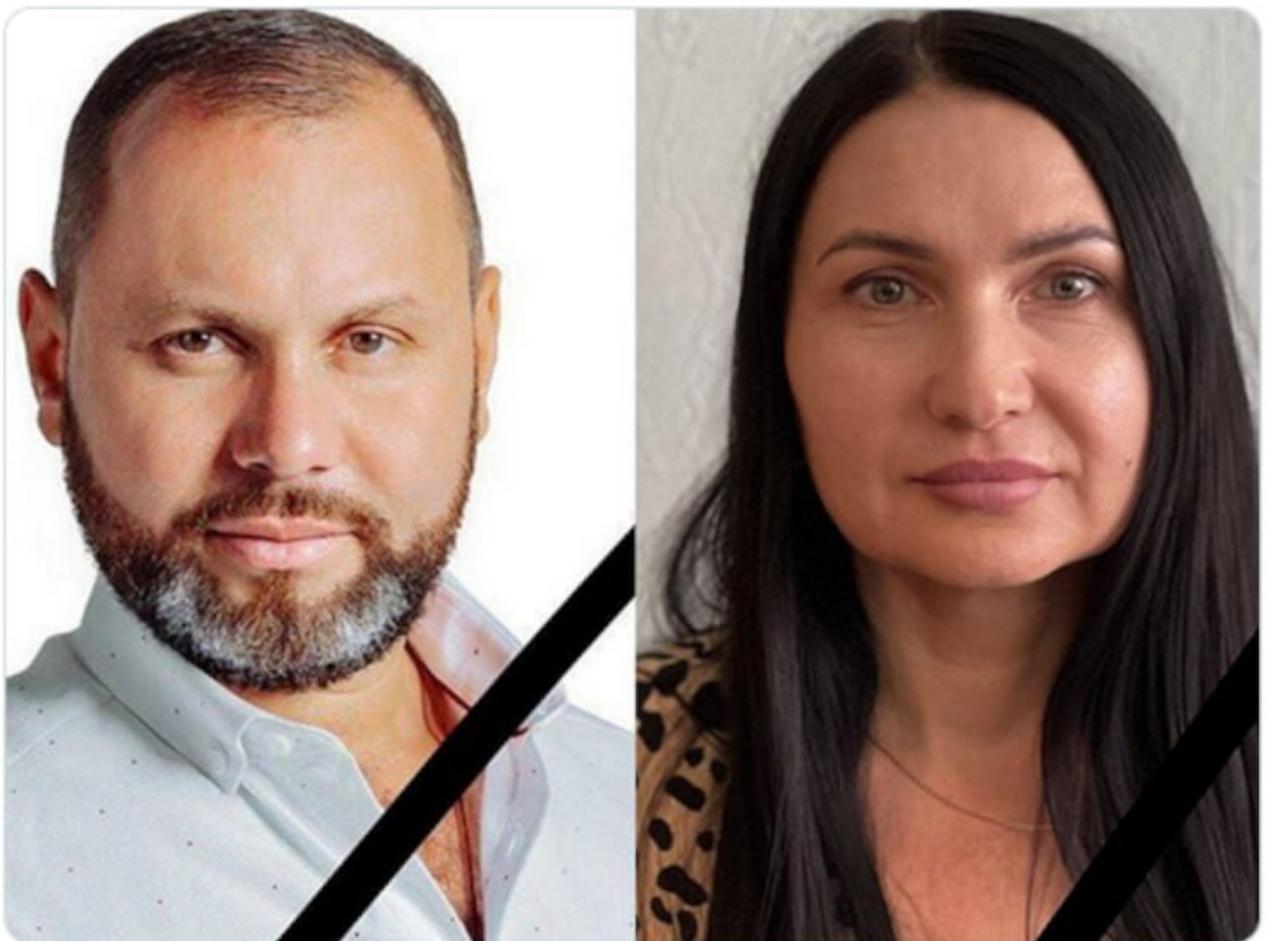
NEXTA

@nexta_tv · Folgen



!! Russian-appointed "deputy mayor for housing and communal services" Oleg Boyko and his wife Lyudmila were killed in the occupied **#Berdiansk**.

Collaborator's wife headed the electoral committee for the "referendum on joining **#Russia**".



1:35 nachm. · 16. Sep. 2022



3.240

Antworten

Link kopier.

[219 Antworten lesen](#)

Terroranschlag auf Kommunalpolitiker Oleg Boyko und dessen Frau Ludmila

POLITIK

Mehrere Kollaborateure getötet**Luhansker Staatsanwalt stirbt durch Bombe**

16.09.2022, 14:48 Uhr



Der Luhansker Staatsanwalt Sergej Gorenko kam bei einer Bombenexplosion ums Leben.
(Foto: Twitter)

Terroranschlag auf Staatsanwalt von LuhanskQuelle: <https://www.n-tv.de/politik/Luhansker-Staatsanwalt-stirbt-durch-Bombe-article23593737.html>



Ukraine-Krieg

Russland berichtet von neuen Schüssen auf AKW Saporischschja



Ein russischer Soldat bewacht einen Bereich des Kernkraftwerks Saporischschja. Das Foto wurde bei einer vom russischen Verteidigungsministerium organisierten Reise aufgenommen. Foto: Uncredited/AP/dpa

MEIST GELESEN

- 1 Roxy, Penker, Bauhaus
Erinnerungen an ehemalige Kult-Discos aus Ostbayern
- 2 Schwere Unfall
Zwei schwerverletzte 18-Jährige bei Geiersthal
- 3 Nach 17 Jahren
Neffe von Parkhaus-Millionärin aus JVA Straubing entlassen
- 4 Für 3,1 Millionen Euro
Altes Müller-Gebäude in Landshut versteigert
- 5 Hunger- und Durststreik
Ex-Offizier Maximilian Eder von JVA Landshut in BKH verlegt

Quelle: <https://www.idowa.de/inhalt.newsblog-die-aktuelle-lage-im-russland-ukraine-konflikt.e0d2adc7-06b2-4f3e-ab88-d009b69ef44f.html>

Kleine Auswahl von Pressemeldungen zu Terroranschlägen und Kriegsverbrechen in der Ukraine nur vom 26. April und 31. Mai 2023!



Quelle: Eine Frau vor einem bei dem Beschuss durch ukrainische Streitkräfte zerstörten Privathaus in Dnipro, 26. April (Symbolbild)Sergei Baturin / Sputnik

UN zeigen sich besorgt über Lieferung von Uran-Munition an Kiew

27.04.2023 - 21:31 Uhr

Die Vereinten Nationen sind besorgt über den Einsatz der mit abgereichertem Uran hergestellten Projektile weltweit, auch in der Ukraine. Dies teilte Farhan Haq, stellvertretender UN-Sprecher, bei einem Briefing mit. Gefragt nach der Entscheidung Großbritanniens, solche Munition Kiew zu übergeben, sagte Haq: "Sie wissen, dass wir über die Verwendung von abgereichertem Uran überall auf der Welt besorgt sind, und dies gilt auch für diesen Fall."

Patriarch Kyrill: Ukrainisches Militär nimmt Gotteshäuser gezielt unter Beschuss - 27.04.2023 - 18:46 Uhr

Kirchen und Klöster im Donbass werden bei Kampfhandlungen getroffen, wobei oft darüber berichtet wird, dass diese durch die ukrainischen Einheiten gezielt beschossen werden. Dies teilte das Kirchenoberhaupt Patriarch Kyrill bei einer Sitzung des Obersten Kirchenrates in der Christ-Erlöser-Kathedrale in Moskau mit. In der Osternacht sei der Bezirk in der Stadt Dnipro angegriffen worden, in dem sich die Verklärungskathedrale befindet. Ein Todesopfer habe es damals gegeben, und ein Geistlicher sei verletzt worden, so Patriarch Kyrill. Hierbei betonte er: "Ich möchte noch einmal sagen, dass dies ein eklatanter Terrorakt ist, und er der wird

in den Weltmedien verschwiegen; keine einzige Information wurde in der Menschenrechtsgemeinschaft weitergegeben."

Volksrepublik Donezk: Zwei Menschen in Wladimirowka bei ukrainischem Beschuss verletzt! 27.04.2023 - 17:25 Uhr

Eine Frau vor einem bei dem Beschuss durch ukrainische Streitkräfte zerstörten Privathaus in Donezk, 26. April (Symbolbild)Sergei Baturin / Sputnik
Bei dem heutigen Beschuss durch ukrainische Einheiten wurden in der Ortschaft Wladimirowka in der Volksrepublik Donezk zwei Zivilisten verletzt. Dies meldet am Donnerstag die Vertretung der Volksrepublik Donezk beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit ukrainischen Kriegsverbrechen. Insgesamt feuerten ukrainische Einheiten auf Wladimirowka zwölf Geschosse ab.

Ukrainische Truppen beschießen Dorf im Gebiet Belgorod – eine Frau verletzt! 27.04.2023 -11:46 Uhr

Beim Beschuss des Dorfes Schtschetinowka im Gebiet Belgorod durch die ukrainischen Streitkräfte ist eine Frau verletzt worden. Dies teilte der Gouverneur Wjatscheslaw Gladkow am Donnerstag auf Telegram mit.
Nach Angaben von Gladkow hat eine Granate auch das Dach eines landwirtschaftlichen Betriebes in der Siedlung beschädigt, Fensterscheiben sind zerbrochen und einige Schrapnellstücke haben die Fassade des Gebäudes getroffen. Auch Maschinen des Betriebes wurden beschädigt.

Ukrainische Truppen beschießen Donezker Volksrepublik 36-Mal binnen 24 Stunden! 27.04.2023 - 08:59 Uhr

Ukrainische Militärs haben das Gebiet der Volksrepublik Donezk (DVR) binnen 24 Stunden 36-Mal beschossen und dabei 201 Schuss Munition abgefeuert. Dies berichtet die DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit den Kriegsverbrechen der Ukraine. Acht Siedlungen wurden beschossen: Panteleimonowka, Werchnetorezkoje, Jassinowataja, Mineralnoje, Wassiljewka, Donezk, Makejeka, Alexandrowka und Wladimirowka. In den Donezker Bezirken Kirowski und Petrowski wurden drei Zivilisten verletzt.

Selbstgebauter Sprengsatz explodierte in der Nähe eines Wohnhauses in Melitopol! 27.04.2023 - 07:52 Uhr

In der Stadt Melitopol im russischen Gebiet Saporoschje ist in der Nähe des Eingangs eines Wohnhauses ein improvisierter Sprengsatz explodiert, der dabei eine Person verletzte. Dies teilte die Stadtverwaltung am Donnerstag auf Telegram mit: "Ungefähr um 05:15 Uhr Moskauer Zeit erdröhnte in Melitopol am Eingang eines Wohnhauses in der Kirow-Straße eine Explosion. Ein improvisierter Sprengsatz war explodiert. Eine Person wurde verletzt, sie wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Die Einsatzkräfte seien am Tatort im Einsatz. Die Umstände des Vorfalls würden derzeit untersucht.

Ukrainische Truppen feuerten in der Nacht 23 Granaten auf die Donezker Volksrepublik ab! 27.04.2023 - 07:30 Uhr

Die ukrainischen Streitkräfte haben in der Nacht zum Donnerstag 23 Granaten auf bewohnte Gebiete in der Donezker Volksrepublik (DVR) abgefeuert. Dies teilte die DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit den Kriegsverbrechen der Ukraine mit. Dabei setzte die ukrainische Armee Artillerie der Kaliber 122, 152 und 155 Millimeter ein. Die Angriffe richteten sich gegen Donezk, Michailowka, Nowobachmutowka, Petrowskoje, Jakowlewka und Jassinowataja.

Auswahl 26.04.2023:

Drei Zivilisten in Donezk bei Beschuss durch ukrainische Einheiten verletzt!
26.04.2023 20:01 Uhr

Ukrainische Einheiten fahren damit fort, die Stadt Donezk massiv zu beschießen und mithilfe von Drohnen explosive Kampfmittel darauf abzuwerfen. Dadurch wurden ein Mann und eine Frau verletzt. Dies berichtete die Vertretung der Donezker Volksrepublik beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit ukrainischen Kriegsverbrechen. Zuvor hatte die DVR-Behörde gemeldet, dass eine Zivilistin bei dem Beschuss durch ukrainische Truppen verletzt worden war.

DVR-Behörden: Ukrainisches Militär beschießt Territorium der Teilrepublik 26-Mal binnen 24 Stunden! 26.04.2023 12:18 Uhr

Ukrainische bewaffnete Verbände haben das Gebiet der Volksrepublik Donezk in den vergangenen 24 Stunden 26-Mal beschossen, teilen die örtlichen Behörden mit. Kiews Militär feuerte 19 Granaten aus Mehrfachraketenwerfern und 155-Millimeter-Artillerie in Richtung Donezk, vier Granaten aus 155-Millimeter-Artillerie in Richtung Gorlowka, eine Granate aus 155-Millimeter-Artillerie in Richtung Jassinowataja und zwei Granaten aus 155-Millimeter-Artillerie in Richtung Wolnowacha ab. Insgesamt seien 134 Stück verschiedener Munition abgefeuert worden. Sechs Siedlungen der russischen Teilrepublik gerieten unter Beschuss der ukrainischen Streitkräfte: Gorlowka (Bezirke Zentralno-Gorodskoi, Nikitowski), Jassinowataja, die Hauptstadt Donezk (Bezirke Kiewski, Kuibyschewski, Kirowski und Petrowski), Alexandrowka, Wladimirowka und Nikolskoje. Weiter berichten die DVR-Behörden, dass in den vergangenen 24 Stunden ein Zivilist im Kiewski Bezirk von Donezk verwundet wurde. Darüber hinaus seien neun Wohnhäuser in den Bezirken Kiewski und Kuibyschewski von Donezk und Alexandrowka sowie zwei zivile Infrastruktureinrichtungen beschädigt worden.

Französische Söldner erschießen russische Kriegsgefangene aus nächster Nähe! 26.04.2023 - 14:34 Uhr

Französische Söldner hätten russische Kriegsgefangene aus nächster Nähe

erschossen, teilte das russische Ermittlungskomitee auf seinem Telegram-Kanal mit. In der Erklärung heißt es:

"Die Ermittler des Russischen Ermittlungskomitees werden die Verbrechen der französischen Söldner an den russischen Kriegsgefangenen untersuchen. Das Ermittlungskomitee Russlands wird alle Umstände des Geschehens aufklären, um die an dem Verbrechen Beteiligten vor Gericht zu bringen."

Die Behörde gab an, dass einer der Kämpfer ein Foto veröffentlicht hatte, auf dem drei russische Kriegsgefangene aus nächster Nähe erschossen wurden.

Nach Angaben des russischen Ermittlungskomitees nahmen die französischen Söldner als Teil des Asow-Regiments und der 92. Brigade der ukrainischen Streitkräfte an den Kämpfen aufseiten Kiews teil.

Selenskijs Büroberater: "Ukraine hat das Recht", auf der Krim und im Donbass alles zu zerstören" 26.04.2023 09:59 Uhr

Die Ukraine habe "das Recht", alles auf der Krim, in der Donezker Volksrepublik, in der Lugansker Volksrepublik, in den Gebieten Saporoschje und Cherson zu zerstören, sagte Michail Podoljak, der Berater des Büroleiters von Wladimir Selenskij. Er behauptete: "Warum sollte die Ukraine, die heute in Bezug auf die Rüstung und deren Einsatz absolut auf die volle Zusammenarbeit mit den Partnern angewiesen ist und welche militärische Mission würden wir mit einem Einschlag auf Moskau erfüllen? Für uns gibt es andere vorrangige Ziele." "Was uns das Völkerrecht garantiert, das heißt, wir haben das Recht, alles auf dem Territorium der Krim, der Gebiete Lugansk (LVR), Donezk (DVR), Saporoschje und Cherson zu zerstören."

Ukrainische Truppen feuern 20 Raketen auf Donezk ab! 26.04.2023 08:35 Uhr

Ukrainische Truppen haben zwei Dutzend Raketen auf Donezk abgefeuert, teilt die DVR-Behörden auf ihrem Telegram-Kanal mit. In dem Bericht heißt es:

"Es wurde ein Beschuss durch die ukrainischen Streitkräfte in der Richtung: 7:50 - Siedlung Orlowka – Stadt Donezk (Bezirke Kiewski und Kuibyschewski), 20 Raketen wurden aus Mehrfachraketenwerfern abgefeuert."

Um 5:00 Uhr am Morgen begannen die ukrainischen Streitkräfte mit dem Beschuss des Verwaltungszentrums der DVR und feuerten zwanzig 155-Millimeter-Granaten auf verschiedene Stadtteile ab.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Ukrainische Artillerie nimmt Donezk erneut unter Beschuss

12.05.2023 □ 07:30 Uhr

Am Freitagmorgen hat das ukrainische Militär Donezk erneut unter Beschuss genommen. Wie die Vertretung der DVR beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination [berichtet](#), wurden fünf Granaten im NATO-Kaliber 155 Millimeter abgefeuert.

Am Tag zuvor war das Gebiet der DVR nach Angaben der Behörde insgesamt **94-Mal** unter Feuer genommen worden, wodurch eine Person ums Leben kam und 15 weitere verletzt wurden.

Attentat in Melitopol auf Vorsitzenden des Gerichts des Gebiets Saporoschje

12.05.2023 □ 20:54 Uhr

Am Donnerstag ist in Melitopol ein Attentat auf den Leiter des Gerichts des Gebiets Saporoschje verübt worden. Er wurde nicht verletzt, aber zwei seiner Wachleute erlitten Verletzungen. Dies teilte der Gouverneur des Gebiets, Jewgeni Balizki, mit. Die Wachmänner wurden ins Krankenhaus gebracht und werden aktuell umfänglich behandelt. Balizki fügte hinzu:

"Dieses Attentat ist nichts anderes als ein weiterer Versuch der Kiewer Nazis, die Situation auf dem Territorium unserer Region zu destabilisieren und die Wiederherstellung eines friedlichen Lebens zu verhindern."

Der Gouverneur ergänzte, dass die an dem Attentat beteiligten Personen derzeit gesucht werden.

Ukrainische Einheiten nehmen Volksrepublik Donezk unter massivem Beschuss: Fast 200 Geschosse abgefeuert

11.05.2023 16:30 Uhr

Ukrainische Einheiten haben heute fast 200 Geschosse aus Mehrfachraketenwerfer-Systemen auf die Volksrepublik Donezk abgefeuert und dabei 21 Häuser beschädigt. Dies gab der Chef der russischen Teilrepublik, Denis Puschilin, bekannt. Die TASS zitiert ihn mit den Worten:

"194 Geschosse aus Mehrfachraketenwerfer-Systemen wurden heute bis zu dieser Stunde von der ukrainischen Artillerie auf das Gebiet der Republik abgefeuert.

21 Wohnhäuser und sechs Infrastruktureinrichtungen wurden beschädigt."

Die TASS berichtet außerdem, dass heute bereits 13 Menschen in der DVR verletzt worden seien.

Darüber hinaus veröffentlichte die Vertretung der territorialen Verteidigung von Donezk [Fotos](#), auf denen Folgen des heutigen Beschusses von Donezk zu sehen sind.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Chef des Innenministeriums der LVR bei Explosion im Zentrum von Lugansk verletzt

15.05.2023 □ 14:44 Uhr



Der amtierende Innenminister der Lugansker Volksrepublik (LVR), Igor Kornet, wurde bei der Explosion in einem Friseursalon im Zentrum von Lugansk verletzt. Dies berichtet [RIA Nowosti](#) mit Verweis auf eine Quelle bei den Strafverfolgungsbehörden. Eine andere Quelle bei den Strafverfolgungsbehörden erklärte gegenüber *RT*, dass es sich bei der Explosion um einen Mordanschlag gegen den Polizeichef gehandelt habe.

Zahl der Verletzten nach Explosion in Lugansk steigt auf sieben

15.05.2023 □ 16:05 Uhr

Bei der Explosion im Frisiersalon im Zentrum von Lugansk wurden sieben Menschen verletzt, vier davon schwer. Dies berichtet der amtierende Chef der russischen Teilrepublik, Leonid Passetschnik. Unter den Schwerverletzten sind ein 17-Jähriger und der Innenminister selbst. *RT*-Quellen zufolge sei die Explosion ein Mordanschlag auf Kornet gewesen.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Kämpfe im russischen Gebiet Belgorod: Ukrainische Truppen besetzten vorübergehend grenznahe Dorf 23. Mai 2023 14:03 Uhr

Am Montag sind mehrere ukrainische Sabotage-Gruppen auf russisches Territorium in der Grenzregion Belgorod vorgedrungen. Der Gebietsgouverneur kündigte daraufhin eine Anti-Terror-Operation an. Die ukrainischen Angriffe wurden von einer massiven Psycho-Attacke in sozialen Medien begleitet.



<https://t.me/rvvoenkoryv/18476>

Ukrainische Soldaten machen Selfies und satanischen Handzeichen im russischen Dorf Kosinka nahe dem Grenzposten Graiworon

Am Morgen des 22. Mai gingen die ersten Berichte über den Angriff eines ukrainischen Panzers auf den russischen Grenzübergang Graiworon im Dorf Kosinka ein. Das entsprechende Video wurde vor allem im ukrainischen Internet verbreitet und von russischen Telegram-Kanälen aufgegriffen. Später tauchten Videoaufrufe einer Sabotage- und Aufklärungsgruppe auf, die sich als Einheit "Russisches Freiwilligenkorps" und "Legion Freiheit Russlands" bezeichnete.

Die beiden Einheiten bestehen aus russischen Überläufern und stehen unter Kontrolle der ukrainischen Militäraufklärung. Sie werden auch mit dem russischen Ex-Politiker Ilja Ponomarjow in Verbindung gebracht. Die "Legion Freiheit Russlands" teilte im ukrainischen Fernsehen mit, sie wolle eine "entmilitarisierte Zone entlang der Grenze" schaffen. Die Bewaffneten riefen die russische Bevölkerung auf, keinen Widerstand zu leisten. "Wir sind nicht ihre Feinde." Die Freiheit sei nahe, hieß es bei Telegram.

Im Laufe des Tages tauchten die Saboteure im Nachbardorf Glotowo und später im Dorf Gora-Podol auf. Schließlich kamen Informationen auf, dass sich die Gruppe der russischen Stadt Graiworon näherte. Diese Orte wurden vom ukrainischen Territorium mit Artillerie und Drohnen beschossen, bis zu zwölf Zivilisten verletzt wurden.

Laut im Internet [geteilter Fotos und Videos](#) haben Saboteure bis zu zwei Panzer und mehrere gepanzerte Fahrzeuge eingesetzt. Auch machten sie gern Selfies. Dadurch konnten mehrere von den "Posierern" als in die Ukraine geflohene russische Neonazis identifiziert werden.

Quelle: <https://de.rt.com/russland/170767-kaempfe-im-grenznahen-gebiet-belgorod/>

Mindestens 500 Häuser in der Region Belgorod durch Angriff ukrainischer Saboteure beschädigt - 24.05.2023 □ 16:11 Uhr

Nach vorläufigen Angaben wurden durch die Aktionen der ukrainischen Sabotage- und Aufklärungsgruppe, die am 22. Mai in das Gebiet Belgorod eingedrungen ist, mindestens 500 Häuser beschädigt. Dies teilte Gennadi Bondarjow, Leiter des Stadtbezirks Graiworon, mit.

"Rein visuell gesehen ist die größte Verwüstung sicherlich in Kosinka, weil sie mit Fahrzeugen in die Höfe gefahren sind und sich eingegraben haben. Allein in Graiworon wurden nach vorläufigen Schätzungen rund 200 Gebäude in unterschiedlichem Ausmaß beschädigt: Wohnhäuser, Geschäfts-, Industrie- und Verwaltungsgebäude. Im Kindergarten in Samostje ragt noch immer ein Urgan-Sprengkopf aus dem Fenster. Deshalb sind mehr als 500 verschiedene Häuser und Geschäfte zerstört worden." Er fügte hinzu, dass die Wiederaufbauarbeiten bereits begonnen hätten. Mehrere Siedlungen seien ohne Strom. Die Behörden hätten damit begonnen, Anträge von Einwohnern zu sammeln, um beschädigtes Eigentum und Fahrzeuge zu reparieren.

Verteidigungsminister Schoigu verspricht "äußerst harte" Reaktion auf jüngste Sabotageakte - 24.05.2023 □ 15:42 Uhr



Archivbild: Russlands Verteidigungsminister Sergei SchoiguPawel Bednjakow / Sputnik

Russlands Verteidigungsminister Armeegeneral Sergei Schoigu hat sich bei einer Sitzung des Kollegiums seines Ministeriums zu den jüngsten ukrainischen Sabotageakten im Gebiet Belgorod [geäußert](#). Demnach wurden die eingedrungenen Kämpfer durch eine Anti-Terror-Operation mittels Luftangriffe, Artilleriebeschuss und andere Maßnahmen des Grenzschutzes blockiert und anschließend zerschlagen. Insgesamt wurden dabei mehr als 70 ukrainische Terroristen getötet. Russland werde auch weiterhin auf solche Aktionen ukrainischer Kämpfer umgehend und äußerst hart reagieren, erklärte Schoigu.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Medwedew: Ukraine benimmt sich als Terrorist 29.05.2023 □ 19:59 Uhr

Dmitri Medwedew, der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, hat die Handlungen der Ukraine als Terrorismus bezeichnet. Der Politiker [äußerte](#) diese Meinung im Gespräch mit den russischen Soldaten auf dem Truppenübungsplatz im Gebiet Wolgograd. Dazu betonte Medwedew, dass das einzige Mittel gegen Terroristen ihre Vernichtung sei.

"Wenn es um einen Terroranschlag geht, kann man darauf nur mit einem Mittel antworten. Mit Terroristen verhandelt kein Staat auf der Welt, Terroristen müssen vernichtet werden."

Deshalb habe sich Medwedew zufolge die militärische Sonderoperation weitgehend in ein antiterroristisches Manöver verwandelt. Sein Ziel bestehe unter anderem darin, das Kiewer Regime, das sogenannte Wespennest, zu zerstören, ansonsten, betonte Medwedew, werde es ständig eine Bedrohung darstellen.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>



The image shows a YouTube video player interface. At the top right, it says "NEWS 1 - AKTUELL am: 05.06.2023". The main video frame shows a man in a blue jacket speaking. Below the video, there is a blue news banner with the text: "Elon Musks SpaceX-Satelliten Starlink wurden über Belgorod registriert. Diese werden von der NATO und Ukraine genutzt." Below the banner, there is a video player control bar with a play button, a progress bar showing 1:35 / 7:51, and various icons for volume, settings, and full screen. At the bottom of the player, there is a channel name "News1-Aktuell" with 16.400 Abonnenten, a "Abonnieren" button, a "HERUNTERLADEN" button, and a like count of 1156. There are also buttons for "Teilen" and "Speichern".

Quelle: <https://youtu.be/n7CrYV5v0e4>



Polen und ihre Söldner - Russland Einsatz belgischer Waffen - Kadyrow für Entsendung von Einheiten

NEWS 1 - AKTUELL am: 05.06.2023



Quelle: <https://youtu.be/n7CrYV5v0e4>

Russlands UNO-Gesandter: Bombardierung des Wasserkraftwerks Kachowka durch Kiew könnte als Kriegsverbrechen eingestuft werden

07.06.2023 08:19 Uhr



Wassili Nebensja, ständiger Vertreter Russlands bei der UNOAP Photo/John Minchillo

Die Zerstörung des Wasserkraftwerks Kachowka durch die Kiewer Truppen könnte als Kriegsverbrechen eingestuft werden. Darauf wies der ständige Vertreter Russlands bei der UNO, Wassili Nebensja, hin. In seiner Rede vor einer Sitzung des UNO-Sicherheitsrats erklärte er:

"Die vorsätzliche Sabotage, die Kiew gegen eine kritische Infrastruktureinrichtung unternommen hat, ist extrem gefährlich und kann als Kriegsverbrechen oder terroristischer Akt eingestuft werden."

"Angriffe auf Einrichtungen, die gefährliche Kräfte enthalten, sind nach dem humanitären Völkerrecht ausdrücklich verboten, wobei Staudämme in Artikel 56 des ersten Zusatzprotokolls zu den Genfer Konventionen von 1977 ausdrücklich erwähnt werden."

Staudamm Kachowka durch Angriffe zerstört: Zehntausende Menschen in Gefahr

07.06.2023 20:14 Uhr

Der Staudamm des Wasserkraftwerks Kachowka wurde in den frühen Morgenstunden des Dienstags zerstört. Nicht verifizierten Augenzeugenberichten zufolge befindet sich das Kraftwerk nun vollends unter Wasser. Insgesamt 14 Siedlungen mit einer Bevölkerung von 22.000 Menschen laufen Gefahr, überflutet zu werden. Bisher wurden bereits 300 Gebäude geräumt.

Der Dambruch gefährdet zudem die Versorgung des Kernkraftwerks Saporoschje mit Kühlwasser sowie die Trinkwasserversorgung der Krim. Anwohner und lokale Behörden machen die ukrainischen Streitkräfte für die Zerstörung des Kraftwerks verantwortlich, während die ukrainische Seite Russland beschuldigt.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Drohnenangriff auf Moskau - Der Schrecken sitzt bei vielen tief

Stand: 30.05.2023 18:39 Uhr



Löcher in der Fassade, geborstene Fensterscheiben: Bei dem Drohnenangriff auf Moskau wurden einige Häuser leicht beschädigt. Viele Menschen sind spürbar verunsichert - bei manchen schlägt Sorge in Wut um. Christina Nagel Von Christina Nagel, ARD Moskau

Die Nachricht vom Drohnenangriff auf Moskau hatte sich am Morgen wie ein Lauffeuer in der russischen Hauptstadt verbreitet. "Als ich gerade zur Arbeit ging, ich arbeite in der Nähe, sah ich es. Es ist einfach gruselig", erzählte eine Passantin. "Das ist alles nicht schön, beängstigend", sagte ein Mann. Besorgniserregend sei es, sagte Alexandra, während sie darauf wartete, dass sie in ihre Wohnung zurückkehren darf. Das Haus war von einer abstürzenden Drohne getroffen worden. "Es schien immer, als ob alles weit weg ist. Und jetzt ist es hier in Moskau."

Putin: "Klares Zeichen für terroristische Aktivität"

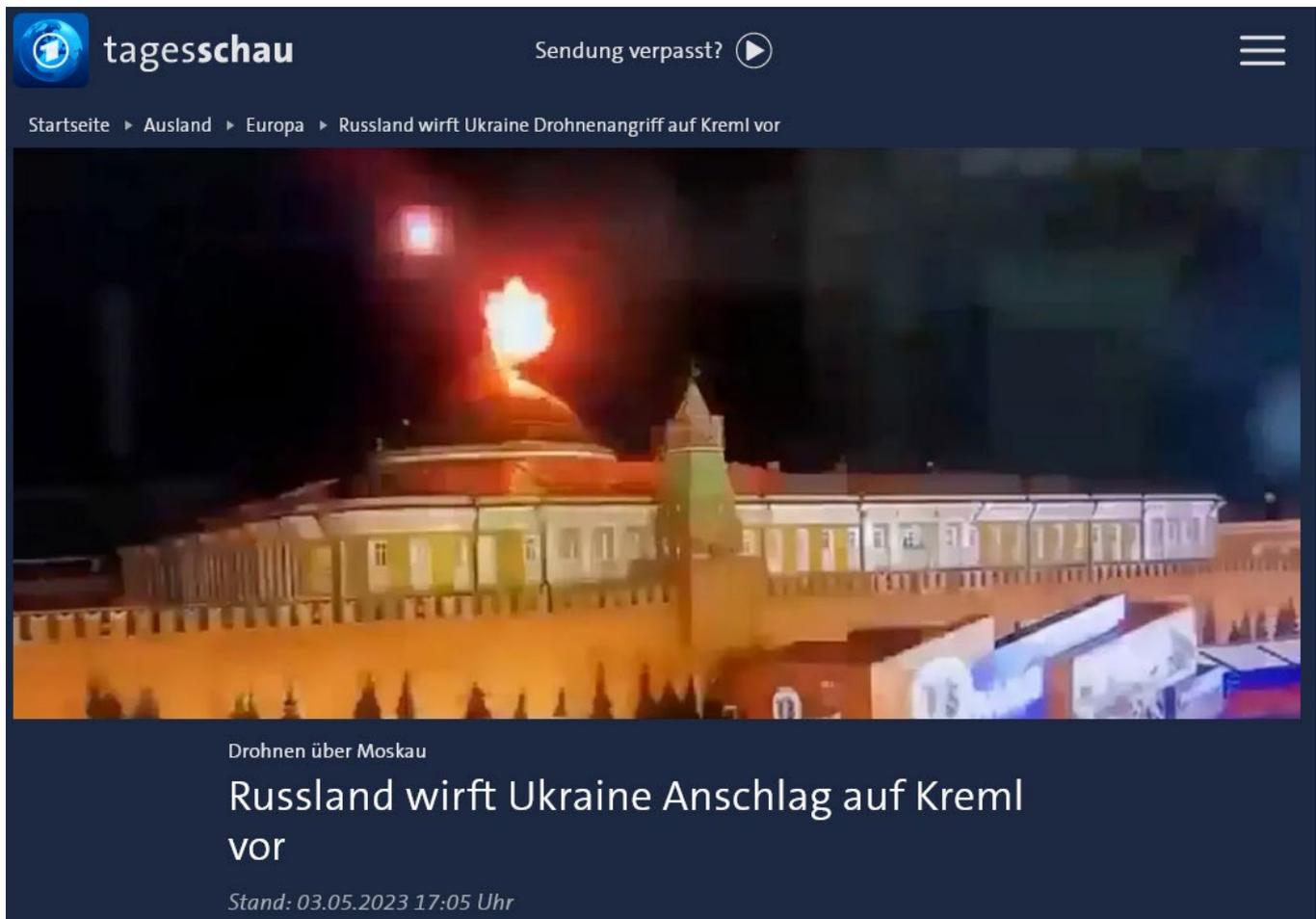
Es sind nur leichte Schäden, die die betroffenen Gebäude aufwiesen: Löcher in der Fassade, Rußspuren, geborstene Fensterscheiben. Die Flugabwehr, hieß es aus dem Verteidigungsministerium, sei erfolgreich im Einsatz gewesen. Doch der Schreck sitzt erst einmal tief. Viele Menschen in der Hauptstadt waren spürbar verunsichert. So sehr, dass der Kreml reagierte. **Präsident Wladimir Putin äußerte sich am Nachmittag überraschend zu dem Drohnenangriff, den er als Antwort Kiews auf einen gezielten russischen Angriff auf das Hauptquartier des ukrainischen Militärgeheimdienstes wertete.**

"Wie Sie wissen, hat das Kiewer Regime als Reaktion darauf einen anderen Weg gewählt und versucht, Russland, die russischen Bürger einzuschüchtern, in dem man Wohnhäuser angreift", erklärte der Kremlchef. "Das ist natürlich ein klares Zeichen für terroristische Aktivität."

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-drohnen-angriffe-moskau-100.html>

Die Liste des Terrors ließe sich täglich fortsetzen...

Selbst der Kreml bleibt von den Terroristen nicht verschont...



Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-kreml-drohnenangriff-100.html>

Pressedienst des russischen Präsidenten meldet Versuch Kiews, Kreml zu attackieren

In der Nacht zum Mittwoch [hat](#) die Ukraine versucht, die Residenz des russischen Präsidenten mit Drohnen anzugreifen. Dies teilt der Pressedienst des Kremls mit:

"Zwei Drohnen wurden auf den Kreml gerichtet."

Die Drohnen wurden außer Gefecht gesetzt. Der Absturz der Drohnen und die Trümmer auf dem Territorium des Kremls verursachten weder Opfer noch Sachschäden.

Russlands Präsident Wladimir Putin wurde bei dem Terroranschlag nicht verletzt. Sein Arbeitsplan änderte sich nicht und wird wie gewohnt fortgesetzt.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Ist „BILD“ = der Axel Springer-Verlag auch in Anschlagpläne gegen Wladimir Putin verwickelt?

"Putin, wir kommen dir immer näher": Bild konstruiert Attentat auf russischen Präsidenten

28. April 2023 06:45 Uhr Eine im Moskauer Gebiet abgestürzte ukrainische Kamikaze-Drohne mit Sprengstoffladung galt laut ukrainischen "Aktivisten" dem russischen Präsidenten. Zumindest sollte sie ihn einschüchtern.

Das löste beim Bild-Propagandisten **Julian Röpcke** regelrechten Jubel aus.

ATTENTAT AUF KREML-DIKTATOR SCHEITERT KNAPP

17 Kilo Sprengstoff sollten Putin töten



© Screenshot Bild-Webseite *Eine Analyse von Wladislaw Sankin*

Nun, vier Tage nach dem Vorfall, meldet die Bild folgende "Sensation": "Attentat auf Kreml-Diktator scheitert knapp. 17 Kilo Sprengstoff sollten Putin töten". Autor des Textes ist der für seine extremistischen Ansichten bekannte proukrainische Propagandist **Julian Röpcke**. Auch hier gibt er vor, "investigativ" zu arbeiten, und verweist auf irgendwelche Bild-"Recherchen".

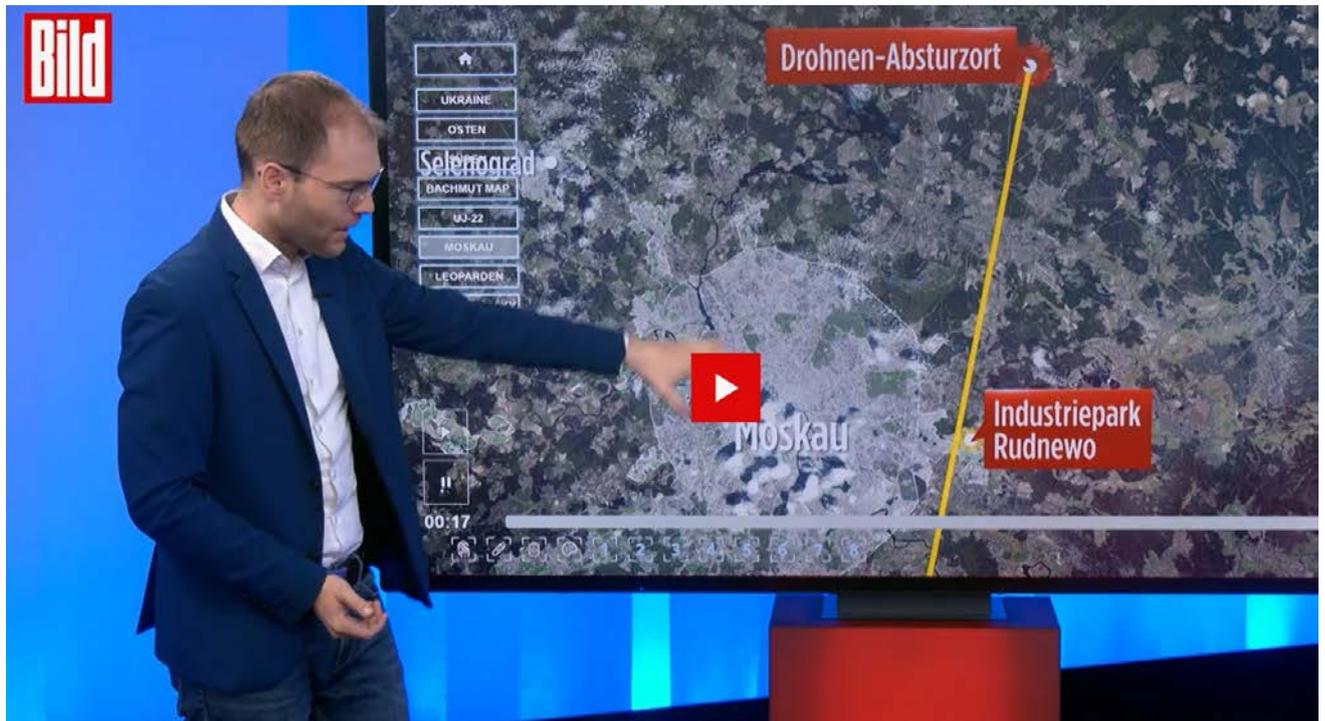
Diese bestehen allerdings nur aus einem Twitter-Zitat des ukrainischen Psychokriegers ("Aktivist", heißt es bei der Bild) Juri Romanenko (5.000 Follower) vom 24. April, das die Bild als angebliches Bekennerschreiben wertet - mit einer Schlagzeile, die Putin offenbar in Angst und Schrecken versetzen soll:

"Putin, wir kommen dir immer näher!"

Laut Röpcke ist Romanenko so etwas wie ein inoffizielles Sprachrohr der ukrainischen Geheimdienste. Dieser schreibt:

"Letzte Woche erhielten unsere Geheimdienstoffiziere Informationen über Putins Reise in den Industriepark in Rudnewo. Dementsprechend startete unsere

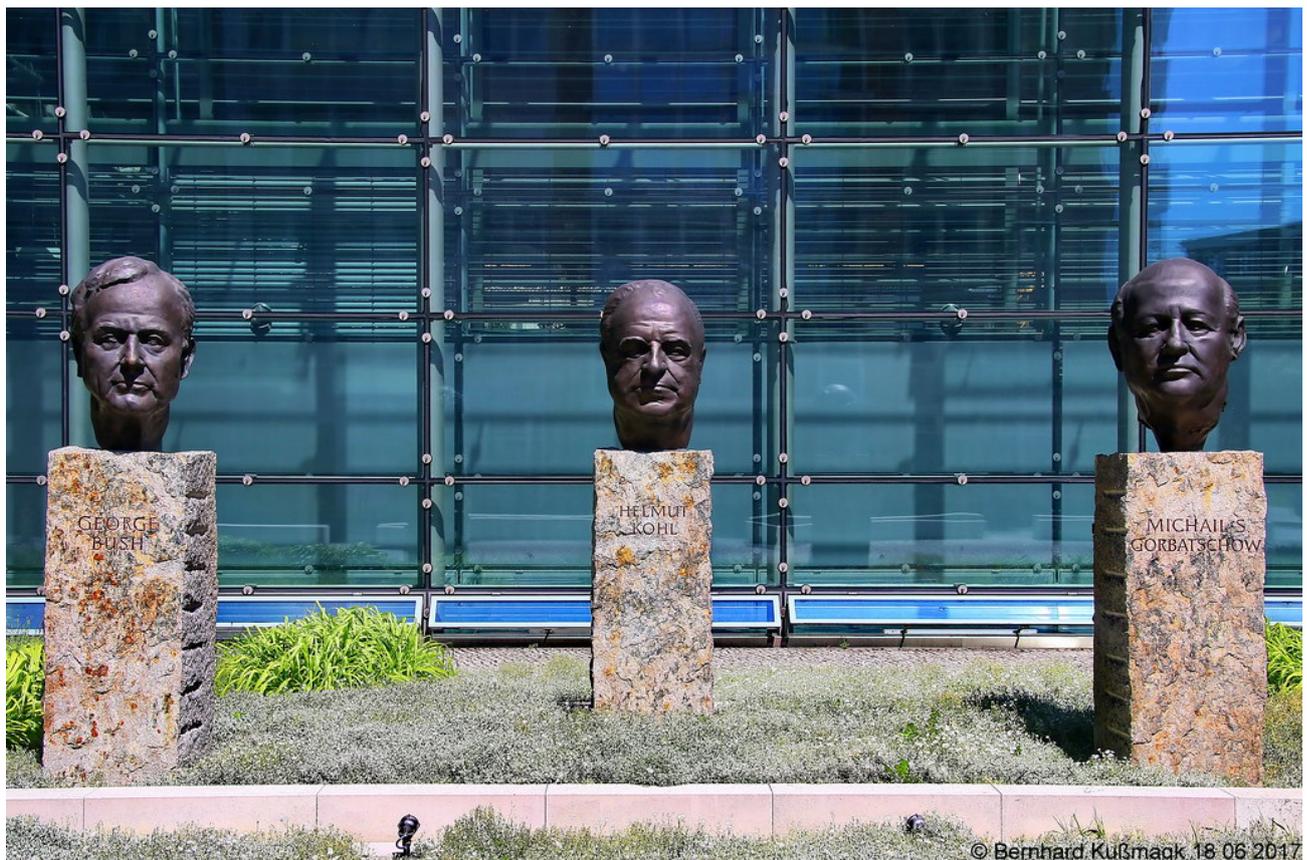
Kamikaze-Drohne, die durch alle Luftverteidigungssysteme der Russischen Föderation flog und unweit des Industrieparks abstürzte..."



Quelle: <https://de.rt.com/international/168668-putin-wir-kommen-dir-immer/>



Berliner Psycho-Terror-Zentrale des US-Axel Springer Konzerns



**Kriegsverbrecher George W. Bush + 2plus4-Vertragsbetrüger Dr. Helmut Kohl +
Volksverräter Michail Gorbatschow**

Täglich weitere Eskalation des Terrors...

Selenskij sagt gewaltsamen Tod für Russlands Spitze voraus

12.05.2023 - 13:46 Uhr 13:46 Uhr



Archivbild: Wladimir Selenskij Genya SAVILOV / AFP

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij behauptet, dass die russische Führung "am Galgen enden wird" und versprach denjenigen, "die im Kreml sind", den Tod. Wörtlich hieß es:

"Diejenigen, die im Kreml sind, glauben Sie mir, sie werden am Galgen enden. Ich weiß nicht, wie, um ehrlich zu sein. Aber ich wünschte, dass es früher enden würde, und sie werden keines natürlichen Todes sterben."

Dmitri Medwedew, der russische Ex-Präsident, kommentierte Selenskij's Wunsch wie folgt:

"Aber der Junkie in Kiew hat die Möglichkeit, durch seine eigenen Hände zu sterben. Durch feigen Selbstmord zu krepieren. Wie Hitler, Hundegift zu schlucken."

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Drohnenangriff auf Moskau - mehrere Wohnhäuser beschädigt

30. Mai 2023 08:03 Uhr

Die russische Hauptstadt Moskau ist laut Bürgermeister Sobjanin am Dienstagmorgen zum Ziel eines Drohnenangriffs geworden. Dabei seien mehrere Gebäude beschädigt worden. Die Bewohner der betroffenen Wohnblocks wurden evakuiert. Quelle: <https://de.rt.com/rusland/171310-drohnenangriff-auf-moskau-mehrere-wohnhaeuser-beschaedigt/>

POLITIK AUSLAND

UKRAINE-KRIEG RUSSLAND USA CHINA EUROPA CORONA-KRISE

WELT+ UKRAINISCHER GEHEIMDIENST

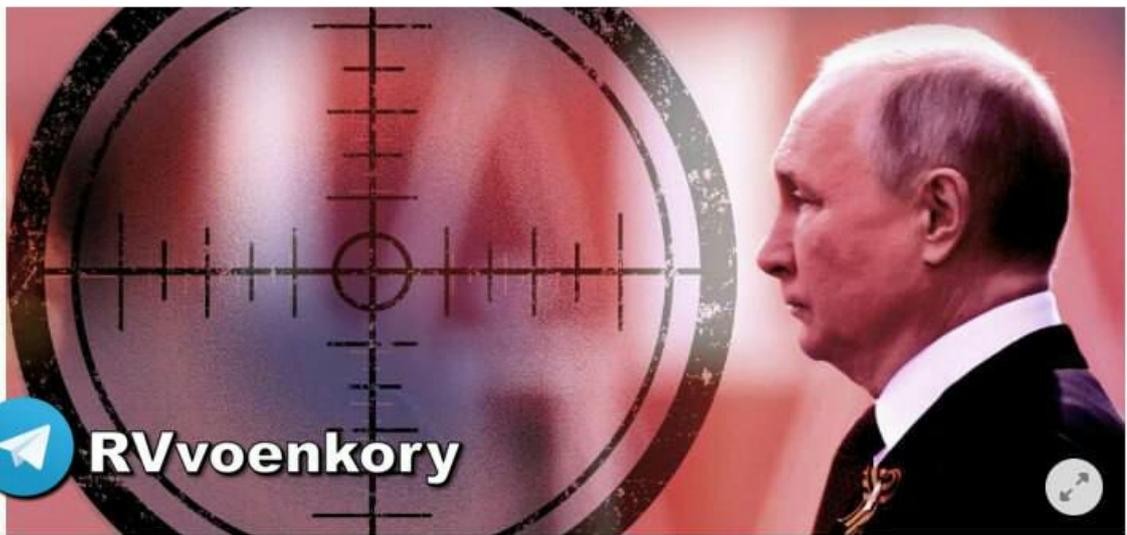
„Putin steht ganz oben auf der Liste. Wir versuchen, ihn zu töten“

Stand: 15:18 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Von Paolo Brera



94

**RVvoenkory**

Quelle: picture alliance/dpa/TASS/Mikhail Metzel, Getty Images/Tetra Images RF/Tom Grill Images; Montage: Infografik WELT

Er ist der zweitmächtigste Befehlshaber im militärischen Geheimdienst der Ukraine. Über den Schreibtisch von General Vadym Skibitsky laufen geheime Einsätze, die ins Herz Russlands zielen. Im Interview gibt er Einblicke in die Ziele seiner Spezialeinheiten.

Quelle: <https://www.welt.de/politik/ausland/plus245469316/Geheimdienst-der-Ukraine-Putin-steht-ganz-oben-auf-der-Liste-Wir-versuchen-ihn-zu-toeten.html>

Britischer Verteidigungsminister droht Putin: "Er wird sich schnell zur falschen Zeit am falschen Ort wiederfinden" - 19.05.2023 □ 20:24 Uhr



In Berlin sind am Mittwoch der britische und der deutsche Verteidigungsminister zusammengekommen, um über mögliche Kampfjet-Lieferungen an die Ukraine zu sprechen.

Eine Lieferung stehe derzeit nicht auf der Agenda, wie der britische Verteidigungsminister Ben Wallace betonte. Es gehe allenfalls darum, ukrainische Piloten auszubilden, damit diese künftig in der Lage seien, westliche Kampfflugzeuge fliegen zu können. Gebraucht würden vor allem Flugzeuge des Typs F-16, die sich nicht in den Beständen der britischen Luftwaffe befänden. Wallace sagte: *"Alles, was wir anbieten können, ist Ausbildung, Koordination und Logistik."* Auch Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius hat nach dem Treffen mit Wallace bekräftigt, dass die Bundeswehr keine Kampfflugzeuge an die Ukraine abtreten werde. Deutschland könne hier "keine aktive Rolle spielen", so Pistorius. Am Ende der Pressekonferenz sprach der britische Verteidigungsminister eine offene Drohung gegenüber dem russischen Präsidenten Wladimir Putin aus. Er betonte, dass die westliche Allianz stärker geworden sei. Wallace sagte:

"(...) und wenn Präsident Putin nicht begreift, was das bedeutet, dann wird er sich sehr schnell am falschen Ort zur falschen Zeit wiederfinden."

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Medienbericht: Britischer Geheimdienst soll verdeckte Terrorarmee in Ukraine aufbauen

4. November 2022 14:35 Uhr

Wie tickt der britische Geheimdienst?



Das GCHQ Gebäude ("doughnut") in Cheltenham © picture alliance / dpa / British Ministry of Defense

Geleakte Dokumente, die der US-Nachrichtenseite "The Grayzone" vorliegen, sollen Pläne des britischen Militärgeheimdienstes enthüllen, eine verdeckte ukrainische "Partisanen"-Armee zu organisieren und auszubilden. Der Auftrag sei, russische Ziele auf der Krim anzugreifen.

Dieses von Maxar Technologies am 8. Oktober 2022 veröffentlichte Handout-Satellitenbild zeigt den Rauch, der nach der Explosion eines Lastwagens in der Nähe von Kertsch von einem Feuer auf der Krim-Brücke (auch bekannt als Kertsch-Brücke), die die Krim mit Russland verbindet, aufsteigt.

Am 29. Oktober erfolgte ein ukrainischer Drohnenangriff auf das Flaggschiff der russischen Schwarzmeerflotte im Krim-Hafen Sewastopol. Moskau beschuldigte sofort Großbritannien, den Angriff unterstützt und orchestriert sowie auch die Nord-Stream-Pipelines in die Luft gesprengt zu haben. Das britische Verteidigungsministerium wies die Vorwürfe energisch zurück und bezeichnete sie als "falsche Behauptungen epischen Ausmaßes".

Wer auch immer hinter den Angriffen steckt, der Verdacht, dass die Briten zumindest ihre Hand im Spiel hatten, ist laut neuesten Recherchen der US-amerikanischen Nachrichtenseite *The Grayzone* nicht unbegründet. Die Nachrichtenseite berichtet, durchgesickerte Dokumente erhalten zu haben, die zeigen sollen, dass britische Militärs eine Vereinbarung mit dem Sicherheitsdienst der Ukraine in Odessa unterzeichnet haben, um eine geheime ukrainische Partisanen-Terrorarmee aufzubauen und auszubilden.

Die Pläne sollen vorgesehen haben, dass die Geheimarmee im Auftrag des ukrainischen Sicherheitsdienstes (SBU) Sabotage- und Aufklärungsaktionen auf der Krim durchführen sollte - genau die Art von Angriffen, die in den vergangenen Wochen zu beobachten waren.

Quelle: <https://gegenzensur.rtde.live/international/153424-medienbericht-britischer-geheimdienst-soll-verdeckte-terrorarmee-in-ukraine-aufbauen/>



Bildquelle: <https://www.welt.de/politik/ausland/article230652927/Britischer-Geheimdienst-MI6-sagt-Klimasuendern-den-Kampf-an.html>



Babylon

Ägypten

Rom

Römisches Welt-Reich

orell füssli

DANIELE GANSER

NATO GEHEIMARMEEEN IN EUROPA

INSZENIERTER TERROR UND
VERDECKTE KRIEGSFÜHRUNG



Dieses Buch zeichnet ein erschreckendes Bild: Ein durch die NATO und die militärischen Geheimdienste koordiniertes Netzwerk von Geheimarmeen war in mehreren westeuropäischen Ländern in schwere Verbrechen verwickelt, darunter Mord, Folter, Staatsstreich und Terror.

Daniele Ganser ist in seiner Forschungsarbeit auf brisante Dokumente gestoßen. Sie belegen, dass die von den USA angeführte Militärallianz geheime Armeen aufgebaut hat. Ihr Ziel: im Falle einer sowjetischen Invasion als Guerilla zu kämpfen. Doch dabei ist es nicht geblieben. Gezielt wurden Attentate gegen die eigene Bevölkerung ausgeführt, um Unsicherheit zu erzeugen und den Ruf nach einem starken Staat zu unterstützen. Sowohl die ursprüngliche Planung als auch die politisch motivierten Verbrechen sind heute der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt.

«Was Daniele Ganser in vierjähriger Forschungsarbeit herausgefunden hat, offenbart die dunkle Seite des Westens: eine klandestine Parallelwelt, deren Bewohner überall kommunistische Umtriebe witterten, zu deren Abwehr ihnen nahezu jedes Mittel recht schien.»

Der Spiegel

«Das bestgehütete und schändlichste politisch-militärische Geheimnis seit dem Zweiten Weltkrieg.»

The Observer

«Diese sorgfältige, gründliche und prägnante Untersuchung enthüllt zum ersten Mal das Ausmaß, die düstere Geschichte und die höchst bedrohlichen Auswirkungen der von der NATO gegründeten Geheimarmeen. Besonders im heutigen politischen Klima ist Gansers Buch geradezu eine Pflichtlektüre.»

Prof. Noam Chomsky



Daniele Ganser ist Historiker, spezialisiert auf Zeitgeschichte nach 1945 und internationale Politik. Seine Forschungsschwerpunkte sind Friedensforschung, Geostrategie, verdeckte Kriegsführung, Ressourcenkämpfe und Wirtschaftspolitik. Er unterrichtet am Historischen Seminar der Universität Basel und forscht zum «Peak Oil», dem globalen Kampf ums Erdöl, und dem sogenannten «Krieg gegen den Terrorismus». www.danieleganser.ch

ISBN 978-3-280-06106-0



orell füssli
www.ofv.ch

26.8 US-NATO-Eskalationsspirale 2023

Fertig

ardmediathek.de

AA



Das Erste



Können wir Krieg? – Bundeswehr in der Zeitenwende

03.04.2023 · [Dokus im Ersten](#) · Das Erste

UT

Wie weit sind die deutschen Streitkräfte nach gut einem Jahr Zeitenwende gekommen? Wie kriegstauglich ist die Bundeswehr? Der Film beleuchtet diese Frage aus drei Perspektiven: der Ausrüstung, der Verbündeten und der deutschen Politiker.



Die NATO bereitet das größte Luftkriegsmanöver in ihrer Geschichte vor. Vor allem Sachsen und andere Bundesländer im Osten sind betroffen, aber auch NRW, Rheinland-Pfalz und Bayern.



tagesschau

Sendung verpasst?



[Startseite](#) ▶ [Ausland](#) ▶ [Europa](#) ▶ [NATO-Übung in Polen: Manöver mit Signalwirkung](#)



NATO-Übung in Polen

Manöver mit Signalwirkung

Stand: 07.04.2023 03:10 Uhr

Die NATO hält im Nordosten Polens ein lang geplantes Manöver ab. Angesichts des russischen Angriffskrieges in der Ukraine hat die Übung aber eine ganz andere Signalwirkung - besonders, weil sie genau hier stattfindet.

Von Martin Adam, ARD-Studio Warschau.

Nato-Übung über Deutschland: Luftraum gesperrt - Das sollten Reisende wissen

Erstellt: 25.04.2023, 05:01 Uhr

Von: [Moritz Bletzinger](#)

 Kommentare



Im Juni trainiert die Nato im deutschen Luftraum. Die Luftwaffe verspricht, Einschränkungen für Passagierflugzeuge „so gering wie möglich“ zu halten.

Medien: NATO will geheime Pläne für den Fall einer Konfrontation mit Russland genehmigen - 19.05.2023 □ 19:17 Uhr



(Symbolbild)Jonathan Raa/NurPhoto / Gettyimages.ru

Die NATO will auf ihrem Gipfeltreffen im Juli in Vilnius neue Initiativen für den Fall einer möglichen Konfrontation mit Russland beschließen, wie *Reuters* [berichtet](#). Demnach wollen die Staats- und Regierungschefs der Allianz "Tausende von Seiten geheimer Militärpläne" verabschieden. In ihnen werde zum ersten Mal seit dem Kalten Krieg dargelegt, wie der Block im Falle eines "Angriffs aus Russland" reagieren würde.

Der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Admiral Rob Bauer, hatte zuvor gesagt, dass diese Pläne **"eine neue Ära der kollektiven Verteidigung"** einläuten würden.

General Christopher Cavoli, Oberbefehlshaber der Gemeinsamen Streitkräfte des Bündnisses in Europa, behauptete seinerseits, die NATO werde sich im Wesentlichen von einem Block, der sich auf Sondereinsätze außerhalb seines unmittelbaren Zuständigkeitsbereichs konzentriert, in eine Struktur verwandeln, die bereit sei, "jeden Zentimeter ihres Territoriums zu verteidigen". Im Anschluss an eine Sitzung der Generalstabschefs des Bündnisses sagte er:

"Unsere regionalen Pläne zielen auf die Verteidigung bestimmter NATO-Gebiete ab. Sie kombinieren die nationalen Verteidigungspläne der Länder an der Front mit denen der NATO, was die Fähigkeit, Kräfte zur richtigen Zeit an den richtigen Ort zu verlegen, optimieren soll."

Der General erwähnte nicht, warum genau "jeder Zentimeter der NATO zur Verteidigung vorgesehen ist", aber Admiral Bauer, Leiter des Militärausschusses, erklärte, gegen wen die Verstärkung des Blocks in Europa gerichtet ist. Er sagte: **"Die militärischen Dienste der NATO haben ein Auge auf das zunehmend aggressive Verhalten Russlands. Gemeinsam haben wir die bedeutendste Verstärkung seit dem Kalten Krieg erreicht, aber die Arbeit ist noch nicht beendet."**

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Kissinger befürwortet nun doch NATO-Mitgliedschaft der Ukraine

- 19.05.2023 □ 14:31 Uhr



Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger John MACDOUGALL / AFP

Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger hat eine Kehrtwende bei seiner Ansicht über eine mögliche NATO-Mitgliedschaft der Ukraine gemacht. Kissinger mutmaßt nun, "dass es für die Sicherheit Europas besser ist, die Ukraine in der NATO zu haben". Er sagte:

"Erstens ist Russland nicht mehr die konventionelle Bedrohung, die es einmal war. Und zweitens haben wir die Ukraine jetzt so weit aufgerüstet, dass sie das am besten bewaffnete und modernste Land mit der unerfahrensten Führung in Europa sein wird."

Im vergangenen Herbst hatte Kissinger noch betont, dass es keine kluge US-Politik sei, zu versuchen, die Ukraine in die NATO aufzunehmen".

Russlands Ex-Präsident Dmitri Medwedew erklärte, dass Kissinger trotz seiner großen Erfahrung völlig falsch liege, wenn er behaupte, dass eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO irgendwie den Frieden garantieren würde. Stattdessen würde dies nur zu einer direkten Konfrontation zwischen Russland und der Allianz führen.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Deutsche Bundesregierung: Ukraine darf Russland mit Waffen aus ihrer Produktion angreifen - 31.05.2023 □ 16:26 Uhr



Archivbild: Das Regierungsviertel in Berlin JOHN MACDOUGALL / AFP

Deutschland hält Kiews Angriffe auf das russische Staatsgebiet mit Waffen aus ukrainischer Herstellung für legitim. Eine solche Stellung hat der Sprecher der deutschen Regierung, Steffen Hebestreit, am Mittwoch bei einem Briefing geäußert. Dabei verwies der Beamte auf den ukrainischen Drohnenangriff auf Moskau und betonte, er bewerte nicht den Angriff selbst, sondern seine Rechtmäßigkeit gemäß dem internationalen Völkerrecht, in dem solche Aktionen als rechtmäßig gelten. Gleichzeitig erinnerte Hebestreit daran, dass Berlin seine Waffen an Kiew liefere, damit es "das ukrainische Territorium schützen kann". Dieselbe Stellung hatte zuvor auch der Bundeskanzler Olaf Scholz geäußert.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Peskow: Verhängung des Ausnahmezustands nicht im Gespräch

31.05.2023 □ 14:18 Uhr



Archivbild: Kremlsprecher Dmitri Peskow am 9. Mai 2023 bei der Militärparade auf dem Roten Platz in Moskau Ramil Sitdikow / Sputnik

Kremlsprecher Dmitri Peskow hat am Mittwoch die **Aussicht eines Ausnahmezustands** in Russland kommentiert. Gegenüber Journalisten erklärt Peskow, ein solches Szenario werde derzeit nicht besprochen, **es wurden in diesem**

Zusammenhang keine Entscheidungen getroffen. **Dazu betonte der Beamte, dass die Verhängung des Ausnahmezustands in die Zuständigkeit der föderalen Behörden falle.**

Am Dienstag hat sich Tschetscheniens Chef Ramsan Kadyrow für den Ausnahmezustand ausgesprochen. Ihm zufolge sei dies vor dem Hintergrund des ukrainischen Drohnenangriffs auf Moskau absolut notwendig, um "diese Terrorzelle auf einen Schlag zu löschen, ohne den Begriff 'ukrainische Soldaten' anzuwenden".
Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Gouverneur: Im Gebiet Belgorod schlagen mehr als 260 ukrainische Geschosse - 31.05.2023 □ 13:28 Uhr



Archivbild: Folgen eines ukrainischen Beschusses in der Stadt Schebekino des Gebietes Belgorod Pressedienst des Gouverneurs des Gebietes Belgorod / Sputnik

Die ukrainischen Streitkräfte haben im Laufe des Tages mehr als 260 Geschosse auf das russische Gebiet Belgorod abgefeuert. Wie der Gouverneur Wjatscheslaw Gladkow auf Telegram [berichtet](#), schlugen 215 davon in der Stadt Schebekino und ihrer Umgebung ein. **Infolge des Beschusses wurden eine Person getötet sowie zwei weitere verletzt. Dutzende Gebäude und Haushalte wurden beschädigt.**
Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Medwedew: Großbritannien befindet sich de facto im Krieg mit Russland (2. Weltkrieg nicht beendet!) - 31.05.2023 - 0:14 Uhr



Der stellvertretende Sekretär des russischen Sicherheitsrates Dmitri Medwedew (im Zentrum) Jekaterina Schtukina

Jeder britische Beamte kann als legitimes Ziel betrachtet werden, weil das Land de facto Krieg mit Russland führt, behauptet der stellvertretende Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew.

Mit diesen Worten kommentierte er die Äußerungen des britischen Außenministers James Cleverly, die Ukraine habe das Recht, über ihre Grenzen hinaus "Gewalt anzuwenden". Medwedew [schrieb](#) auf Twitter:

"Die nichtsnutzigen Beamten Großbritanniens, unseres ewigen Feindes, sollten sich daran erinnern, dass nach dem allgemein anerkannten Völkerrecht, das die Durchführung von Feindseligkeiten unter modernen Bedingungen regelt, einschließlich der Haager und der Genfer Konvention mit ihren Zusatzprotokollen, auch ihre Position als im Krieg befindlich bezeichnet werden kann."

Ihm zufolge "handelt Großbritannien heute als Verbündeter der Ukraine, indem es ihr militärische Hilfe in Form von Ausrüstung und Spezialisten zur Verfügung stellt, das heißt de facto einen unerklärten Krieg gegen Russland führt.

"In einem solchen Fall könnte jeder seiner Beamten (sowohl Militärs als auch Zivilisten, die zum Krieg beitragen) als legitimes militärisches Ziel betrachtet werden."

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Die BRD ist nicht Deutschland!

**Der Zweite Weltkrieg
ist nicht beendet!**

Joe Biden: USA übermitteln Warnungen vor russischen Raketenangriffen an die Ukraine 29.05.2023 □ 08:51 Uhr

US-Präsident Joe Biden hat eingeräumt, dass die Unterstützung der Ukraine durch den kollektiven Westen größtenteils auf die Fähigkeiten der US-Luft- und Raumfahrtstreitkräfte zurückzuführen sei. Biden äußerte sich dazu in seiner Rede vor Absolventen einer Militärakademie in Colorado Springs am Donnerstag. Die Agentur TASS zitiert ihn wie folgt:

"Die US Air Force und Space Force bilden das Rückgrat dieser Operation, indem sie Lufttransport und Logistik-Know-how gewährleisten, Artillerie sowie Munition, Kampffahrzeuge, Panzerabwehr- und Luftabwehrsysteme übermitteln, aber auch Warnungen vor Raketenangriffen, weltraumgestützte Aufklärung und Aufrechterhaltung der Kommunikation bereitstellen."

Kein anderes Land auf der ganzen Welt unterstütze die Ukraine bei Kampfhandlungen in dem Maße wie die USA, so Biden.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>



26.9 Kriegspropaganda und Aktionen der BRD-EU-NATO-Kriegspartei



Das ist das Geheimnis der Propaganda; den, den die Propaganda fassen will, ganz mit den Ideen der Propaganda zu durchtränken, ohne dass er überhaupt merkt, dass er durchtränkt wird.

(Joseph Goebbels)

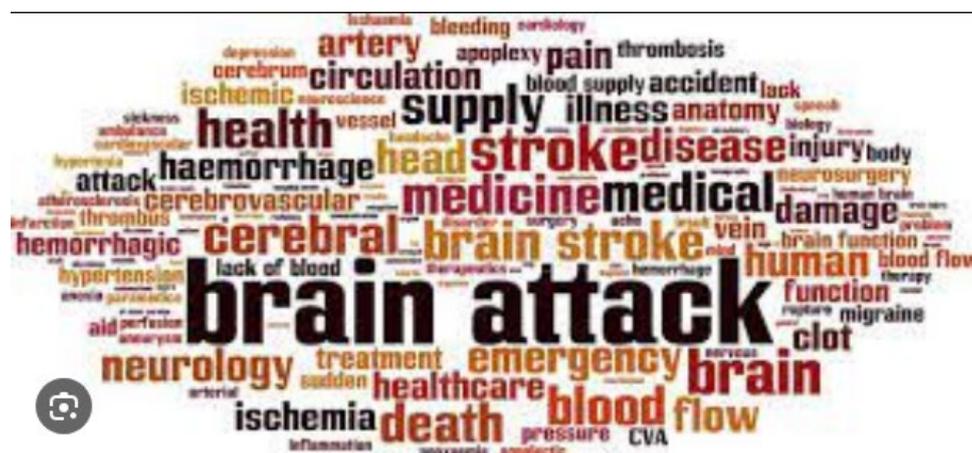
gutezitate.com

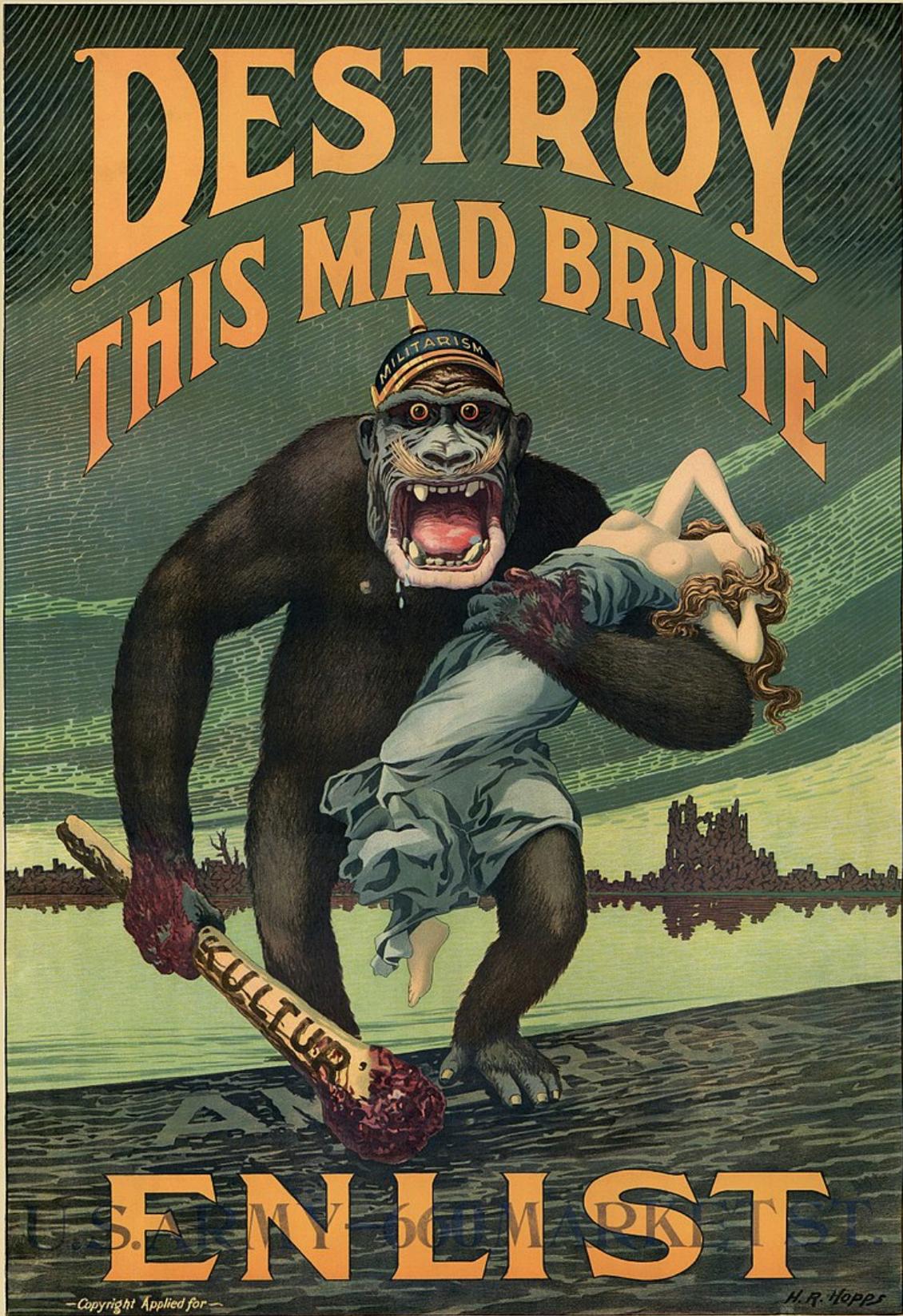
Klemens Wenzel Lothar von Metternich

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Klemens_Wenzel_Lothar_von_Metternich



„Die öffentliche Meinung ist, wie die Religion, das stärkste Machtmittel, das selbst in den verborgensten Winkel dringt, wo Regierungsanweisungen jeden Einfluss verlieren.“^[9]





In alter Tradition: <https://de.wikipedia.org/wiki/Germanophobie>

DER SPIEGEL

11. März 2009
1,50 €



Der Staat Gasprom

PUTINS ENERGIE-IMPERIUM

DER SPIEGEL

Nr. 26
25.6.2022

DROSTEN-GESPRÄCH

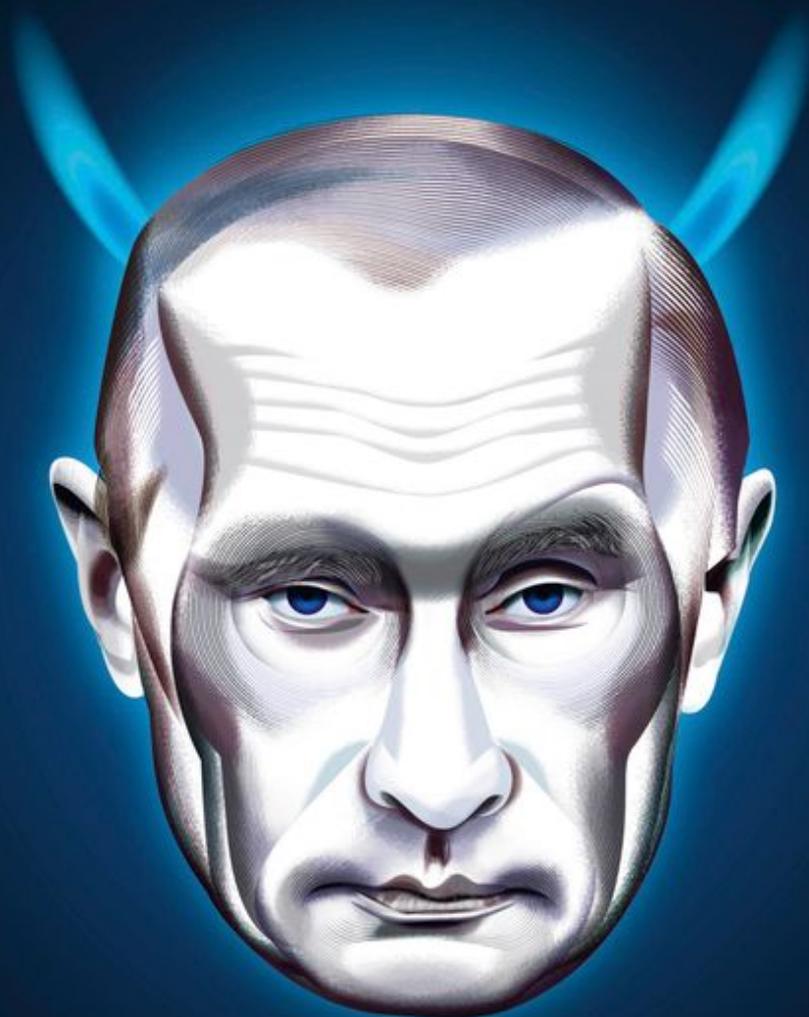
»Ich will nicht
Dr. Strange sein«

FLEISCH-SKANDAL

Was steckt
in der Wurst?

VANDALEN-MYTHOS

Wie Rom wirklich
unterging

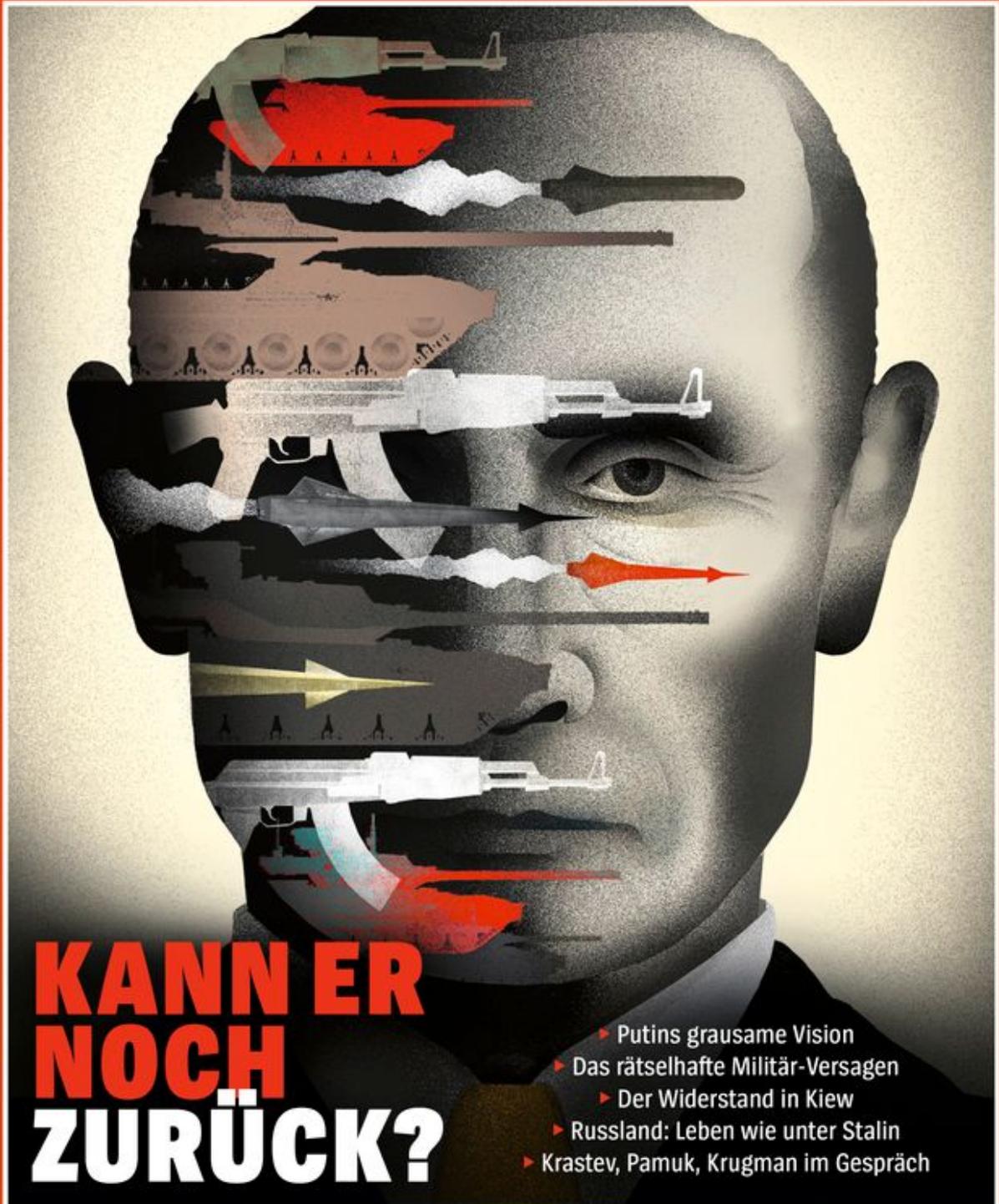


Der Kaltmacher

Wie wir von **Putins Gas** abhängig wurden:
Rekonstruktion eines fatalen Pakts

DER SPIEGEL

Nr. 11
12.3.2022



KANN ER NOCH ZURÜCK?

- ▶ Putins grausame Vision
- ▶ Das rätselhafte Militär-Versagen
- ▶ Der Widerstand in Kiew
- ▶ Russland: Leben wie unter Stalin
- ▶ Krastev, Pamuk, Krugman im Gespräch

**26.10 Dienste-Tarnorganisation „Sonnenstaatland“ (SS-L) =
Das berüchtigte Neo-Nazistische Hass-Forum in der
Bundesrepublik Deutschland**

Stiftungen & Vereine



Quelle:

<https://forum.sonnenstaatland.com/index.php?topic=6689.1020>

Wildente

Praktikant- Lennéstraße



ID-Nr.: #666

Beiträge: 3702

Dankeschön: 22894 mal

Karma: 687

Auszeichnungen



Re: Klaus aus Bremerhaven - Kanal Conny Satire
« Antwort #1024 am: 17. November 2022, 16:49:31 »



Wir Reichsbürger erklären hiermit einstimmig,
daß es uns nicht gibt, und zeichnen hochachtungsvoll:
Die vereinigten Reichsbürger der Erde. -
(frei nach Christian Morgenstern)

Folgende Mitglieder bedankten sich: Chemtrail-Fan, Goliath, Lonovis, Observer

Forentroll „Wildente“

Wildente

Praktikant- Lennéstraße



Beiträge: 3730

Dankeschön: 23077 mal

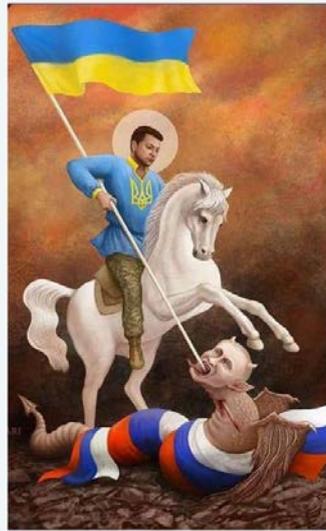
Karma: 693

Auszeichnungen



Re: Staatenlos.info im Jahr 2023
« Antwort #193 am: 14. Mai 2023, 01:47:56 »

Ich habe da eine neue Flagge für den Drachentöter entdeckt.



Wir Reichsbürger erklären hiermit einstimmig,
daß es uns nicht gibt, und zeichnen hochachtungsvoll:
Die vereinigten Reichsbürger der Erde. -
(frei nach Christian Morgenstern)

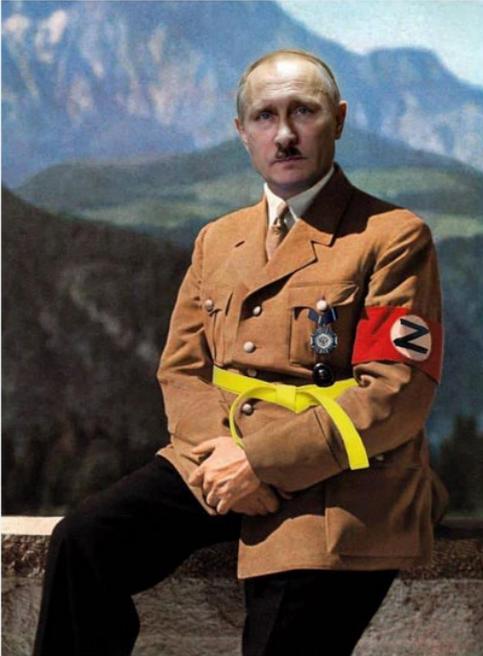
Folgende Mitglieder bedankten sich: Frankoniust, SchlafSchaf, Schnabelgroß, Neubuergler, Snoppy10, Observer, Chipmunk

Frankonius
 Personalausweisler


 Beiträge: 1217
 Dankeschön: 5541 mal
 Karma: 115
Auszeichnungen



Re: Klaus aus Bremerhaven - Kanal Conny Satire
 ◀ Antwort #1021 am: 15. November 2022, 18:56:10 ▶



Folgende Mitglieder bedankten sich: Neubuerger, Wildente, Goliath

Quelle: <https://forum.sonnenstaatland.com/index.php?topic=7888.30>

Gerichtsreporter
 Souverän


Re: Staatenlos.info im Jahr 2023
 ◀ Antwort #42 am: 3. Februar 2023, 08:54:48 ▶

Wäre das hier nicht ein passendes Geschenk für den Hutmops?



Quelle: <https://twitter.com/AndyAmmerland/status/1621246141059809280>

Frei nach Loriot: Ein Leben ohne Hut-Mops ist möglich - aber sinnlos.

Folgende Mitglieder bedankten sich: echt?, WendtWatch, mork77, Frankonius, Luzifer, Pirx, Schnabelgroß, Wildente, Goliath, califix, Rabenaas

Forentroll „Gerichtsreporter“

Gerichtsreporter

Souverän





Beiträge: 9128
Dankeschön: 51687 mal
Karma: 763

Solidarität mit Israel

Auszeichnungen





Frau Dr. Maiklokjes

Neuling



Beiträge: 5
Dankeschön: 61 mal
Karma: 12



Wildente

Praktikant- Lennéstraße




ID-Nº: #666

Beiträge: 3409
Dankeschön: 20983 mal
Karma: 641

Auszeichnungen



Enttarnte „SSL-Agenten/ Aktivisten“ im Einsatz gegen staatenlos.info in Wittenburg im Jahr 2022



Störer "Team Klitschko" Versammlung unter freiem Himmel in 19243 Wittenburg 28.04.2022



Reichstag – Platz der Republik in Berlin 2022



Umsetzung des Potsdamer Abkommens – Grundgesetz Artikel 139 + 146



Radikal-Nationalistische Ukrainer und Georgier protestieren gegen staatenlos.info vor dem Reichstag in Berlin März 2022

staatenlos.info

KOMPASS ARCHIV

Zum Reichstag
Im Gedenken der WEISSEN ROSE

Kunst Projekt

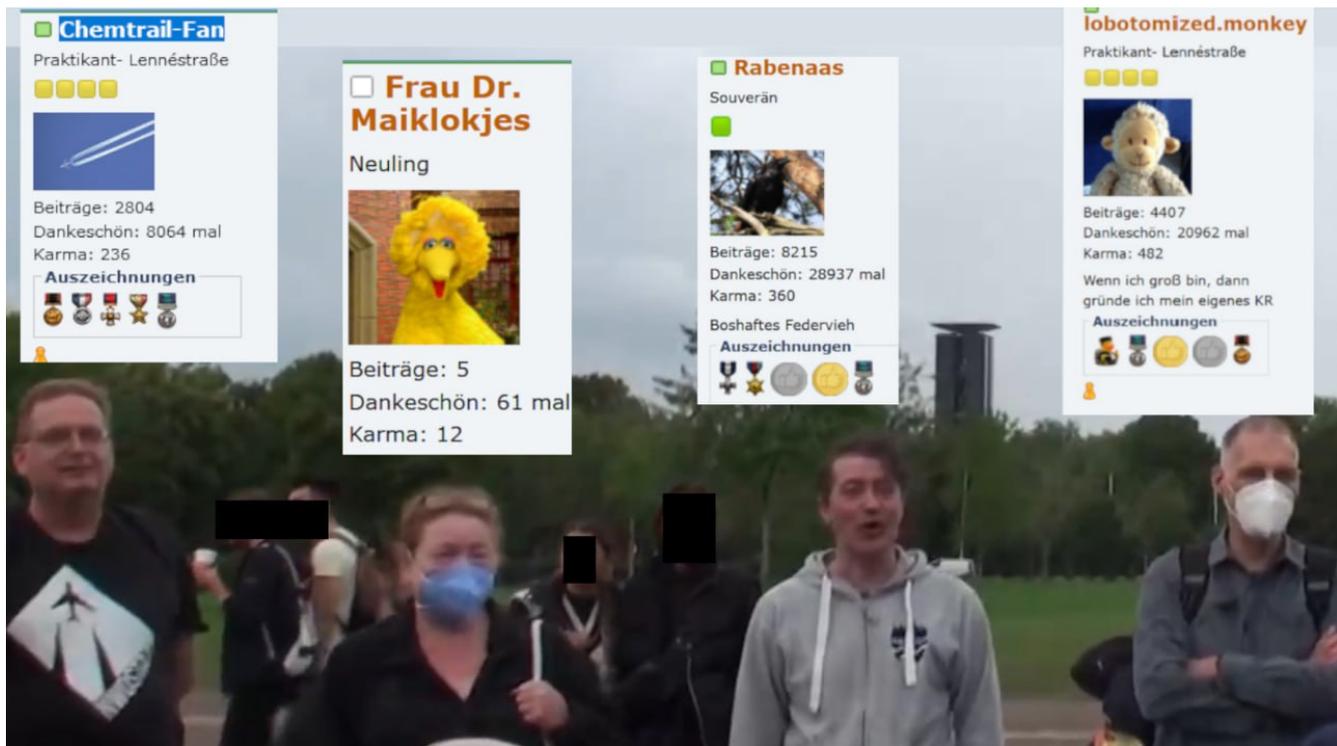
NOD
nod-deutschland.de

heimat
schutz
bewegung
de

HEIMAT
SCHUTZ
BEWEGUNG
DE

HEIMAT
SCHUTZ
BEWEGUNG
DE
НОД

HEIMAT
SCHUTZ
BEWEGUNG
DE
НОД



alias Troll-Profil „Wildente“

**Dubiose Ukraine-Spenden-Aktion der Firma „Pizzawerk“ in 19230
Wittenburg/ Mecklenburg**

Das PIZZAWERK hilft:

HILFSKONVOI für die UKRAINE

WANN:

AB SOFORT
von 11-21 Uhr

WO:

PIZZAWERK
Wölzower Weg 21
19243 Wittenburg

Bitte bringt uns alles vorbei, oder wir nehmen es bei Eurer
nächsten Bestellung mit.

SPENDET BITTE:

haltbare Lebensmittel und
Nahrung, Konserven, Hygieneartikel,
Babybedarf, Decken, Kissen,
Schlafsäcke, Kleidung

Geldspenden per PayPal:

pizzawerk@gmx.net



US-Firma Amazon Deutschland

vodafone.de      78 %  15:53

←  



Fahne Flagge Ukraine 91.4 x 61 cm/150 x 90 cm /183 x 122 cm Flaggen Fahnen,...
11,95€
Lieferung **Mittwoch, 6. April – Donnerstag, 7. April**
KOSTENLOSE Lieferung
Nur noch 2 auf Lager



Der ukrainische Held Stepan Bandera Ruhm der Ukraine T-Shirt
 1
19,99€




Gesponsert 
Frieden in der Ukraine T-Shirt
17,99€






ukraine flagge



90 x 150 cm Ukraine National Ukraine Flagge fliegende Flagge kein...

12,79 €

Kostenloser Versand

Lieferung bis Freitag, 06. Mai

Flagge der Ukraine 90x60 cm Premium Quality

14,99 €

zzgl. 0,99 € Versand

Lieferung bis Freitag, 08. April



Ukraine NEU Flaggen Fahnen 150 x 90 cm, STOP PUTIN STOP WAR Fahne...

14,99 €

Kostenloser Versand

Lieferung bis Donnerstag, 05. Mai

Ukraine NEU Flaggen Fahnen 150 x 90 cm, STOP PUTIN STOP WAR Fahne...

14,99 €

Kostenloser Versand

Lieferung bis Donnerstag, 05. Mai



Machtmissbrauch offensichtlich: Die BRD als eine Ukraine...



ІНФОРМАЦІЯ ДЛЯ БІЖЕНЦІВ / INFORMATIONEN FÜR GEFLÜCHTETE

Rathaus Rostock →

Український Русский **Deutsch**



Kontakt

seinen Lesern das beste Webseiten-Erlebnis zu ermöglichen. Außerdem werden teilweise auch Cookies von Diensten Dritter gesetzt. Weiterführende Informationen erhalten Sie in unserer **Datenschutzerklärung**.

Quelle: <https://rathaus.rostock.de/de/deutsch/326310>

Krieg in der Ukraine

Sternberg zeigt nun auch laut Vorschrift Flagge

Von Robert Lehmann | 11.03.2022, 18:20 Uhr



Flaggentausch am Rathaus in Sternberg: Die ukrainische Flagge wanderte nun vom Fahnenmast an das Balkongitter. FOTO: ROBERT LEHMANN

Quelle: <https://www.svz.de/lokales/sternberger-seenlandschaft/artikel/sternberg-muss-ukraine-flagge-vor-dem-rathaus-umhaengen-22694537>



Ukrainekonflikt: So reagieren deutsche Städte

Deutsche Städte verurteilen den Krieg Russlands. Sie senden Zeichen der Solidarität in die Ukraine. Der Ticker bildet aktuelle Reaktionen ab.

Quelle: <https://www.stadtvonmorgen.de/ukrainekonflikt/ukrainekonflikt-so-reagieren-deutsche-staedte-6817/>



Quelle: <https://schwerin-lokal.de/stadt-bereitet-notunterkunft-fuer-ukrainische-fluechtlinge-vor/>



#SolidaritaetMitUkraine





welt
NACHRICHTENSENDER

**„ALLES AUF VERGELTUNGS-
ANGRIFF AUSGERICHTET“**



welt
NACHRICHTENSENDER

„Kriegsverbrecher“







„Der Preis ist heiß!“

Passt perfekt: Karl der Sachenschlächter für den Völkerschlächter!



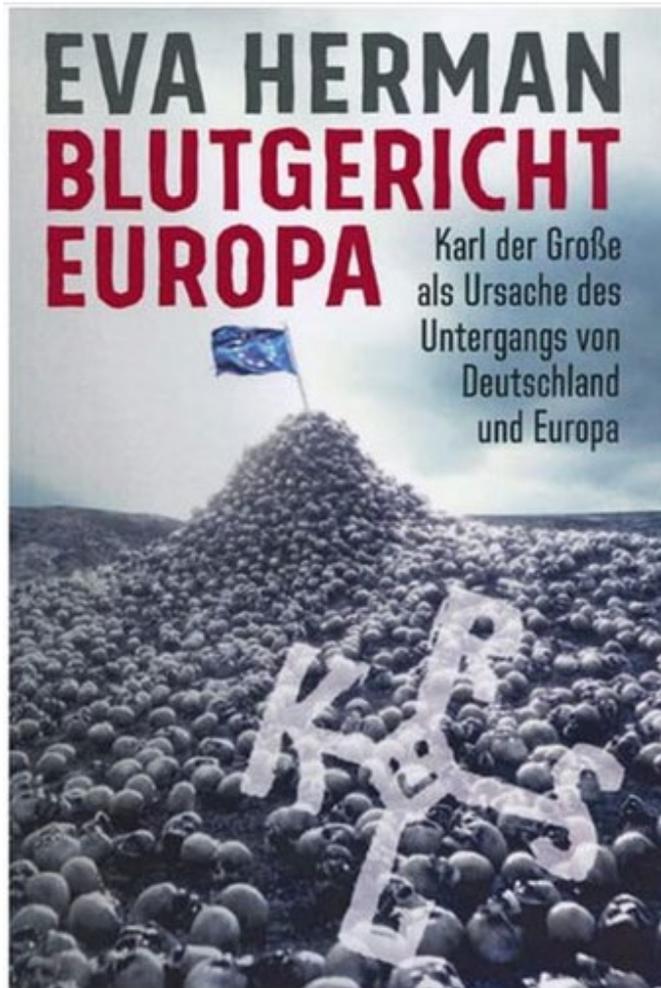
Quelle: <https://www.karlspreis.de/de/karlspreis/karl-der-grosse-und-der-internationale-karlspreis>



Quelle: <https://www.tagesspiegel.de/politik/diese-waffen-fordert-selenskyj-konkret-5999617.html>



Artillerie, Panzerfahrzeuge, Luftabwehrsysteme Diese Waffen fordert Selenskyj konkret



welt Ticker

HOME ● LIVE-TV MEDIATHEK WELTPLUS BUNDESLIGA CLUB NEXT POLITIK

POLITIK AUSLAND

UKRAINE-KRIEG RUSSLAND USA CHINA EUROPA CORONA-KRISE

AUSLAND KIEW

Schlägerei im Parlament der Ukraine

Prügelei unter Parlamentariern: In einer **Debatte über Russisch als zweite Amtssprache** lassen die Abgeordneten im Parlament der ukrainischen hauptstadt Kiew Fäuste statt Argumente sprechen.



"Gut, Waldemar, gut": Sacharowa kommentiert Selenskijs Pläne für Besuch in Deutschland

10. April 2023 □ 13:17 Uhr



Archivbild: Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij in PolenJakub Porzycki/NurPhoto / Gettyimages.ru

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, [bewertete](#) die Pläne des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, Deutschland zu besuchen. Auf ihrem Telegram-Kanal kommentierte sie: **"Er sucht die Nähe der Seinen."**

Sacharowa erinnerte daran, **dass Selenskij** Medienberichten zufolge bei seinem Besuch in Deutschland mit dem Karlspreis ausgezeichnet werden könnte. Weiter hieß es:

"Es wird ein weiteres Jahrhundertfoto geben: Die Deutschen zeichnen den Neo-Nazi Selenskij für das Brudermordmassaker, die Abschaffung alles Russischen, die Zerstörung von Denkmälern für die Sieger über das Dritte Reich, die Verherrlichung von Nazi-Kollaborateuren, die Auslöschung der Orthodoxie und die Umsetzung des tausendjährigen 'Drangs' – die Befreiung des 'Lebensraums' im Osten - aus."

Ferner fügte die Diplomatin hinzu, dass **man nun gemeinsam ein neues Europa aufbaue, das nicht "judenfrei", sondern "russenfrei" sein solle.** Die Sprecherin beendete ihre Botschaft auf Deutsch:

"Gut, Waldemar, gut ..."

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>



Präsident Selenskyj hat den Aachener Karlspreis entgegengenommen. Die Ukraine sei Teil Europas, so Kanzler Scholz in der Laudatio: "Unsere Geschichte wird gemeinsam weitergehen".

Dann wendet er sich an den Bundeskanzler: **"Ich wende mich persönlich an Dich. Und damit an das starke Deutschland. Als Du von der Zeitenwende gesprochen hast, hast Du Dich als Verteidiger Europas gezeigt. Europa und die Ukraine werden Dir immer dankbar sein. Für die Kraft, die Du Europa und der Ukraine gegeben hast"**.

Er beendet die Rede mit den Worten: "Den Frieden vermachen wir unseren Kindern. Das ist das wirkliche Vermächtnis Europas". Und bittet: "Wer Zweifel hat hier im Saal, **die Ukraine zu unterstützen**. Diese Menschen bitte ich hier in Aachen: Kommt auf die Straße, schaut Euch um, seht das, was wir in der Ukraine anstreben, den Frieden und den Respekt. **Das ist das Wichtigste!"**

Der BRD-Bundeskanzler Scholz und die Nazi-Parole der Bandera-Nationalisten:

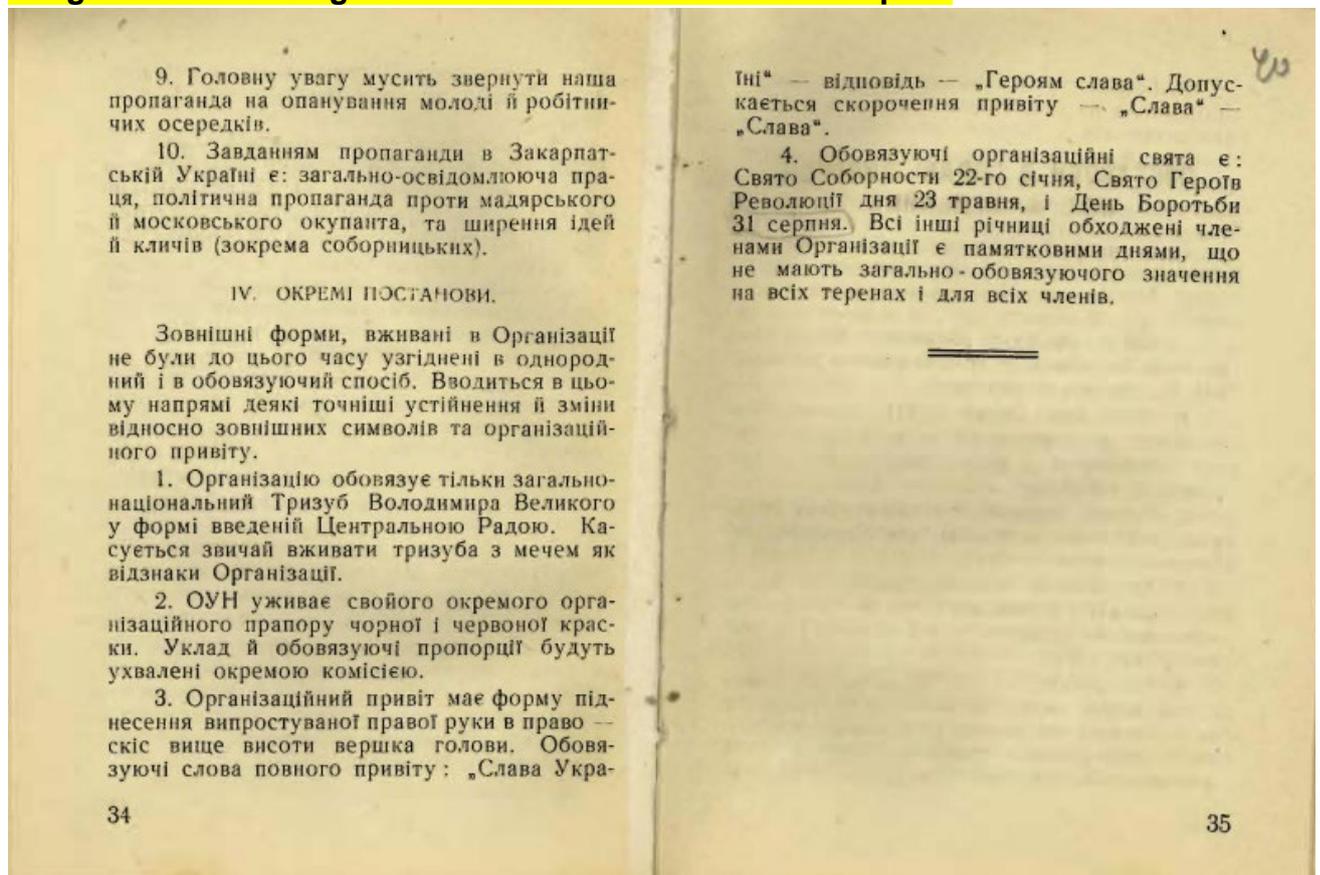
” "Die Ukraine ist hier und die Ukraine ist Europa. Slawa Ukraini!
(Ruhm der Ukraine)

Olaf Scholz



Quelle: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/selenskyj-karlspreis-aachen-ukraine-krieg-russland-100.html>

Zeitgenössischer Originalbeweis zum Nazi-Bandera-Kampfprud





Bandera-Schlachtruf der Euro-Maidan-Revolution

Ukraine "Ruhm der Ukraine": Umstrittener Slogan feiert den Nationalstolz und erhitzt die Gemüter!

Dunkle Nazi-Vergangenheit des Grußes!

Denn zwar stammt "Ruhm der Ukraine" schon aus der Zeit des Unabhängigkeitskampfes 1917/18. Besonders assoziiert wird die Formel, besonders in der Variante mit der "Helden"-Antwort, aber mit der "Organisation Ukrainischer Nationalisten", kurz OUN um Stepan Bandera.

Bandera und die OUN hatten zwischen den Weltkriegen für eine von Sowjet-Russland unabhängige Ukraine gekämpft - und während des Zweiten Weltkriegs dazu zeitweise auch mit Hitlers Wehrmacht kollaboriert.

Quelle: <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/ostblogger/ukraine-ruhm-grussformel-100.html>

Selenskyj in Deutschland: "Gemeinsam werden wir gewinnen"

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj (45) ist am Sonntag vom deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier (67) empfangen worden. Er traf Steinmeier im Schloss Bellevue in Berlin und trug sich auch in das Gästebuch ein. Darin nannte er Deutschland einen "wahren Freund und verlässlichen Verbündeten".



Selenskyj traf sich am Vormittag zu Gesprächen mit dem deutschen Kanzler Olaf Scholz Reuters



Bundeskanzler Olaf Scholz 

@Bundeskanzler

Dein Besuch in Berlin ist ein starkes Signal, lieber [@ZelenskyyUa](#). Seit 444 Tagen läuft der brutale Angriffskrieg Russlands gegen Dein Land. Wir unterstützen Euch humanitär, politisch, finanziell und mit Waffen - solange wie nötig.

13:12 · 14 Mai 23 · **138K** Mal angezeigt

Pressesprecherin des russischen Außenministeriums: Scholz hat mit einem Nazi-Gruß eine klare Grenze überschritten - 15.05.2023 ☐

19:21 Uhr



Bundeskanzler Olaf Scholz während der Verleihung des Karlspreises an Wladimir Selenskij am 14. Mai. INA FASSBENDER / AFP

Der Bundeskanzler Olaf Scholz hat mit einer öffentlichen Aussprache eines Nazigrüßes eine "klare Grenze" überschritten, die von allen deutschen Staatschefs der Nachkriegszeit gezogen wurde, erklärte die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa.

In einem über Telegram veröffentlichten [Beitrag](#) bezog sich die Diplomatin auf eine [Videoaufnahme](#), auf der zu sehen ist, wie Scholz während der Verleihung des Karlspreises an den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij die Grußformel "Slawa Ukraine" (deutsch: Ruhm der Ukraine) ausspricht. Sacharowa erklärte

"Die Losung 'Slawa Ukraine' wurde als offizielle Grußformel der Organisation ukrainischer Nationalisten im Jahre 1939 festgelegt. Später kam die Geste in Form einer ausgestreckten rechten Hand und die Antwort 'Gerojam slawa' hinzu. Genauso haben Banderas Kollaborateure die Verbände der Wehrmacht begrüßt."

Sacharowa bemerkte, dass eine "schlechte Ausbildung der westlichen Eliten" nicht von der Verantwortung freistelle und stellte fest:

"Olaf Scholz hat eine klare Grenze überschritten, die vor ihm von allen Staatschefs der beiden deutschen Staaten der Nachkriegszeit gezogen wurde: Er hat öffentlich einen Nazi-Gruß ausgerufen - kaum eine Woche nach dem 78. Jahrestag des Kriegsendes in Europa."

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Ja, auf diesem Foto trägt ein ukrainischer Soldat einen Totenkopf-Aufnäher mit SS-Motiven

In Sozialen Netzwerken verbreitet sich ein Foto von Präsident Selenskyjs Besuch in Isjum. Dazu heißt es, ein ukrainischer Soldat hinter ihm trage einen Aufnäher mit den Symbolen der SS-Division „Totenkopf“. Ein Faktencheck.

von [Kimberly Nicolaus](#)

30. September 2022



Dieses Foto kursiert in Sozialen Netzwerken und zeigt im Hintergrund einen ukrainischen Soldaten, der einen Totenkopf-Aufnäher mit Motiven trägt, die auch in der SS üblich waren (Quelle: Telegram / Screenshot: CORRECTIV.Faktencheck)



Occult Nazi
Black Sun



2nd SS Panzer Division
Das Reich



Ukrainian
Crest



Khazarian
Tamga

Ukraine National Guard - Azov Special Operations Unit



YET YOU SUPPORT UKRAINE...



Alte und junge Kameraden...

Das **Bataillon Nachtigall** (ukrainisch Батальйон Соловей oder Батальйон Нахтигаль) war ein militärischer Verband national-ukrainischer Freiwilliger im Zweiten Weltkrieg, der von der deutschen Wehrmacht für den Krieg gegen die Sowjetunion aufgestellt wurde.

Bataillon Nachtigall Schutzmannschaftsbataillon 201



Truppenkennzeichen

Aktiv	Winter 1940/41 bis 8. Januar 1943
Staat	 Deutsches Reich
Streitkräfte	 Wehrmacht
Teilstreitkraft	Heeresgruppe Süd
Truppengattung	Spezialeinheit
Typ	Bataillon
Unterstellung	Brandenburg (Spezialeinheit)

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Bataillon_Nachtigall



UKRAINIAN RESISTANCE TO RUSSIA





NS-Stephan Bandera-Kult in der Ukraine

FAKTENCHECK

Dieses Foto zeigt eine Demo 2013 in der Ukraine, unter anderem mit russischen Neonazis

Immer wieder wird altes Bildmaterial im Kontext des Ukraine-Kriegs verbreitet. Auch momentan kursiert ein Foto, das angeblich eine aktuelle Demonstration in Kiew abbilden soll. Es ist aber neun Jahre alt und zeigt Neonazis aus verschiedenen Ländern, die sich anlässlich des 70. Jahrestags der Gründung einer SS-Division in Lwiw trafen.

von Alice Echtermann

20. Oktober 2022



Dieses Foto wird im Kontext des Ukraine-Kriegs als vermeintlicher Beleg für Neonazis in der Ukraine verwendet. Es entstand jedoch 2013 und in vorderster Reihe läuft ein russischer Neonazi. (Quelle: Facebook; Screenshot und Verpixeln eines Hakenkreuz-Tattoos: CORRECTIV.Faktencheck)

Nachrichten > Unterhaltung > Kino & TV > Vorwurf an "heute"-Macher: ZDF soll Hakenkreuze und SS-Runen verharmlo

Vorwurf an "heute"-Macher

ZDF soll Hakenkreuze und SS-Runen verharmlost haben

Teilen

 Pocket



Unterstützer der ukrainischen Regierungstruppen, das nationalistische Asow-Bataillons, nutzen geschichtsträchtige Symbole zum Ausdruck ihrer Stärke zdf.de/ZDFmediathek

Samstag, 13.09.2014, 04:46

Bei einem Bericht über die Kämpfer in der Ukraine hat das ZDF in der „heute“-Sendung SS-Runen und Hakenkreuze auf Uniformen gezeigt. Jetzt wettert eine alte Bekannte des ZDF gegen den Sender: Der Bericht würde Nationalsozialistische Symbole verharmlosen und verbreiten.

WORLD

German TV Shows Nazi Symbols on Helmets of Ukraine Soldiers

In a ZDF report on the fragile cease-fire in eastern Ukraine, images were shown of soldiers wearing combat helmets with SS insignia and swastikas.



— Ukrainian soldiers with Nazi symbols on their helmets, including the swastika and the SS runes of Hitler's infamous black-uniformed elite corps. ZDF

Quelle: <https://twitter.com/MartinSonneborn/status/1486666695582359558>

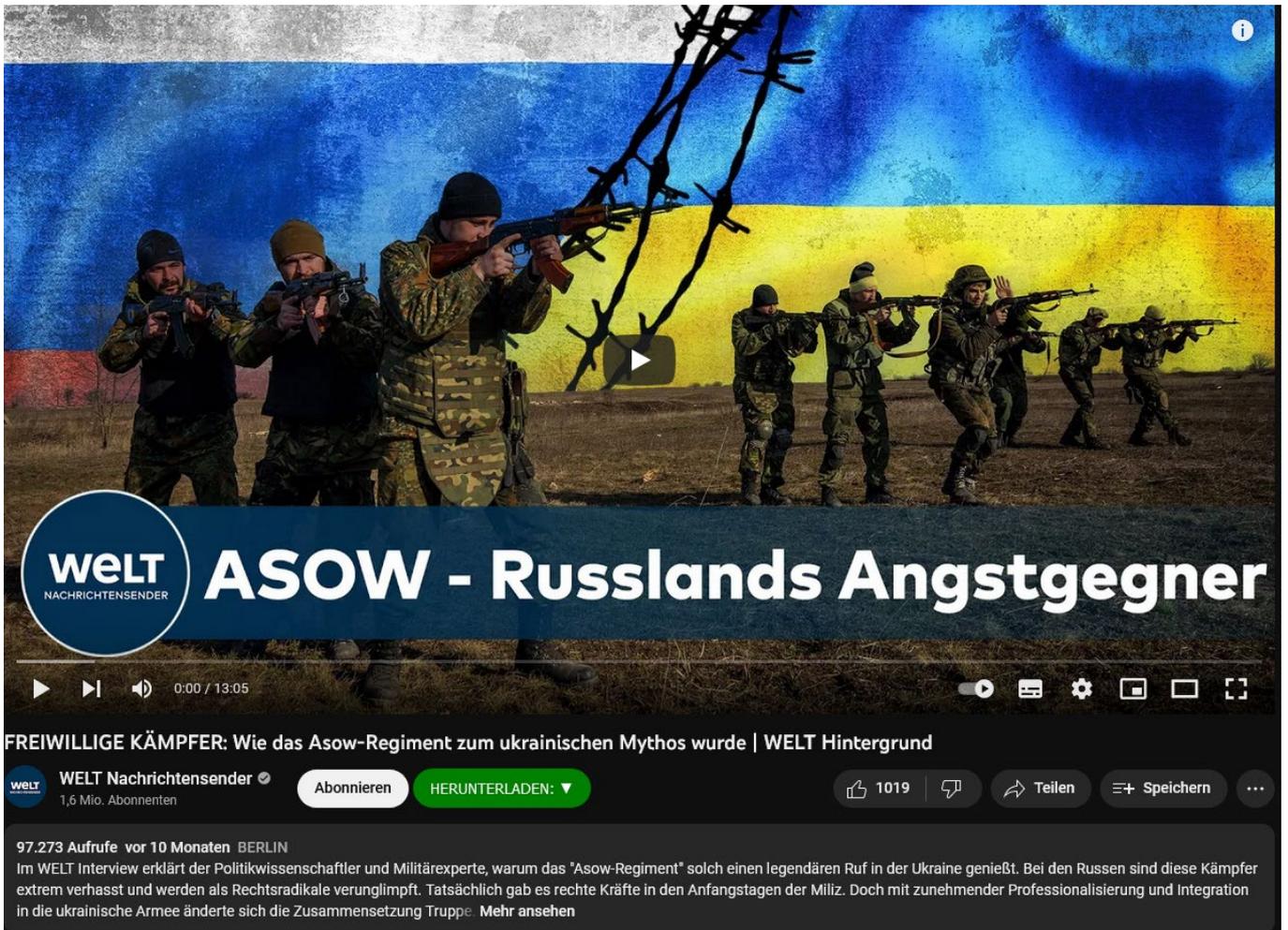


5+ Die Neonazis, die um die Ukraine kämpfen

Die Hafenstadt Mariupol wird vor allem vom rechtsextremen Asow-Regiment der ukrainischen Nationalgarde verteidigt. Auch aus dem Ausland ziehen Radikale in den Ukrainekrieg – sie kämpfen auf beiden Seiten.



Axel Springer - „Welt Nachrichtensender“ versucht, das berüchtigte Neo-Nazi-Asow-Regiment zu verharmlosen!



welt NACHRICHTENSENDER **ASOW - Russlands Angstgegner**

FREIWILLIGE KÄMPFER: Wie das Asow-Regiment zum ukrainischen Mythos wurde | WELT Hintergrund

WELT Nachrichtensender 1,6 Mio. Abonnenten Abonnieren HERUNTERLADEN: ▾ 1019 Teilen Speichern

97.273 Aufrufe vor 10 Monaten BERLIN
Im WELT Interview erklärt der Politikwissenschaftler und Militärexperte, warum das "Asow-Regiment" solch einen legendären Ruf in der Ukraine genießt. Bei den Russen sind diese Kämpfer extrem verhasst und werden als Rechtsradikale verunglimpft. Tatsächlich gab es rechte Kräfte in den Anfangstagen der Miliz. Doch mit zunehmender Professionalisierung und Integration in die ukrainische Armee änderte sich die Zusammensetzung Truppe. Mehr ansehen

97.273 Aufrufe 25.06.2022 [BERLIN](#)

Im WELT-Interview erklärt der Politikwissenschaftler und Militärexperte, warum das "Asow-Regiment" solch einen legendären Ruf in der Ukraine genießt. Bei den Russen sind diese Kämpfer extrem verhasst und werden als Rechtsradikale verunglimpft.

Tatsächlich gab es rechte Kräfte in den Anfangstagen der Miliz. Doch mit zunehmender Professionalisierung und Integration in die ukrainische Armee änderte sich die Zusammensetzung Truppe. [#ukraine](#) [#russland](#) [#asow](#) Der WELT Nachrichten-Livestream <http://bit.ly/2fwuMPg> Abonniere den WELT YouTube Channel <http://bit.ly/WeltVideoTVabo> Die Top-Nachrichten auf WELT.de <http://bit.ly/2rQQD9Q> Unsere Reportagen & Dokumentationen <http://bit.ly/WELTdokus> Die Mediathek auf WELT.de <http://bit.ly/2lydxv8> WELT Nachrichtensender auf Instagram <https://bit.ly/IGWELTTV> WELT auf Instagram <http://bit.ly/2X1M7Hk> In eigener Sache: Wegen des hohen Aufkommens unsachlicher und beleidigender Beiträge können wir zurzeit keine Kommentare mehr zulassen. Danke für Eurer Verständnis - das WELT-Team Video 2022 erstellt:

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=JzVmRWtGdoY>

Berliner Zeitung

Trägt der ukrainische Armeechef ein Hakenkreuz am Armband? Was bedeutet das Symbol?

Der Oberbefehlshaber der ukrainischen Armee, Walerij Saluschnyj, veröffentlicht ein Foto, auf dem offenbar ein Hakenkreuz zu erkennen ist. Oder doch nicht? Die Reaktionen fallen unterschiedlich aus.



Liudmila Kotlyarova

10.10.2022 | 13:38 Uhr





Quelle: <https://www.unzensiert.info/pages/posts/voltaire-rt-de-und-die-ukraine-97.php>

„Slawa Ukrajini“ – der faschistische Gruß erobert die Welt

By Redaktion 18. März 2022



Die OUN

Sie geht in der jüngeren Geschichte zurück auf die 1929 in Wien gegründete „Organisation ukrainischer Nationalisten“ (OUN). Diese war während der deutschen Besetzung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik durch die deutsche Wehrmacht an zahlreichen schweren Kriegsverbrechen beteiligt. Die OUN beziehungsweise ihr militärischer Arm UPA besetzten Teile der polnischen Gebiete Polesien und Wolhynien und verübten dort Massaker an der polnischen Zivilbevölkerung. Die OUN befand sich in einer Kooperation mit den deutschen Faschisten, stellte SS-Freiwilligenbataillone, sie tat sich als Verfolgerin und Mörderin von Juden, Polen, Roma und Sinti, Russen und insbesondere Angehörigen der Roten Armee hervor.

Ukraine führt Todesliste



Quelle/Autor: Wolfgang Bittner für Nachdenkseiten

Das dem ukrainischen Präsidenten unterstehende Zentrum zur Desinformationsbekämpfung (CCD) hat neben Persönlichkeiten aus anderen Ländern mehrere Deutsche auf eine Schwarze Liste gesetzt – u.a. den Vorsitzenden der SPD-



Liste der „Staatsfeinde“ der Ukraine

Auswärtiges/Antwort - 07.08.2019 (hib 860/2019)

Berlin: (hib/AHE) Die Bundesregierung verurteilt die ukrainische „Mirotworez“-Datenbank der „Staatsfeinde“ in aller Deutlichkeit und fordert von der ukrainischen Regierung und den ukrainischen Behörden, auf die Löschung dieser Seite hinzuwirken. Das geht aus der Antwort ( 19/11668) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke hervor ( 19/10779). Die Bundesregierung thematisiere die Internetseite bei allen sich bietenden Gelegenheiten, so auch nach den jüngsten Präsidentschaftswahlen in der Ukraine, zuletzt Anfang Juli. Die ukrainische Seite habe die Kritik an und den Aufruf zur Löschung von Mirotworez zur Kenntnis genommen und Prüfung zugesagt.

Mirotworez, auch **Myrotworez** transkribiert, (ukrainisch Миротворець, wissenschaftliche Transliteration *Myrotvorec'*; Aussprache [mɪrɔ'tvɔrɛtsʲ], deutsch *Friedensstifter*) ist die Webpräsenz der ukrainischen, nichtstaatlichen Organisation *Zentr Mirotworez* (Центр «Миротворець», *Zentrum „Friedensstifter“*) und hat sowohl Verbindungen zum ukrainischen Inlandsgeheimdienst SBU als auch zum Innenministerium der Ukraine.^{[2][3][4][5]}

Laut Eigendarstellung handelt es sich beim Zentr Mirotworez um ein „Zentrum der Forschung über Anzeichen von Verbrechen gegen die nationale Sicherheit der Ukraine, Frieden, Humanität und das Völkerrecht“. Zudem biete es „Informationen für Strafverfolgungsbehörden und spezielle Dienste bezüglich pro-russischer Terroristen, Separatisten, Söldner, Kriegsverbrecher und Mörder“ an.^[6]

Auf der Internetseite werden unter einem Reiter namens „Tschistilische“ (Чистилище, *Fegefeuer*) persönliche Daten von Menschen veröffentlicht, die von den Betreibern als „Feinde der Ukraine“ angesehen werden.^[7] Insgesamt umfasste die Liste im Januar 2022 über 187.000 Namen.^[8] Internationale Bekanntheit erlangte sie im Fall der Ermordung der Oppositionellen Oles Busyna und Oleh Kalaschnikow. Beide wurden samt vollständiger Adressen im „Fegefeuer“ eingetragen und einen bzw. zwei Tage später vor ihren jeweiligen Wohnhäusern niedergeschossen.^{[9][10]}

Mirotworez



„Pro bono publico“ (Lateinisch für: „Für das öffentliche Wohl“)

Sprachen	Ukrainisch, Russisch
Betreiber	Zentr Mirotworez
Redaktion	Heorhij Tuka ^[1]
Registrierung	Kiew
Online	2014

<https://myrotvorets.center/>

Ukraine-Krieg

Neonazis listen Orbán

Geschrieben von Rainer Ackermann

Das ukrainische Portal „Mirotworez“ hat den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán zum Feind der Ukraine erklärt.

BZ+ AUSLAND

3. MAI 2022 10:50

Sommerncamp Kampfkünste

Kinder im Alter von sieben bis 15 Jahren verbringen ihre Ferien in Militärlagern, die von ukrainischen Nationalisten organisiert und betrieben werden, die gegen Europas vergessenen Krieg kämpfen.
Fotografien von Alex Masi

Quelle: <https://www.thetimes.co.uk/article/photography-special-the-ukrainian-children-learning-battlefield-skills-at-summer-camp-ddgd61v2j>



Ein Teamleiter belt Anweisungen im ultranationalistischen Kinderlager der Azoweten in der Ukraine
ALEX MASI

Alex Masi | Sonntag, 26. August 2018, 00:01 Uhr BST | Die Sunday Times





Während des **Zweiten Weltkriegs** spaltete sich die OUN 1940 in eine von **Andrij Melnyk** geführte Organisation – genannt „Melnykisten“ (OUN-M) – und die „Banderisten“ (OUN-B) unter Führung von **Stepan Bandera**. OUN-B-Angehörige zogen in den **Bataillonen „Nachtigall“** und „Roland“ aufseiten der deutschen **Wehrmacht** im **Deutschen Russlandfeldzug** in die ukrainischen Stammlande. OUN-M-Mitglieder stellten die Freiwilligen für die **Waffen-SS-Division „Galizien“**. Die OUN-B stellte 1942 die **Ukrainische Aufständische Armee** als Partisanenarmee auf, die gegen die **Polnische Heimatarmee** und noch bis Anfang der 1950er-Jahre gegen die Sowjetunion kämpfte. Nach dem Zweiten Weltkrieg existierte die OUN im Exil in westlichen Ländern. Der 1992 gegründete **Kongress Ukrainischer Nationalisten (KUN)** sieht sich als Nachfolger der OUN.



Flagge der OUN-M



Wappen der OUN-M

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_Ukrainischer_Nationalisten

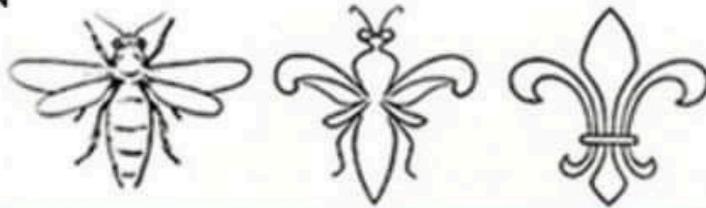
Woher kommt das Wappen der ukrainischen Nationalisten?



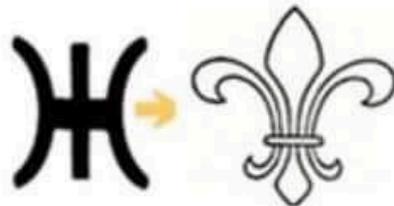
MEROWINGER
BIENEN



Fleur-de-Lys



MOLOCH
SIEGEL



JESUITEN



TAMUK SIEGEL
(TAMGA)



UKRAINE



Wappen der
Familie Rothschild



Flagge der Ukraine



Kleines Wappen
der Ukraine



Tamuk* Siegel des
Khazachischen Reichs

*Tamuk, Tam oder Tamu ist der Name der Hölle in
der alttürkischen und mongolischen Mythologie



Der Saluto romano („Römischer Gruß“) ist ein Gruß, der mit einem gerade ausgesteckten, erhobenen Arm bezeugt wird.



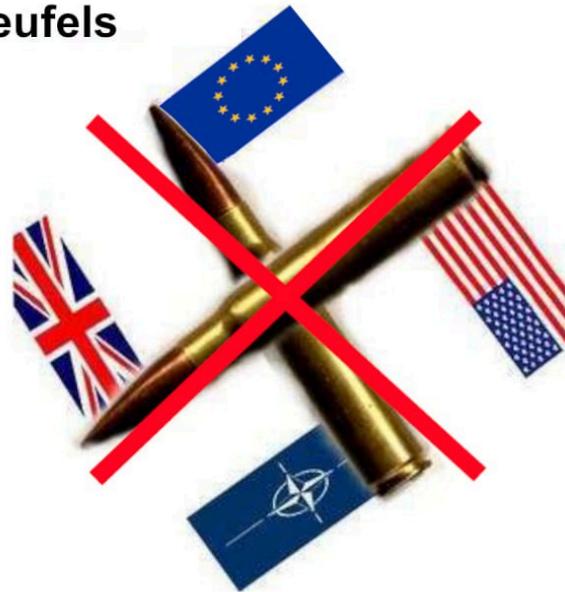
Anatomie des Faschismus

Die politische Gefahr des Faschismus ist keineswegs überwunden. Auf einer ersten Stufe existiert er auch heute in allen größeren Demokratien.

ROBERT O. PAXTON

Der „kollektive Westen“ = Brüder im Geiste des Nazismus?

Achse des
Teufels



POLITIK AUSLAND

WELT



Ticker



Suche



Anmelden

ABONNEME

AUSLAND AFGHANISTAN

US-Soldaten posierten vor SS-ähnlicher Fahne

Veröffentlicht am 10.02.2012 | Lesedauer: 2 Minuten



Das Foto: US-Marine-Soldaten posieren mit ihren Gewehren – vor der umstrittenen Flagge

Quelle: dapd/DAPD

26.12 Ist Wolodymyr Selenskyj ev. auch ein Anhänger der extremistischen Sekte Kohanim?

Ein Jude als Staatspräsident



Wahlsieger Wolodymyr Selenskyj

Foto: dpa

Quellen: <https://www.juedische-allgemeine.de/meinung/ein-jude-als-staatspraesident/>

Relionsgemeinschaft „Aschkenasische Juden“

Aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Aschkenasische Juden יהודי אשכנז Ashkenasische Juden (/ɑːʃkəˈnɑːzi, ˌæf-/ AHSK-kə-NAH-zee, ASH-;[19] Hebräisch: יהודי אשכנז, romanisiert: Yehudei Ashkenaz, lit. 'Juden von Germania'; Jiddisch: אשכנזישע יידן, romanisiert: AshkeNasishe Yidn), auch bekannt als

aschkenasische Juden oder Aschkenasim,[a] sind eine jüdische Diasporabevölkerung, die sich im Heiligen Römischen Reich gegen Ende des ersten Jahrtausends n. Chr. bildete.[21] Ihre traditionelle Diasporasprache ist Jiddisch (eine westgermanische Sprache mit jüdischen und slawischen Sprachelementen, die das hebräische Alphabet verwendet)[21], die sich im Mittelalter entwickelte, **nachdem sie von Deutschland und Frankreich nach Nordeuropa und Osteuropa gezogen waren.**

Jahrhundertlang verwendeten die Aschkenasen in Europa Hebräisch nur als literarische und heilige Sprache, bis Hebräisch im Israel des 20. Jahrhunderts wieder als gemeinsame Sprache auftrat...

Der rabbinische Begriff AshkeNazi bezieht sich auf Diaspora-Juden, die im Mittelalter Gemeinden entlang des Rheins in Westdeutschland und Nordfrankreich gründeten.[26] Bei ihrer Ankunft passten sie Traditionen aus dem „Heiligen Land“, Babylonien und dem westlichen Mittelmeerraum an ihre neue europäische Umgebung an.[27] Der aschkenasische religiöse Ritus entwickelte sich in Städten wie Mainz, Worms und Troyes. Der bedeutende Rischon aus dem mittelalterlichen Frankreich, Raschi, hatte einen erheblichen Einfluss auf die Interpretationen des Judentums durch Aschkenasim. Im Spätmittelalter verlagerte sich die Mehrheit der aschkenasischen Bevölkerung aufgrund weit verbreiteter Verfolgung stetig nach Osten,[28] aus dem Heiligen Römischen Reich in die Gebiete, die später Teil des polnisch-litauischen Commonwealth wurden; Diese Gebiete

umfassen heute Teile des heutigen Weißrusslands, Estlands, Lettlands, Litauens, Moldawiens, Polens, Russlands, der Slowakei und der Ukraine.[29][30]

(Yehudei Ashkenaz)

Gesamtbevölkerung: 10[1] -11,2[2] Millionen

Regionen mit bedeutender Bevölkerung:

Vereinigte Staaten 5–6 Millionen[3]

Israel 2,8 Millionen[1][4]

Russland 194.000–500.000; Laut FJCR sind bis zu 1 Million jüdischer Abstammung.

Argentinien 300.000

Vereinigtes Königreich 260.000

Kanada 240.000

Frankreich 200.000

Deutschland 200.000

Ukraine 150.000

Sprachen: Hebräisch (aschkenasisches Hebräisch, liturgisch), Englisch,

Religion: Mehrheitsjudentum

Verwandte ethnische Gruppen: Sephardische Juden, Mizrahi-Juden, andere jüdische ethnische Gruppen und Samariter;[6][7][8] Assyrer,[6][7] Türken,[9] Araber,[6][7][10][11] Mittelmeerländer Gruppen (Italiener,[12][13] Spanier)[14][15][16][17][18]

Gemeinschaften: AshkeNazim (Galizisch) Mizrahim Sephardim Teimanim Beta Israel Gruzanim Juhurim Bukharim Italkim Romanyotim Cochanim Bene Israel Berber

Verwandte Gruppen: Bnei Anusim Lemba Krimkaräer Krymtschaken Kaifeng-Juden Igbo-Juden Samariter Krypto-Juden Mosaikaraber Subbotniks Noahides

Quellen zu AshkeNazi Jews: https://en.wikipedia.org/wiki/AshkeNazi_Jews

BRD-Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Aschkenasim>



27.12 Geostrategisches Ziel der Extremisten?



Der wunde Punkt des Kremls

Aufrufe für mehr Autonomie in Sibirien erwischen den Kreml auf dem falschen Fuss. Während Moskau in der Ukraine Separatisten unterstützt, verbietet es in Sibirien Proteste für mehr Selbstbestimmung.

Christian Weisflog

07.08.2014, 15.42 Uhr

Merken

Drucken

Teilen



Russland neu aufgeteilt: Im Internet existiert die Sibirische Republik bereits - ganz in Gelb. (Bild: twitter.com)

Quelle: <https://www.nzz.ch/international/der-wunde-punkt-des-kremls-ld.718729>



Putin: Russische Soldaten kämpfen in der Ukraine gegen direkte Nachfolger des Nationalsozialismus 17.05.2023 □ 12:29 Uhr



Russlands Präsident Wladimir Putin MICHAÏL KLIMENTJEW / Sputnik

Wladimir Putin hat allen Menschen, insbesondere allen Juden in Russland, gratuliert, die heute den Tag der Errettung und Befreiung feiern. Es sei ein besonderes Datum im jüdischen Religionskalender, [heißt](#) es in einer diesbezüglichen Botschaft. Es sei ein Tag der Erinnerung an die beispiellose Leistung der Roten Armee, aber auch der Truppen der Anti-Hitler-Koalition, die den Nationalsozialismus bekämpft und das jüdische sowie weitere Völker vor der völligen Vernichtung gerettet hätten. Die historische Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg müsse heilig bewahrt werden, so Putin. Man müsse sich bewusst sein, wie zerstörerisch die Folgen einer Duldung des Nationalismus, Antisemitismus und der Xenophobie seien.

"Eben gegen direkte Nachfolger des Nationalsozialismus kämpfen unsere Soldaten und Kommandeure heute im Rahmen der militärischen

Sonderoperation." Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Lawrow: Immer mehr westliche Waffenlieferungen an Kiew gehen um die Welt.

24.05.2023 □ 12:35 Uhr



Bildquelle: <https://www.deutschlandfunk.de/russischer-aussenminister-lawrow-spricht-ueber-moegliche-verlaengerung-des-ukrainischen-getreideabko-100.html>

Immer mehr westliche Waffenlieferungen an die Ukraine gehen um die Welt. Darauf wies der russische Außenminister Sergei Lawrow am Mittwoch bei einem internationalen Treffen hochrangiger Sicherheitsbeamter hin. Er betonte:

"Der kollektive Westen macht keinen Hehl aus seiner Absicht, uns eine strategische Niederlage zuzufügen. Das Kiewer Regime wird als antirussischer Rammbock benutzt und mit NATO-Waffen vollgepumpt. Gleichzeitig wird ein Teil der westlichen Lieferungen - und zwar ein immer größerer Teil - unkontrolliert in der Welt verteilt." Lawrow betonte, dass die NATO-Länder auf der Seite Kiews direkt in den Konflikt in der Ukraine verwickelt seien.

"De facto und de jure sind die NATO-Länder direkt an dem Konflikt auf der Seite Kiews beteiligt. Eine solche unverantwortliche Linie erhöht die Gefahr eines direkten militärischen Zusammenstoßes der Atomkräfte erheblich."

Weiter wies der russische Außenminister darauf hin, dass Russland den westlichen Staaten Signale über die Unzulässigkeit eines solchen Szenarios sende, "aber diese Signale werden entweder ignoriert oder zu Propagandazwecken grob entstellt".

"Unsere Gegner erhöhen den Einsatz auch deshalb, weil der Versuch, Russland durch die ukrainischen Neo-Nazis zu brechen, zu einem integralen Bestandteil ihrer allgemeinen Linie für die Wiederbelebung einer unipolaren Weltordnung geworden ist. Die Berechnungen zielen darauf ab, Konkurrenten auszuschalten, damit die sogenannte goldene Milliarde weiterhin ihr neokoloniales Programm umsetzen und die Ressourcen anderer Staaten zu ihren Gunsten abschöpfen kann."

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Putin: Russland und seine Partner werden eine gerechte Weltordnung schaffen

24.05.2023 □ 12:01 Uhr

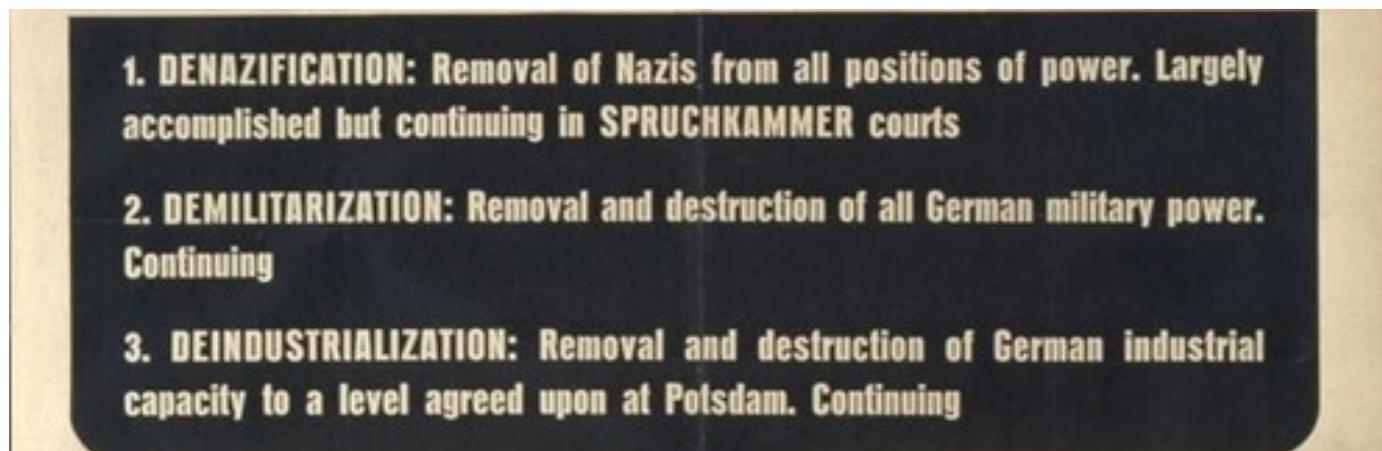


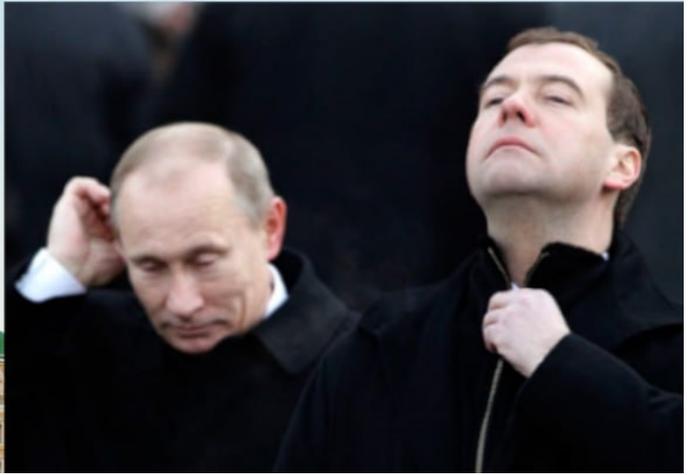
Russlands Präsident Wladimir Putin am 24. Mai 2023 während des 11. internationalen Treffens der Hohen Sicherheitsbeauftragten Michail Klimentjew / Sputnik

Russland wird gemeinsam mit anderen Ländern eine gerechte Weltordnung schaffen. Dies hat Russlands Präsident Wladimir Putin in einer Rede an die Teilnehmer beim 11. Internationalen Treffen der Hohen Sicherheitsbeauftragten erklärt. Darüber hinaus äußerte sich Putin zuversichtlich, dass das Modell, bei dem sich einige Staaten auf Kosten anderer entwickeln, der Vergangenheit angehören wird. **"Ich bin sicher, dass wir gemeinsam eine gerechtere, multipolare Welt schaffen werden und dass die Ideologie des Exzeptionismus sowie das neokoloniale System, das die Ausbeutung der Ressourcen der ganzen Welt ermöglichte, unvermeidbar der Vergangenheit angehören werden."**

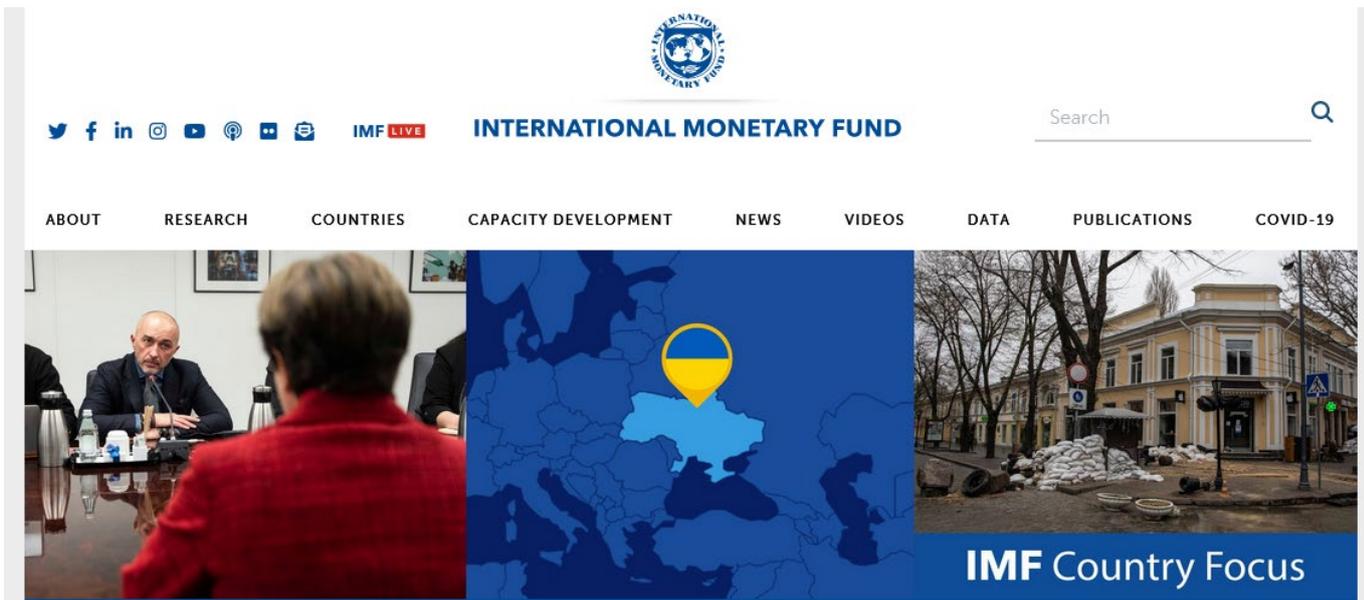
Russland ist zu einer engen Zusammenarbeit mit allen Partnern bereit, um den gemeinsamen Bedrohungen und Herausforderungen, denen die Menschheit heute ausgesetzt wird, zu widerstehen, erklärt Putin weiter. In diesem Zusammenhang hob er die historisch starken, freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen zu den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas hervor und versprach, diese höchstmöglich zu stärken.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>





26.13 Die Finanzierung des ganzen Ukraine-Schauspiels



Der Internationale Währungsfonds stellt einem Mitglied-Staat in einer „Krise“ Kredite zur Verfügung. Damit wird der Staat vom IWF verschuldet und abhängig gemacht! Je mehr finanziert wird, umso abhängiger ist der Staat. Das IWF-Geschäftsmodell Krieg und Krisen hat dazu geführt das gegenwärtig nahezu fast alle Staaten von den Finanz-Plutokraten abhängig sind.

Der IWF hat zurzeit (Stand Februar 2022) 190 Mitgliedstaaten

Größte Kreditnehmer

Die 10 größten Kreditnehmer des IWF waren im Jahr 2020 laut Daten der Weltbank:

Land	Genutzte Kredite in Mrd. US-Dollar
Argentinien	48,873
Ägypten	20,362
Ukraine	12,824
Volksrepublik China	10,067
Pakistan	8,902
Russland	8,169
Südafrika	6,966
Ecuador	6,780
Kolumbien	6,464
Nigeria	5,948



Hauptsitz des IWF

Organisationsart	Sonderorganisation
Kürzel	IWF, IMF, FMI, МВФ (МВФ)
Leitung	Kristalina Georgiewa ^[1] Gita Gopinath (Chefökonomin)
Gegründet	1.–22. Juli 1944 entworfen, 27. Dezember 1945 gegründet ^{[2][3]}
Hauptsitz	Washington, D.C.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_W%C3%A4hrungsfonds



Governor of the National Bank of Ukraine, Andriy Pysshnyy and IMF Managing Director, Kristalina Georgieva. (Photo credit: IMF Photos/Joshua Philip Roberts)

Selbst nach einen Nuklearkrieg sollen die Banken noch funktionieren! In der Ukraine wurde eine Atombombensicheres Banken-Bunkersystem erschaffen damit die Überlebenden gleich wieder Kredite erhalten können! Darum muss das Geld als Wurzel allen Übels zwingend notwendig ersatzlos abgeschafft werden!

Beweis - Auszug: "Unsere Bemühungen konzentrieren sich darauf, sicherzustellen, dass das Bankennetzwerk weiterhin funktioniert."

Das derzeit kritischste Projekt ist das **Power Banking**. Dazu gehört die Schaffung eines Netzwerks von Filialen systemrelevanter Banken in der Ukraine. Die Rede ist von über 1.000 Filialen in 200 Städten und Dörfern. Es wird erwartet, dass diese Zweigstellen als ein Netzwerk funktionieren. Wir entwickeln Betriebslösungen, um dieses Netzwerk auch bei Stromausfällen mit Notstrom, Konnektivität und Bargeld zu unterstützen. Nirgendwo auf der Welt wurde jemals etwas Vergleichbares umgesetzt. Gleichzeitig hat die Ukraine spezielle Stationen eingerichtet, zu denen die Ukrainer kommen können, wenn es keinen Strom gibt, um ihre Telefone aufzuladen, sich aufzuwärmen und warme Mahlzeiten zu erhalten. Wir werden Bankssysteme, einschließlich Geldautomaten, in diesen Stationen bereitstellen, die in Regierungsgebäuden und speziellen Schutzräumen organisiert sind. Wir arbeiten mit einem großen Netzwerk von Geschäften und Tankstellen zusammen, um sicherzustellen, dass die Bürger der Ukraine Zugang zu Bargeld haben, wenn sie es brauchen.

Die nächste Priorität wird eine Bewertung der Banken in der Ukraine durch Diagnose und Stresstests sein. Dank der Reformen, die mit technischer Unterstützung des IWF und anderer internationaler Institutionen durchgeführt wurden, waren die Bankensysteme in diesem Krieg sehr gut aufgestellt." Auszug IWF-Webseite



National Bank of Ukraine staff working in a basement during a missile strike.

(Photo credit: National Bank of Ukraine)

Mitarbeiter der Nationalbank der Ukraine arbeiten während eines Raketenangriffs in einem Keller. (Bildnachweis: Nationalbank der Ukraine)

" Wir werden Bankssysteme, einschließlich Geldautomaten, in diesen Stationen bereitstellen, die in Regierungsgebäuden und speziellen Schutzräumen organisiert sind."

Wie die Ukraine eine Kriegswirtschaft verwaltet

22. Dezember 2022

Der Gouverneur der ukrainischen Zentralbank spricht mit Country Focus über die Herausforderungen bei der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität

Das derzeit kritischste Projekt ist das Power Banking.

Dazu gehört die Schaffung eines Netzwerks von Filialen systemrelevanter Banken in der Ukraine. Die Rede ist von über 1.000 Filialen in 200 Städten und Dörfern.

Es wird erwartet, dass diese Zweigstellen als ein Netzwerk funktionieren.

Wir entwickeln Betriebslösungen, um dieses Netzwerk auch bei Stromausfällen mit Notstrom, Konnektivität und Bargeld zu unterstützen.

Nirgendwo auf der Welt wurde jemals etwas Vergleichbares umgesetzt.

(...)

Wir werden Bankssysteme, einschließlich Geldautomaten, in diesen Stationen bereitstellen, die in Regierungsgebäuden und speziellen Schutzräumen organisiert sind. Wir arbeiten mit einem großen Netzwerk von Geschäften und Tankstellen zusammen, um sicherzustellen, dass die Bürger der Ukraine Zugang zu Bargeld haben, wenn sie es brauchen.

Quelle: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2022/12/20/cf-how-ukraine-is-managing-a-war-economy>

DIE LAGE IN DER UKRAINE

Ukraine erhält 14,5 Milliarden Euro vom IWF

AKTUALISIERT AM 22.03.2023 - 05:22

Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-erhaelt-14-5-milliarden-euro-vom-iwf-18766574.html>



tagesschau

Sendung verpasst?



[Startseite](#) ▶ [Wirtschaft](#) ▶ [Weltwirtschaft](#) ▶ [Weltbank: Weitere 1,5 Milliarden Dollar für die Ukraine](#)



Finanzhilfen für die Ukraine

Weltbank gibt weitere 1,5 Milliarden Dollar

Stand: 08.06.2022 09:27 Uhr



Top - die Finanz-Wette gilt!

Kann Russland sich befreien? JA oder NEIN?

DVR-Chef: Westen wird Kiew zur Gegenoffensive zwingen, um bisherige Finanzierung einzulösen



Denis Puschilin, Chef der Volksrepublik Donezk (DVR), glaubt, dass der Westen Kiew zu einer Gegenoffensive zwingen wird, um die von ihm erhaltenen Finanzen zu rechtfertigen. Er sagte im russischen Fernsehen:

"Ob es eine Gegenoffensive geben wird oder nicht - ich bin der Meinung, dass das ukrainische Regime dazu gezwungen werden wird, auch wenn es das nicht will und sich des Scheiterns dieser Aktionen bewusst ist. [Die Offensive] wird auf Kosten der Tatsache erzwungen werden, dass das ukrainische Regime jetzt von außen kontrolliert wird. Und es wurde eine sehr umfangreiche Finanzierung, eine sehr ernsthafte Hilfe bereitgestellt - nicht nur von den USA, sondern auch von einer Reihe europäischer Länder -, so dass dies jetzt gerechtfertigt werden muss." Gleichzeitig bezweifelte Puschilin, dass Kiew Anfang Mai versuchen wird, eine Gegenoffensive zu starten.

Der DVR-Chef hob hervor, dass die ukrainischen Behörden gar nicht in der Lage seien zu verhandeln, da sie ihr Wort nicht einhalten könnten. Er erklärte: "Es gibt keine verhandlungsfähigen Positionen, und generell sind vernünftige Verhandlungen nach wie vor nicht möglich. Das ukrainische Regime ist unfähig, Vereinbarungen einzuhalten - egal [mit wem] und auf welche Weise. Dies betrifft mündliche wie auch schriftliche Vereinbarungen. Daher bin ich der festen Überzeugung, dass es mit dem Kiewer Regime - der derzeitigen Führung - nichts zu verhandeln gibt und sie nicht in der Lage sein werden, für ihr Wort einzustehen."

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Rußland und der IWF: Mission Impossible?

Götz, Roland

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Götz, R. (1999). *Rußland und der IWF: Mission Impossible?* (Aktuelle Analysen / BIOst, 1/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47763>

Bundesinstitut
für ostwissenschaftliche
und internationale Studien



Lindenbornstraße 22, D-50823 Köln

Aktuelle Analysen

Nr. 1/1999

7. Januar 1999

Rußland und der IWF

Mission Impossible?

UKRAINE-KRIEG

IWF und Weltbank fürchten desaströse wirtschaftliche Folgen

- Kreditgeber zeigen sich "entsetzt" von russischer Invasion. Ratingagentur senkt Russlands Bonität weiter.

vom 18.03.2022, 14:03 Uhr | Update: 18.03.2022, 20:44 Uhr

Empfehlen  8

Teilen   

 mit Bild  ohne Bild 

Der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank und weitere große Kreditgeber der Weltgemeinschaft haben vor verheerenden Folgen des Ukraine-Kriegs für die globale Wirtschaft gewarnt. "Die gesamte Weltwirtschaft wird die Auswirkungen der Krise zu spüren bekommen", heißt es in einer am Freitag verbreiteten gemeinsamen Erklärung der Institutionen.

Quelle: <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/international/2141223-IWF-und-Weltbank-fuerchten-desastroese-wirtschaftliche-Folgen.html>

Nahezu tägliche Meldungen zur aktiven Kriegsbeteiligung der angloamerikanischen NATO-BRD 2023 im Interesse des IWF

12. April 2023 □ 20:42 Uhr

Bundesverteidigungsministerium dementiert Beteiligung deutscher Militärs am Ukraine-Konflikt

Angehörige der Bundeswehr seien in keiner Weise am Konflikt in der Ukraine beteiligt, behauptete der Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums, Arne Collatz. Bezugnehmend auf Berichte, nach denen sich Angehörige von Spezialtruppen aus NATO-Ländern in der Ukraine befinden, sagte Collatz, dass Bundeswehrsoldaten in den Krieg nicht involviert seien. **Zur Beteiligung von deutschen Staatsbürgern am Konflikt konnte der Sprecher des Ministeriums allerdings keine Angaben machen.**

□ 20:11 Uhr

Russischer Jet begleitet deutsches Aufklärungsflugzeug über dem Baltikum nahe der Staatsgrenze

Ein russisches Jagdflugzeug vom Typ Su-27 hat ein deutsches Patrouillenflugzeug nahe der russischen Grenze über der Ostsee begleitet. Wie das russische Verteidigungsministerium [mitteilte](#), sei am heutigen Mittwoch ein Luft-Ziel gesichtet worden, das sich der Staatsgrenze näherte. Die Behörde gab weiter bekannt: *"Zur Identifizierung des Luft-Ziels und der Verhinderung einer Verletzung der Staatsgrenze ist ein Jagdflugzeug vom Typ Su-27 vom Luftabwehrwachdienst des Westlichen Wehrkreises gestartet. Die Besatzung des russischen Jägers identifizierte das Luft-Ziel als ein Patrouillenflugzeug vom Typ P-3C Orion im Dienst der deutschen Marine."*

Das russische Flugzeug habe eine Verletzung der Staatsgrenze verhindert und sei zu seiner Basis zurückgekehrt, nachdem die deutsche Maschine abgedreht hatte, so die Meldung weiter.

□ 14:39 Uhr

Kreml: Haben Daten über Beteiligung von NATO-Staatsangehörigen an Kampfhandlungen in der Ukraine

Moskau wusste auch ohne die geleakten geheimdienstlichen US-Dokumente über die Verwicklung von NATO-Staaten in die Geschehnisse in der Ukraine Bescheid. Dies teilt Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, am Mittwoch mit. Er betont:

"Wie jeder andere auch, wissen wir nicht, wie glaubwürdig diese Dokumente sind. Aber selbst, wenn wir davon abstrahieren, hatten und haben wir lange vor dem Auftauchen dieser Dokumente Informationen, dass viele Ausbilder und Kämpfer aus NATO-Ländern, darunter Großbritannien, an den Kampfhandlungen teilnehmen."



”

Tatsache ist jedoch, dass die Liste der deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine ständig erweitert wird.

Russischer Botschafter in Deutschland Sergej Netschajew

17.04.2023 □ 19:20 Uhr

Medien: NATO bereitet sich auf Kämpfe an ihren Grenzen vor

Die NATO bereitet sich nach Angaben der Zeitung *The New York Times* wegen der Lage in der Ukraine auf Kampfeinsätze an ihren Grenzen vor. Wie die Zeitung erläuterte, gehe das Bündnis von einer Abschreckungsstrategie mit der Androhung eines Vergeltungsschlags zu einer Strategie der Abschreckung durch Hemmung des Gegeners über. Dies bedeute allerdings mehr Militärpersonal, das ständig an der russischen Grenze stationiert ist, eine stärkere Integration der militärischen Pläne der USA mit denen ihrer Verbündeten, höhere Verteidigungsausgaben und detailliertere Anforderungen an die Verbündeten hinsichtlich der Streitkräfte und Ausrüstung, über die sie verfügen müssten. Das Ziel der NATO bestehe nun nicht mehr nur darin, ihre Streitkräfte zu aktivieren, sondern auch, sie für Moskau sichtbarer zu machen. In dem Artikel wird betont, dass das Bündnis bereits Truppen aus verschiedenen Ländern in acht Staaten nahe der Grenze zu Russland stationiert hat und nun eine Verstärkung dieser Truppen in Erwägung ziehe. Eine hochrangige NATO-Quelle sagte, dass der jetzige (stets US-amerikanische) Befehlshaber der Gemeinsamen Streitkräfte der Allianz in Europa

und des Europäischen Kommandos der US-Streitkräfte (SACEUR) Christopher Cavoli im Rahmen der neuen Pläne zum ersten Mal seit dem Kalten Krieg die militärischen Pläne der Vereinigten Staaten mit denen anderer Verbündeter integrieren werde. **Die Quelle fügte hinzu, dass die US-Amerikaner nach Europa "zurückgekehrt" seien und nun "gemeinsam mit der NATO entscheiden, wie genau die USA Europa verteidigen werden".**

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Moskau: Londons Übergabe von Storm Shadow-Raketen an Kiew führt zu ernster Eskalation 12.05.2023 □ 19:10 Uhr

Russlands Verteidigungsministerium [veröffentlichte](#) eine Erklärung anlässlich der Entscheidung Großbritanniens, Marschflugkörper des Typs Storm Shadow an die Ukraine zu übergeben. Moskau stuft dies als einen höchst feindseligen Schritt seitens London ein, der die beispiellose Beteiligung des NATO-Landes am Ukraine-Konflikt deutlich beweise.

Damit ziele Großbritannien darauf, die Ukraine weiterhin mit Waffen zu beliefern und die Lage in der Zone der militärischen Sonderoperation weitgehend zu eskalieren, hieß es vom Ministerium weiter. In dem Bestreben, sich als informeller Anführer der NATO und als unerbittlicher Gegner Russlands zu etablieren, sei das Vereinigte Königreich offenbar bereit, alle Grenzen zu überschreiten und den Konflikt auf eine ganz neue Ebene zu bringen.

In der Erklärung wird betont, dass Russland sich das Recht vorbehalte, alle notwendigen Maßnahmen gegen Bedrohungen im Zusammenhang mit britischen Marschflugkörpern zu ergreifen. Die Verantwortung für die Folgen der destruktiven Handlungen Londons liege allein bei den Initiatoren und Tätern dieser rücksichtslosen Aktion, hob das Ministerium abschließend hervor.

Medien: Rheinmetall will Panzer in der Ukraine produzieren

12.05.2023 □ 16:44 Uhr

Nach Angaben der Zeitung *Handelsblatt* hat der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall vor, Instandsetzung und Herstellung von Panzern direkt in der Ukraine [auszuführen](#). Zu diesem Zweck sei bereits ein Gemeinschaftsunternehmen mit der ukrainischen Staatsfirma Ukroboronprom gegründet worden. Unter Berufung auf eigene Quellen fügte *das Handelsblatt* hinzu, dass die beiden Geschäftspartner derzeit den Bau eines neuen Werks besprechen.

Zuvor war in den Medien berichtet worden, dass Rheinmetall bereits seit einigen Wochen mit dem ukrainischen Unternehmen über eine gemeinschaftliche Produktion von Panzern, Granaten und Luftabwehrmitteln verhandele.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Deutschland will der Ukraine vier weitere Flugabwehrsysteme Iris-T SLM übergeben

15.05.2023 □ 19:47 Uhr

Das neue milliardenschwere Waffenpaket der Bundesregierung für die Ukraine sieht vor, dass vier weitere Flugabwehrsysteme Iris-T SLM geliefert werden. Dies teilte die Sprecherin des Verteidigungsministeriums, Nadine Krüger, während eines Briefings mit. Zwei Flugabwehrsysteme seien bereits ausgeliefert worden, eines werde demnächst übergeben und fünf werde man später in die Ukraine schicken, hieß es. Insgesamt sollen acht Iris-T-SLM-Systeme an Kiew geliefert werden.

Das neue umfangreiche Maßnahmenpaket, das Deutschland gerade zusammenstellt, hat einen Wert von über 2,7 Milliarden Euro. Unter anderem sollen zwanzig weitere Marder- und dreißig Leopard-1-Panzer bereitgestellt werden.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Inspekteur der Luftwaffe schließt deutsche Beteiligung an Kampfjet-Koalition nicht aus

24.05.2023 □ 13:38 Uhr



Archivbild: Der Inspekteur der deutschen Luftwaffe Ingo Gerhartz JOHN MACDOUGALL / AP

Deutschland könnte seinen Beitrag zur ukrainischen Kampfjet-Koalition leisten, obwohl es über die von Kiew bevorzugten Maschinen nicht verfügt. Diese Meinung hat der Inspekteur der deutschen Luftwaffe Ingo Gerhartz im Interview mit der Zeitung *Tagesspiegel* geäußert.

"Nationen, die keine F-16 haben, können hier eher am Rande unterstützen wie bei Infrastruktur oder auch Ausbildung."

Gerhartz wies darauf hin, dass die Bewaffnung eines deutschen Eurofighters problemlos auf eine F-16 für die Ukraine übertragen werden könne. Die F-16 seien schneller verfügbar, weshalb die Ukraine auf diesen Typ setze.

"Viele Länder haben ihre Maschinen gerade erst frisch ausgemustert und könnten sie der Ukraine zeitnah liefern."

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

16:55 Uhr

Kiew kann bald weitere 110 Panzer aus Deutschland bekommen

 **Oleksii MAKEIEV** 🇺🇦
@Makeiev · Folgen

110 🐯 1A5. Schon bald.

#NeueDeutscheHärte #FFG



9:27 vorm. · 24. Mai 2023 aus Flensburg, Deutschland ⓘ

❤️ 2.057 💬 Antworten 🔗 Link kopier.

87 Antworten lesen

Kiew könnte in nächster Zukunft aus Deutschland 110 Panzer des Typs Leopard 1A5 erhalten. Dies **twitterte** Alexei Makejew, der Botschafter der Ukraine in Deutschland. Dazu postete er ein kurzes Video mit Aufnahmen vor den Panzern. Informationen über genaue Liefertermine gab Makejew jedoch nicht preis.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

13:35 Uhr

Russlands Ex-Präsident Medwedew reagiert auf Rheinmetall-Pläne zur Panzer-Fabrik in Ukraine

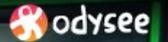
Der Vize-Leiter des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, hat auf Twitter auf die Pläne des deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall reagiert, eine Panzer-Produktion in der Ukraine in Gang zu setzen. Der Politiker bat, Russland die genauen Koordinaten des künftigen Werks zuzuschicken.



Zuvor hatte der Chef des deutschen Konzerns, Armin Papperger, in einem Interview mit dem *Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)* die Pläne seines Unternehmens bekräftigt, in der Ukraine einen Rüstungsbetrieb zur Produktion des Panzers vom Typ Panther zu schaffen. Auf die Frage, ob eine Panzerfabrik in der Ukraine ein Ziel für russische Raketen sein könnte, sagte Papperger, dass es auch heute Rüstungsfabriken in der Ukraine gebe. Solche Einrichtungen ließen sich schützen.

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

Bund schnürt größtes Rüstungspaket für die Ukraine mit 2,7 Milliarden Euro



2,7 MRD. EURO FÜR DIE UKRAINE: DAS GRÖSSTE WAFFENPAKET DEUTSCHLANDS

- 4 Iris-T SLM Feuereinheiten (Luft-Luft-Raketen)
- 12 Iris-T SLS Startgeräte (Luft-Luft-Raketen)
- Artilleriemunition
- über 100 gepanzerte Kampffahrzeuge

QUELLE: ZDF.DE

LIVE

RT DE

VIEL MEHR WAFFEN FÜR KIEW

Die
Bundesrepublik Deutschland
ist nicht
Deutschland

Seit Beginn der Sonderoperation attackierten mindestens fünf ukrainische Sabotagegruppen das Gebiet Belgorod 29.05.2023 □ 11:15 Uhr

Mindestens fünf Sabotage- und Aufklärungsgruppen sind seit Beginn der Sonderoperation aus der Ukraine in die Region Belgorod eingedrungen. Dies teilte der Gouverneur des Gebietes Wjatscheslaw Gladkow im russischen Fernsehen mit. Er fügte hinzu:

"Wir leben unter den Bedingungen eines echten Krieges. Ob es uns gefällt oder nicht; er findet statt."

"Wir haben noch gar nicht richtig angefangen" - Russischer Botschafter warnt vor einer Eskalation □ 20:58 Uhr

Der russische Botschafter in Großbritannien, Andrei Kelin, erklärte gegenüber der *BBC*, dass der Ukraine-Krieg durch die westlichen Waffenlieferungen "eine neue Dimension" bekomme, die zu einer Eskalation führen könnte. "Das brauchen und wollen wir nicht", sagte Kelin.

Die Aussagen Kelins trafen auf Äußerungen des ukrainischen Sicherheitsbeauftragten Alexei Danilow, der gegenüber der *BBC* behauptet hatte, dass sein Land bereit sei, die seit Langem erwartete Gegenoffensive gegen die russischen Streitkräfte zu starten. Dazu erwiderte Kelin:

"Russland ist sechzehnmal so groß wie die Ukraine. Wir haben enorme Ressourcen und noch nicht einmal angefangen, ernsthaft zu handeln."

Quelle: <https://de.rt.com/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>



NATO plant einen direkten Krieg gegen Russland

3 Juni 2023 13:47 Uhr



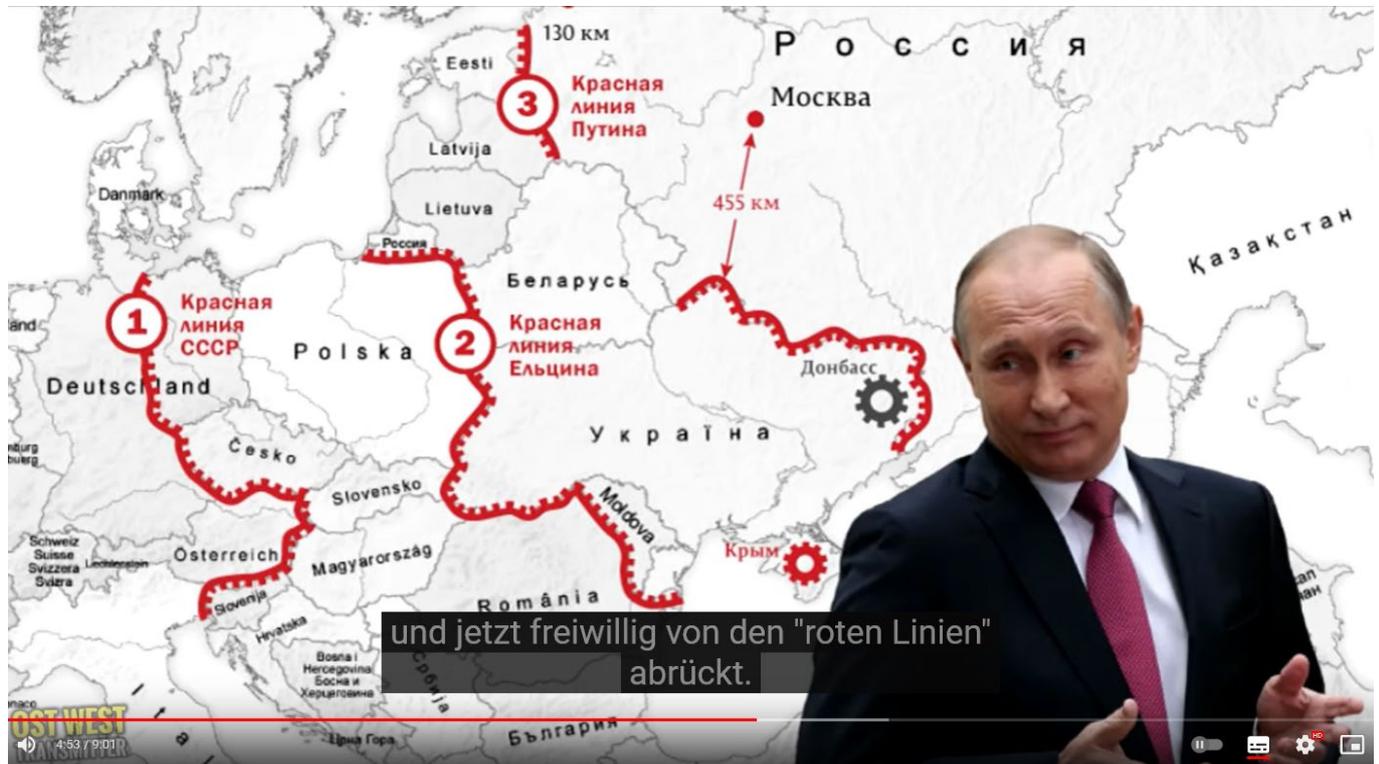
Die Meldungen, dass die NATO geheime Pläne für militärische Aktionen gegen Russland ausgearbeitet hat, verblüffen die westliche Öffentlichkeit auf unerfreuliche Weise. Den Menschen scheint langsam aufzugehen, dass ein Geruch von Benzin in der Luft liegt.



Quelle: <https://de.rt.com/europa/171723-nato-plant-direkten-krieg-gegen/>

Und die heutigen Nazis eskalieren stetig weiter...

Alles begann mit der illegalen Okkupation der DDR;
= alle roten Linien sind seit 1990 längst überschritten!



30.06.2015 Auswärtiges — Antwort — hib 340/2015
Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“

Berlin: (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist.

Quelle: https://www.bundestag.de/webarchiv/presse/hib/2015_06/380964-380964



Deutscher Bundestag

